Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ID

ERSCHEINT WÖCHENTLICH

1,50 DM incl. 6% Mwst.

D 1870 CX

Nr.284 2.Juni 79

27.7. Brunsbüttel
28.7. Bad Bremstedt
29.7. Bad Oldeslohe
26.7. Neuland
25.7. Bremerförde
24.7. Esenshamm
30.7. Schwarzenbeck
31.7. Lüneburg
23.7. Oldenburg
1.8. Ülzen
227. Cloppenburg
21.7. Lingen
31.7. Gifhorn
20.7. . . . . .
30.7. Hildesheim
19.7. Ahaus
29.7. Hameln
18.7. Kalkar
28.7. Holzminden
27.7. Gieselwerder ?
26.7. Kassel
25.7. Borken
24.7. Marburg
23.7. Schotten
22.7. . . . .
21.7. Aschaffenburg
20.7. Biblis
19.7. Kirschgartzhsn
19.7. Heidelberg
18.7. Phillipsburg
18.7.Heilbronn
17.7.Schwä. Hall
17.7. Rastatt
16.7. schwä. G. münd
15.7. Heidenheim
14.7. Grundremmingen
16.7. Offenburg
15.7. Wyhl

FAHRRADTRECK IM JULI NACH GORLEBEN

Aus Marburg erreichte uns folgender wadenbildender Vorschlag für einen binnenländischen Sommerurlaub:

„Wir, die versprengten Reste des Südtrecks (lief paralell zum Gorlebentreck von Borken/Kassel nach Hannover) planen aufgrund unserer guten Erfahrungen drei Fahrradtrecks, deren Route an allen AKW-Standorten vorbeiführt. Treff-und Startpunkt ist neun Uhr am Marktplatz des jeweiligen Ortes. Die Bürgerinitiativenund sonstige Gruppen bitten wir, sich an der Organisation zu beteiligen und mit uns Kontakt aufzunehmen. Ob mit oder ohne Unterstützung der BI's, der Treck rollt auf jeden Fall. Notfalls schlafen wir in Zelten und kochen am Lagerfeuer. Deshalb Schlafsäcke mitbringen, Zelte, Musikinstrumente, Lidertexte, gute Laune, dicke Waden, ein paar Socken zum Wechseln und natürlich ein Fahrrad.
Ein größeres Begleitfahrzeug zum Material Transportieren fährt mit.

KONTAKT: Dörthe Domzig
Am Grün 58, 355 Marburg,
Achim 06421/82589,
Michael 06424/1963.

ENDLICH: DIE PRIVATE ENDLAGERUNG! EINE CHANCE FÜR JEDERMANN

OFFENBACH 29. Mai *Mit Briefkopf und Absender der Offenbacher Zentrale der Siemenstochter „Kraftwerkunion (KWU)" ging uns das folgende Schreiben ein. Als Anlage auch ein gut in Plastik eingeschweißtes Werkstück aus Aluminium, das wir in unseren Redaktionsräumen endlagern wollen, sobald wir uns mit der KWU auf einen Preis geeinigt haben.*

Lieber Mitbürger, liebe Mitbürgerin!

Wie Sie in den letzten Tagen aus Zeitungs-, Rundfunk- und Fernsehmeldungen entnehmen konnten, haben wir, die KWU Offenbach im Einvernehmen mit der Bundesregierung in Bonn und der Landesregierung von Niedersachsen in Hannover auf die Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Brennstäbe in Gorleben verzichtet.

Aufgrund wissenschaftlicher Gutachten, die sich mit der geologischen Beschaffenheit der Gorlebener Salzstöcke für die Endlagerung radioaktiven Abfalls befassen, teilen wir Ihnen mit: Die als Enddeponie für radioaktive Abfälle aus Atomkraftwerken vorgesehenen Salzstöcke in Gorleben / Kreis Lüchow-Dannenberg, Niedersachsen gelten aus geologischen Gründen und politischen Überlegungen für ungeeignet.

Wir als gewinnbringender Industriezweig sehen uns nun genötigt, die Endlagerung von radioaktiven Stoffen auf neuen Wegen zu lösen.
Heute arbeitslos – morgen angestellt bei der KWU. Wir sichern Arbeitsplätze. Vermieten Sie uns Ihre Wohnung bzw. Ihr Grundstück als Teilendlagerungsstätte. Profit nach Abnahmemenge und persönlichem Verhandlungsgeschick.
Anbei ein radioaktives Werkstück aus dem Atomkraftwerk Biblis als Probe. Überzeugen Sie sich selbst von der Ungefährlichkeit des Atoms. Bevor Sie das Probematerial lagern, beachten Sie bitte nachfolgende Verhaltensregeln, die unbedingt einzuhalten sind:

1. Vermeiden Sie jeden unnötigen Kontakt mit dem radioaktiven Material.
2. Spätestens 30 Minuten nach Öffnung dieses Briefes ist die Freiwillige Feuerwehr unter der Tel. Nr. 8065-1 zu benachrichtigen. Bitte bestätigen Sie dort den Erhalt der Sendung. Geben Sie die Anzahl der Haushaltsmitglieder an. Pro Familienmitglied werden Ihnen dann zwei Jodtabletten zugestellt.
3. Sollte die Rufnummer der Feuerwehr besetzt sein, bzw. sollte der Vorrat an Jodtabletten erschöpft sein, so wenden Sie sich bitte an den Zivilen Katastrophenschutz unter der Rufnummer 813473.
4. Nach Einnahme der Tabletten machen Sie sich hurtig an die Endlagerung.
5. Sind Sie Besitzer eines Gartens, so ist der Müll mindestens 1 m tief zu vergraben. Der Abstand zum Nachbargrundstück muß wenigstens 3,20 m betragen.
6. Für die Lagerung in der Wohnung empfiehlt es sich den radioaktiven Abfall in einem Aluminiumtopf zu verwahren. Achten Sie darauf, daß der Deckel den Topf gut verschließt. Der Durchmesser des Topfes hat mindestens 35 cm zu betragen.

Wir würden uns über Ihre Mitarbeit freuen.

Mit freundlichen Grüßen

ALBRECHT STRAHLT: DIE BULLEN PRÜGELN
Wahlk(r)ampf in Hildesheim

"Der Saal im "Berghölzchen" in Hildesheim war voll: rund 150 AKW-Gegner, sowie ca. 350 CDUler, 30 CDU-Ordner, 30 Uniformierte, 10 - 15 Zivile und Albrecht-Leibwächter warteten auf den "Strahlemann". Anton Theyssen, MdL, CDU-Vorsitzender, Ratsmitglied und Lehrer am Hildesheimer Josephinum , stellte "seinen" Ministerpräsidenten Albrecht den Hildesheimern vor und verteidigte mit markigen Sprüchen den atomaren Halbgott gegenüber den Kommunisten, die den hinteren Teil des Saales besetzt hielten. Sprechchöre und Zwischenrufe unterbrachen ihn immer wieder. Beim Stören der Veranstaltung – eine Diskussion um Albrechts Energiepolitik war von vornherein von uns abgelehnt worden – unterstützten uns die CDU-Anhänger nachhaltig: Ihren Chor "Albrecht!" beantworteten wir mit "Atomknecht!". Der erste Ordnereinsatz verlief glimpflich, alles beruhigte sich wieder, Albrecht konnte anfangen.

Gleichzeitig mit Albrecht verlas ein AKW-Gegner eine Erklärung, in der die sofortige Freilassung von Eso, sowie die Befürwortung des Asyl-Antrages von Karl und Eso in Holland gefordert wurden. Ein Ordner entriß dem AKW-Gegner die Erklärung, andere versuchten ihn aus dem Saal zu drängen, was jedoch nicht gelang.

Daraufhin wurde von uns ein Transparent entfaltet ("nirgends, nie, wollen wir sie, die Atommülldeponie"). CDU-Ord-



ner und Bullen bemühten sich Aktive zu orten und uns einzukesseln. Ordner-Truppe und Zivile versuchten einzelne auffallende AKW-Gegner herauszugreifen, was allerdings keinen Erfolg hatte, da diese immer wieder in der Masse untertauchten. Die vielen Fotoapparate, Kameras und Richtmikrofone der Bullen beeindruckten keinen mehr von uns. Als dann des Ministerpräsidenten RECHTE Hand, Anton Theyssen, in Nazi-Manier Polizei und CDU-Ordner "in die Schlacht" führte, allen voran trat er mit vor Wut bebender Stimme dafür ein, "das Kommunistenpack jetzt endgültig rauszuschmeißen", legte auch gleich mit Hand an — erhob sich ein ohrenbetäubender Lärm, verursacht von Trillerpfeifen, Sprechchören, "Folterknecht"-Rufen, Fußgetrampel etc. Polizei und Ordner griffen uns an und prügelten wild drauflos; Tische und Stühle dienten uns als Schutz gegen Bullen und Ordnerketten. Ob Alte oder Junge, Frauen oder Männer, CDUler oder AKW-Gegner, alles, was im hinteren Teil des Saales stand wurde rücksichtslos rausgeprügelt. Nur dem Umstand, daß wir zwischenzeitlich Ketten bildeten und besonders Gefährdete, weil außenstehend, wieder zu uns reinzogen, ist es zu verdanken, daß niemand festgenommen werden konnte. Da wir dazu alle Hände brauchten uns vor Prügel zu schützen, konnten wir selbst leider keine austeilen. Stinkbomben, die wir kurz vor dem Rausschmiß im Saal zurückließen und die u.a. von Polizeistiefeln zertreten wurden, machten noch einmal deutlich, was wir von Albrechts Atom- oder sonstigem Programm hielten.

Einige AKW-Gegner wurden verletzt; ärztliche Behandlung war weder notwendig noch angebracht. Nachdem wir dann außerhalb des "Berghölzchen" geklärt hatten, daß niemand von der Polizei festgenommen wurde, zogen wir gemeinsam ab. Das Ziel, das wir uns gesetzt hatten, nämlich das Stören von Atom-Albrechts Wahlveranstaltung so lange wie möglich und ohne eigene "Verluste" wurde erreicht. Wir konnten den anwesenden Hildesheimern — vornehmlich CDU-ler — deutlich machen, daß der Widerstand gegen das Atomprogramm von Bund und Land (Albrecht ist einer unter vielen!) sehr stark ist. Klar ist allerdings auch, daß die anwesenenden CDUler und deren Sympathisanten (ein KPDler verkaufte ungehindert Plaketten zum Schlesiertreffen!) uns gegenüber eine Wut im Bauch haben; aber das ist wohl kaum zu vermeiden. Der Widerstand gegen AKWs muß noch stärker und deutlicher werden.

— Weg mit dem Atomprogramm!
— Freiheit für Karl und Eso!
—Einstellung aller Strafverfahren und Aufhebung aller Urteile gegen AKW-Gegner!"

AKW-Gegner Hildesheim

NEUER PROZESS GEGEN EINEN AKW-GEGNER

Hamburg 30.5.79 — *Von den Rechtsanwälten Manfred und Helmut Böddeling in der Friedensallee 50 in Hamburg kommt der folgende Bericht:*

Am Mittwoch, 30.5.79, beginnt vor dem Amtsgericht Hamburg — Schöffengericht — der Prozeß gegen den Kernkraftwerksgegner Joachim Gurr. Gurr ist angeklagt als "Rädelsführer" einer Demonstration im Januar 1977 einen Polizeibeamten geschlagen zu haben. Ihm wird schwerer Landfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt vorgeworfen.

In dem Prozeß geht es um eine Anti-AKW-Demonstration vom 22.1.77 in Hamburg, Mönckebergstraße. Auf dieser Demonstration wurde für die dritte große nationale Demonstration gegen das AKW Brokdorf aufgerufen. Die Demonstration verlief friedlich. Als sich die Demonstranten nach der offiziellen Beendigung der Demonstration nicht sofort auflösten, ging die Polizei mit Knüppeln gegen sie vor. Es gab zahlreiche Verletzte. Ein Polizeibeamter, der den Auftrag hatte, die Demonstranten zu fotografieren, behauptet geschlagen worden zu sein. Er beschuldigt Gurr, der erst eine Stunde später am Hauptbahnhof festgenommen wurde. Er wird von ihm an Größe und Kleidung identifiziert. Gurr bestreitet alle Vorwürfe.

13 Polizeibeamte sind von der Staatsanwaltschaft als Zeugen aufgeboten worden. Ebensoviele Gegenzeugen stehen zur Verfügung. Staatsanwalt Reumann, der im Laufe des Ermittlungsverfahrens seine Felle fortschwimmen sah, stellte den Antrag, die Sache an das Landgericht abzugeben. Das habe den Vorteil, daß Gurr im Falle seiner Verurteilung keine Berufung einlegen könne und damit das Risiko eines Freispruchs verringert werde. Aufgrund der Dienstaufsichtsbeschwerde der Verteidigung mußte der Staatsanwalt seinen Antrag zurücknehmen. Dann hat ihn die Staatsanwalschaft als Sitzungsvertreter zurückgezogen.

Der Prozeß beginnt am Mittwoch mit der Vernehmung des Angeklagten. Er wird am 8., 11. und 18 Juni mit der Vernehmung der Zeugen fortgesetzt.

ALTERNATIVE ZUR UN—KONFERENZ ÜBER TECHNOLOGIE IN DER 3. WELT

Wien 5. Mai — Liebe Freunde, im Sommer gibt's in Wien eine UNO-Konferenz über "Wissenschaft & Technik im Dienste der Entwicklung" (UNCSTD), vom 20.-31. August, wo sich die Herren hochbezahlte Experten und UN-Delegierten zu einem Pläuschchen auf Kosten der Steuerzahler in allen Ländern treffen werden. 4000 Delegierte und Pressekorrespondentenstab werden über Technologietransfer bzw. Gewinnmaximierung bei Technikverkauf beraten.

Deswegen wird vom Forum-Alternativ in Zusammenarbeit mit Community-Action (Netzwerk von europäischen und nordamerikanischen Basisinitiativen) eine Gegenveranstaltung organisiert. Mitglieder der Community-Action werden nicht nur ihre heurige Jahrestagung vom 15.-23. August in Wien abhalten (auch als letzte Vorbereitung für die Gegenveranstaltung), sondern auch Ausstellungen und vor allem ihre Kreativität und Aktionslust mitbringen.

Der Verein Forum-Alternativ ist mittlerweile auch offiziell, d.h., von den Veranstaltern der UN-Konferenz als non-governmental-organization (NGO) anerkannt worden und hat somit Zugang zu allen Papieren, die die Konferenz "erarbeiten" wird. Das ist wichtig, weil wir zu den täglichen Vorgängen in der UN-Konferenz, wenn möglich auch täglich, an die anwesende internationale Presse eine Stellungnahme abgeben wollen.

Weitere Ziele unserer Gegenveranstaltung sind:

- Parallelkonferenz von engagierten Fachleuten auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik und der Alternativen, um eine Politik weiter auszuarbeiten, die den Betroffenen in aller Welt dienen soll und nicht nur dem internationalen Kapital.
- Vorträge, Seminare, Diskussionen und andere Veranstaltungen zum Thema Alternativen, "3. Welt", . . . an mindestens einer Volkshochschule (Erwachsenenbildung) während der 2. Augusthälfte.
- Aufbau eines ökologisch angelegten Alternativdorfes zur Demonstration von umweltfreundlichen Technologien.
- Aktionen von möglichst vielen Gruppen in den Straßen, auf der Wiese, wo das Öko-Dorf gebaut werden soll, in der Volkshochschule und wo immer.
- Filme und Diaserien über und aus "Entwicklungsländern", über Alternativen
- Betroffene aus den "Entwicklungsländern" sollen selbst zu Wort kommen

Die Öffentlichkeit, also alle Leute, sollen soweit wir imstande sind, einbezogen werden.

- Fest, Basar, Musikgruppen (auch aus der "3. Welt")
- Vermitllung der Über/Unterentwicklungs Probleme durch Spiele
- Märchenerzähler für Kinder und andere junge Leute – damit nicht nur immer unsere Medien Märchen über die "3. Welt" erzählen.
- Workshops: z.B. Kinderbücher, Arbeitsmaterial für Schulen, Slebstherstellen von alternativen Technologien usw.
- Straßen- und Aktionstheater, spontanes Theater von Kindern (Puppenspiele)
- Moritatensänger (Selbstdarstellung in Liedern und Szenen)
- Veranstaltungen zum Thema "Lernen von der 3. Welt"
- usw. . . . denkt euch selbst was dazu aus.

Wie wir uns eure Mitarbeit konkret vorstellen:
Ihr arbeitet an einem bestimmten Thema, z.B. "3. Welt im Kinderbuch", so schreibt uns eure formalen und inhaltlichen Vorstellungen; Fragen hinsichtlich der Organisation: Aktivitäten – wo (Straße, Wiese, Volkshochschule. . .), – mit welchen Mitteln arbeitet ihr (Film, Dia, Theater, Ausstellung, Referat, Workshop . . .); – zeitliche Ausdehnung (welche Tage, welche Tageszeit);
Was benötigt ihr an Räumen, Wiesen, Städten usw.? – Wann wollt ihr kommen? – Wieviele Personen? – Was können wir für euch tun?

Es gibt von unserer Seite Bemühungen Unterkünfte aufzutreiben. Pauschale Zusagen sind uns derzeit aber nicht möglich.

Wir warten auf eure Antworten, Ideen, Anmeldungen – jedenfalls Kontakt. Informiert auch euch bekannte Gruppen in eurer Nähe, benutzt dazu eure Publikationen, Seminare, Gespräche. . .

Kontakt: Forum-Alternativ, Margaretengürtel 122-124 (Stiege I), A – 1050 Wien, Tel. 222/553 06 53

PFLANZT UND ADOPTIERT !

IRGENDWO IM NIEMANDSLAND

Nachdem wir uns vergenommen haben,die Bundesrepublik in ein Sonnenblumenfeld zu verwandeln, ist uns überraschenderweise bekannt geworden, daß der alte Versandkonzern Quelle sich auch an unserer Aktion beteiligen will und bereits per Post, jedem, der registriert ist, drei Sonnenblumenkerne zuschickt!

Unser Plan: holt Euch Samen (irgendeine Art und / oder Sonnenblumenkerne) und pflanzt sie einfach in der Erde (nicht auf Steinen!). Alten germanischen Überlieferungen zufolge werden aus diesen winzigen Dingern Pflanzen (die grünen Dinger).

Um erfolgreich an der Aktion teilnehmen zu können, sollte Mensch jedes Wochnende eine Stunde lang sich mit den Pflanzungen beschäftigen. In der Regel spricht Mensch dazu einige ermutigende Worte zu jedem Samenkorn, um das Großwerden in dieser Welt zu erleichtern.

Teil zwei unserer Verschwörung besteht darin, einen alten Indianer- Rat zu befogen. Er besagt, daß es wenig Sinn hat, über dreckige Flüsse zu weinen, es wäre eigentlich ganz einfach, dies wieder zu korrigieren! Es finden sich mehrere Menschen zusammen und wählen sich einen Fluß oder Bach aus und adoptieren ihn! Jetzt sollen die Leute seinen Ursprung aufsuchen und sich dort drei Tage aufhalten, sich mir dem Wesen des Wassers bekannt machen und ihm ihre Liebe weihen! Danach wandert Mensch den Fluß entlang bis die erste Quelle des Giftes sich findet; dort fängt Mensch an, den Heilungsprozeß in Gang zu setzen. Sind die Leute dort fertig, gehts weiter und weiter. . . Ja es ist oft mühselig, sich einer Augabe zu widmen. Es ist schwerer als an Instantglück zu glauben, ab er es macht auch stark, es gibt Zuversicht und es gibt den „Sieg" im langwieregen Krieg!

Nach unseren ersten Umfragen gibt es noch Flüsse, die zur Adoption freistehen. Kümmert Euch selbst darum, welcher Fluß noch frei ist. PS: Der Rhein und der Main gelten immer noch als Flüsse! Für diese beiden werden wir wohl stärkere Kräfte zusammenziehen müssen! Im Herbst treffen sich dann alle, die Erfahrungen gemacht haben. Es wird erwogen, Selbstanzeigen zu stellen wegen: Gründung einer kriminellen Vereinigung, Gefahr für den Bestand der BRD, usw. . .

SANITÄTER–GRUPPE TRAF SICH

Berlin
25. Mai

Am Rande des BBU-Kongresses am 5. Mai in Göttingen trafen sich Vertreter von selbstorganisierten Sanitätsgruppen aus 5 Städten. Einen breiten Raum nahm die gegenseitige Information über die Arbeit der einzelnen Gruppen ein. Diese geht in fast allen Gruppen über die reine Erste Hilfe Leistung bei Demonstrationen hinaus und umfaßt u.a. auch Vorsorge durch Selbstschutz(information), Ermittlungsarbeit und Kurse in Erster Hilfe wowie Selbstschutz auf Demonstrationen für BIs und Basisgruppen.

"Wir verstehen uns nicht als "linke" Caritas, sondern als eigenständige Gruppen, die der Mangelversorgung und Denunziationstätigkeit der offiziellen Hilfsdienste entgegenarbeiten. Es hat sich gezeigt, daß bei den verschiedenen Aktionsformen (sowohl Bauplatzbesetzungen als auch z.B. bei dem Treck nach Hannover) die Anwesenheit von "eigenen" Sanitätern von Nutzen ist. Wir sind nicht die Vorboten militanter Aktionen – aber wir unterstützen nach vorheriger Diskussion alle Formen des Widerstandes, solange uns das personell möglich ist. Wir bitten euch daher um folgendes: Gebt unsere Kontaktadresse an euch bekannte Sanitäter-Gruppen oder Interessierte weiter. Wir suchen noch die Reste der Sani-Gruppen, die zur Zeit der Demos in Grohnde und Kalkar bestanden haben."

Als neuer Anfang einer kontinuierlichen Zusammenarbeit beschlossen wir die Demonstration in Bonn bzw. Gorleben zu betreuen. Da wir uns mehrheitlich aber nicht auf die Anti-AKW-Bewegung festlegen, werden wir schon auf dem ‚Rock-Gegen-Rechts"–Festival den Erste-Hilfe-Schutz übernehmen. Also am 16./17. Juni in Frankfurt. Die Demonstrationen, die Musikveranstaltungen sowie die möglichen Gegenaktionen der Faschisten sind Gründe genug für unsere Anwesenheit.

Interessenten für eine Mitarbeit mögen sich bitte bei der angegebenen Kontaktadresse melden: **Sanitätergruppen Hamburg, Westberlin, Bremen, Kiel und München, c/o Chamisso-Laden, Willibald-Alexisstr. 15, 1000 Berlin 61, Tel. 030/ 692 84 59 (Montags ab 19 Uhr)**

BOHRLÖCHER IN GORLEBEN VERSTOPFT

Notizen vom Autonomentreffen in Trebel

Am 19./20. Mai trafen sich in Trebel mehrere autonome Anti-AKW-Gruppen, um über ihre bisherige und weitere Arbeit zu sprechen. Während diesen beiden Tagen haben AKW-Gegner mehrere der Flachbohrungen auf dem DWK-Gelände aufgespürt. Sie gingen den LKW-Spuren nach – soweit die Bohrstellen nicht schon bekannt waren. Mensch erkennt die Bohrstellen an dem locker aufgestreuten gelben Kies, ca. 5x10 qm. Mit Spaten wurden die tiefergehenden weichen Stellen aufgespürt. In ca. 1 Meter Tiefe stießen sie auf blaue Plastikrohre von ca. 12 cm Durchmesser, die in die Bohrlöcher eingelassen waren. Die Rohre waren mit Holzstopfen und Plastikplanen gegen nachfallenden Sand gesichert. Das Loch „Berta" – eins der beiden ersten Bohrlöcher in der Nähe des Rondeels – wurde mit

Wäscheleine und Draht ausgelotet: es war ca. 60 m tief. In ca. 3 m Tiefe stand das Grundwasser. Es kann sein, daß an einer Bohrstelle mehr als ein Loch ist. Die AKW-Gegner füllten die Löcher mit Schrott, Holzstangen, Eisenstangen von Verkehrsschildern, Steinen und Kies, brachen die Rohroberkanten auseinander und schütteten alles wieder zu.

Bei Loch Berta gelang das nicht mehr, da plötzlich ein Bundesgrenzschutz-Bus mit 3 Männern die Leute überraschte. In ziemlicher Panik flohen alle in den Wald, sammelten sich und zogen dann ab. Nächstes Mal werden sie Wachen aufstellen. Niemand wurde erwischt, aber einige Spaten gingen verloren. Die Aktionen dauerten zwischen einer und vier Stunden (mit der Flucht).


Bewachte Bohrarbeiten in Gorleben

Die sorgfältig verschlossenen Bohrlöcher sind wahrscheinlich für länger dauernde Pegelmessungen während der geplanten Absenkung des Grundwasserspiegels vorgesehen. Außerdem sollen von den Löchern z.B. mit elektrischen Sonden die Leitfähigkeit des Bodens untersucht werden, um Aufschluß über Grundwasserströme und Bodenbeschaffenheit zu erhalten.

Mit solchen kleinen Aktionen wird den Erbauern und Betreibern von Atomanlagen ihre Untersuchungsarbeit erschwert. Wir halten solche und ähnliche Aktionen für nötig und ermuntern andere, dasselbe zu tun.

P.S.: Eine Gruppe sah sich gezwungen, weiße Markierungen für Landvermessungen zu entfernen, da sie (die Markierungen) das Landschaftsbild entscheidend beeinträchtigten. Wir wollen keine Atomanlagen und keine Strafverfahren gegen diejenigen, die sie verhindern. Insbesondere wollen wir, daß Eso und Karl in Holland politisches Asyl erhalten, daß die Schadensersatzforderungen gegen AKW-Gegner zurückgenommen werden, daß die Urteile und Strafverfahren gegen AKW-Gegner annulliert werden, daß die Bohrarbeiten in Gorleben eingestellt und die Bohrlöcher wieder zerstört werden. BASTA.

Autonome AKW-Gegner, z.Zt. der Aktionen in Trebel — jetzt überall.

DIE ERKÄMPFTE BÜRGERVERSAMMLUNG ODER DIE GEWÄHRTE KREISTAGSSITZUNG

Lüchow-Dannenberg
Frankfurt, 29. Mai

Im Wendland ist viel von „denen" die Rede. Wer „die" oder „Sie" sind, ist ohne weitere Erklärung aus dem Zusammenhang klar: die DWK, die die Atommüllfabrik bauen will, die „Celler Brunnenbau", die dafür bohrt, Albrecht, der die Entscheidung dafür gefällt hat und durch die Ignoranz gegenüber den Befürchtungen der Bevölkerung gerade auch eingefleischte CDU-Wähler auf die Palme gebracht hat, und schließlich sind mit „die" auch die Besatzungstruppen aus dem Emsland, aus Osnabrück, aus Braunschweig gemeint.
Nur schafft diese Sicht auf „die" (da oben), die sich im Zweifelsfall einen Dreck um die Interessen der Bevölkerung oder auch gar ihrer Wähler kümmern, selbst wenn sie es (wie Albrecht) vorher zugesichert haben, keine festen Fronten. Und schon gar nicht läßt sich aus dieser Sicht eine Legitimation oder eine Unterstützung für Aktionen ableiten.
Denn „die" sind zu einem guten Teil immer noch die von „uns" gewählten. Zu dem Mißtrauen und der Ablehnung gegen „die" gehört auch immer noch die Erwartung, daß „sie" denn doch noch etwas gutes für die eigenen Interessen tun werden.
Ein Beispiel dafür, wie es aussieht, wenn die „eigenen" Politiker „über den Tisch gezogen werden" (Schmidt, Chefredakteur der Elbe-Jeetzel-Zeitung), ist die Geschichte um die erzwungene Kreistagssitzung am 11. Mai in Hitzacker.

Am Donnerstag, 5. April, gingen etwa 60 Leute zum ersten Mal ins alte Kreishaus von Lüchow, um von den Kommunalpolitikern eine klare Auskunft um deren Ansichten zur Atommüllfabrik zu bekommen.
Der Treck hatte den Gegnern der Atommüllfabrik gezeigt, daß sie nicht die kleine spinnige Minderheit waren, als die sie immer noch von den Politikern hingestellt wurden. Sie waren die Mehrheit. Und wenn die Mehrheit der Bevölkerung dagegen ist,müssen die von ihnen gewählten Politiker sich doch zumindest klar dazu verhalten.
Vor den Leuten im Kreishaus erklärte Oberkreisdirektor Poggendorf: Öffentliche Kreistagssitzung ginge so nicht und unter Druck schon gar nicht und er würde den Wunsch den Anwesenden vortragen. Keiner war zufrieden. Es wurde von Verschaukeln geredet.—
Herr W. traf einen Bekannten. „Uwe, du gehörst doch auch zu denen (Mitgliedern des Kreistages). Sorg doch mal dafür, daß ein klares Wort gesprochen wird." Uwe erwiderte etwas, was ich nicht verstehe. Herr W.: „Ja, ja, ich weiß, du hast verkauft (sein Land an die DWK nämlich) . . . " Uwe murmelt dazwischen. Herr W.: „ . . . ich weiß, du konntest das Geld gut brauchen . . . Aber jetzt, wo du deinen Reibach gemacht hast, kannst du doch dagegen sein. Dann würde ich den Hut vor dir ziehen."
Poggendorf verspricht, daß er Auskunft geben wird, ob und wann der Kreistag eine öffentliche Sitzung zu machen gedenkt. Die Auskunft soll nicht abgewartet, sondern abgeholt werden. Deshalb am nächsten Tag wieder ins Kreishaus.
Schon jetzt bahnt sich an, was später tatsächlich rauskommen soll: daß die Politiker die Anhörung des Kreistages durch die Bevölkerung umkehren wollen in eine Anhörung der Bevölkerung durch die Politiker. Das erste ist nämlich gesetzlich nicht vorgesehen.
Am Freitag ein Go-In mit dem gleichen Ergebnis. Es wird beschlossen, mit einer Anziege zu einer neuen „Begehung" am Montag aufzurufen.
Am Montag, dem 9. April stehen etwa 300 Leute vor dem Kreishaus. Aber das ist zu. Geschlossen deshalb, weil angeblich die Go-Ins den Publikumsverkehr stören würden. (was nicht stimmte). Längeres Getöse auf der Straße lockte dann doch noch Landrat Mener und seinen Stellvertreter hervor. Er stellte sich der Forderung, mit den Anwesenden über ‚Gorleben' zu

diskutieren. Der Zug machte sich auf in die Trebeler „Bauernstuben". Dort boten die beiden Hauptdarsteller dann zweieinhalb Stunden ein trauriges Schauspiel, was sie gleichwohl ins Schwitzen brachte. Sie hatten sich nach eigenem Eingeständnis über die Problematik der Atommüllfabrik bisher noch nicht informiert. Landrat Meiner verdutzt zu seinem Stellvertreter: „Oder haben sie sich schon informiert? " Kopfschütteln. Die Stimmung bei den erstaunten Zuhörern schwankte die ganze Zeit Zeit zwischen Wut und Gelächter.
Nach diesem Ereignis kamen einige Leute auf die, der mangelnder Information des Landrats abzuhelfen. Da Osterzeit war, sollte ihm ein Präsentkorb überreicht werden, mit Apfelgelee (selbstgemacht), Knackwürsten, bunten Bändern – und viel, viel Informationsmaterial. Als die Leute den Korb am Mittwoch im Kreishaus übergeben wollten, war das immer noch geschlossen. Also fuhren sie zum Landrat nach Hause. Die Haustür war offen, so gingen sie hinein und übergaben den Korb.



Landrat Meiner mit Weißwurst und Informationen über die WAA im Präsentkorb...

Ende April waren es die Gegner leid, daß die Kommunalpolitiker von ihnen weiterhin sprachen als von einer kleinen Gruppe. Jetzt sollten sie es schwarz auf weiß haben. Eine Unterschriftenaktion brachte in 10 Tagen über 20 000 Unterschriften zusammen (hei, wenn ich mich richtig erinnere, von etwa 43 000 Einwohnern überhaupt.). Unter diesen Voraussetzungen sollte dann am 11. Mai die öffentliche Kreistagssitzung in Hitzacker stattfinden. „80 % sind hier im Kreis dagegen, und die Kommunalpolitiker sollen endlich sagen, ob sie diesen Mehrheitswillen respektieren wollen oder nicht."
Von Teilnehmern dieser Veranstaltung erhielten wir folgenden Bericht:

„Der Grill, der will, aber wer will schon Grill" (Grill: niedersächsischer CDU-Landtagsabgeordneter für Lüchow Dannenberg)

Am 11. Mai hatte der Kreisausschuß zum Gorleben-Projekt des Kreises Lüchow-Dannenberg jeweils 10 Vertreter von ca. 40 Organisationen und Verbänden eingeladen, um die Meinung der Bevölkerung zu Gorleben zu erkunden.
Seitdem bekannt ist, daß in Gorleben die WAAnsinnsanlage gebaut werden soll, wurden, werden zwar fast täglich Leserbriefe und Anzeigen in der Elbe-Jeetzel-Zeitung (EJZ) gegen Gorleben gedruckt, findest du im Landkreis viele Plakate an Häusern, Bäumen und in Gärten, ist der Treck nach Hannover hier organisiert worden – die Politiker haben davon offensichtlich nichts, aber auch gar nichts gemerkt. Um die Stimmung in der Bevölkerung zu erforschen, laden diese Herren also Vertreter von Sportvereinen, Schützenvereinen... ein, die GLU bekommt keine einzige der 400 Eintrittskarten, die nach einem immer noch geheimen Schlüssel verteilt worden sind. Eintrittskarten waren dann jedoch nicht nötig – die Politiker hatten es nicht gewagt, das Kurhaus in Hitzacker durch altbekanntes Hamburger Gerät und durch entsprechendes uniformiertes uninformiertes Personal zu schützen. So kamen wir alle noch etwas Gedrücke und Geschiebe in den wunderfeinen Saal des Kurhauses, schauten uns nach bekannten Gesichtern um und trugen die Tische raus, damit nun endlich genug Platz für uns Nichteingeladene bestand. Dieses „Gespräch" mit dem Kreisausschuß war schon lange Zeit von der Brügerinitiative gefordert worden. Die Politiker wollten jedoch lieber ein intimes Plauderstündchen.
Zwei Stunden hörten sich dann die „Herren Kreispolitiker" die Stellungnahmen und Fragen der Bevölkerung und der Verbände an. Bis schließlich allen der Kragen platzte und minutenlang die Politiker mit Sprechchören „antworten, antworten" aufgefordert wurden, endlich selbst zu reden.
Im Folgenden ein Versuch, den Ablauf protokollartig darzustellen:

Fast pünktlich um 19.00 Uhr zerreißt der Rückholbügel an der Eingangstür zum Kurhaus, das Zeichen für alle Nichteingeladenen, ins Kurhaus zu gehen.
– eine Gruppe stellt sich auf die Bühne und singt ein Anti-Atomlied, prompt zieht der bescheuerte Techniker die Lautsprecher auf und sendet Nachrichten und Dudelmusik in den Saal.
– der Landrat versucht uns zu begrüßen, Pfiffe, Zurufe: „Musik machen"!
– der Vertreter des Landvolkes spricht sich im Namen seiner Berufskollegen gegen die WAA aus
– der Bürgermeister von Jameln: „Sie haben zu dieser Veranstaltung eingeladen, nun hören sie gut zu!" (starker Beifall) er verliest die Zahlen der Gorleben-Gegner (über 70 %) in seiner Gemeinde
– „. . . Das Verfahren, wie hier die Teilnehmer ausgewählt wurden, hätte man zu Zeiten der Monarchie machen können"
– Graf von Bernstorf (Kreisjägerschaft): „Weltberühmtes Hochwildvorkommen ist bedroht . . . "
– Pastor Mahlke, Lüchow: die Kreispolitiker sollen sich an menschliche, ökologische und ökonomische Kriterien halten.
– Tarrach, Kreisvorsitzender der CDU: „Es ist nicht der Stil der CDU, Meinungsverschiedenheiten auf der Straße auszutragen. Die Energiepolitik ist einzig und allein von der Bundesregierung zu planen (Pfiffe), die CDU wird auch weiterhin Schaden vom Volk abwenden. Wir vertrauen auf die Landesregierung (Albrecht-Bahlsen-Kekse) etc. gründliche Überprüfung, Bundesregierung hat das jahrelang versäumt, Pfiffe, Zwischenrufe
– Zwischenruf: „Die Veranstaltung ist eine Farce" und an die Politiker: „Sie haben hier nichts zu fragen – wir wollen sie fragen!!" Es folgen fünf Minuten tosender Beifall.
– auch die nächsten Redner fordern immer wieder die Herren Kommunalpolitiker auf, endlich Stellung zu beziehen. Der Beifall kennt keine Grenzen mehr, denn von unserer Seite ist bereits alles gesagt worden.
– Probst Tidow: „Das Vertrauen ist erschüttert... wir sollten die Welt nutzen, aber nicht ausnutzen. laßt uns endlich aufhören, den Wohlstand für das höchste aller Güter zu halten."
– GEW: „Wer hier nicht eindeutig Stellung bezieht, wird nicht wiedergewählt und kann in Ruhe seine Memoiren schreiben."

Lüchow am 14. Mai 1979, während der Blockade der Bohrfahrzeuge auf dem Schrottplatz

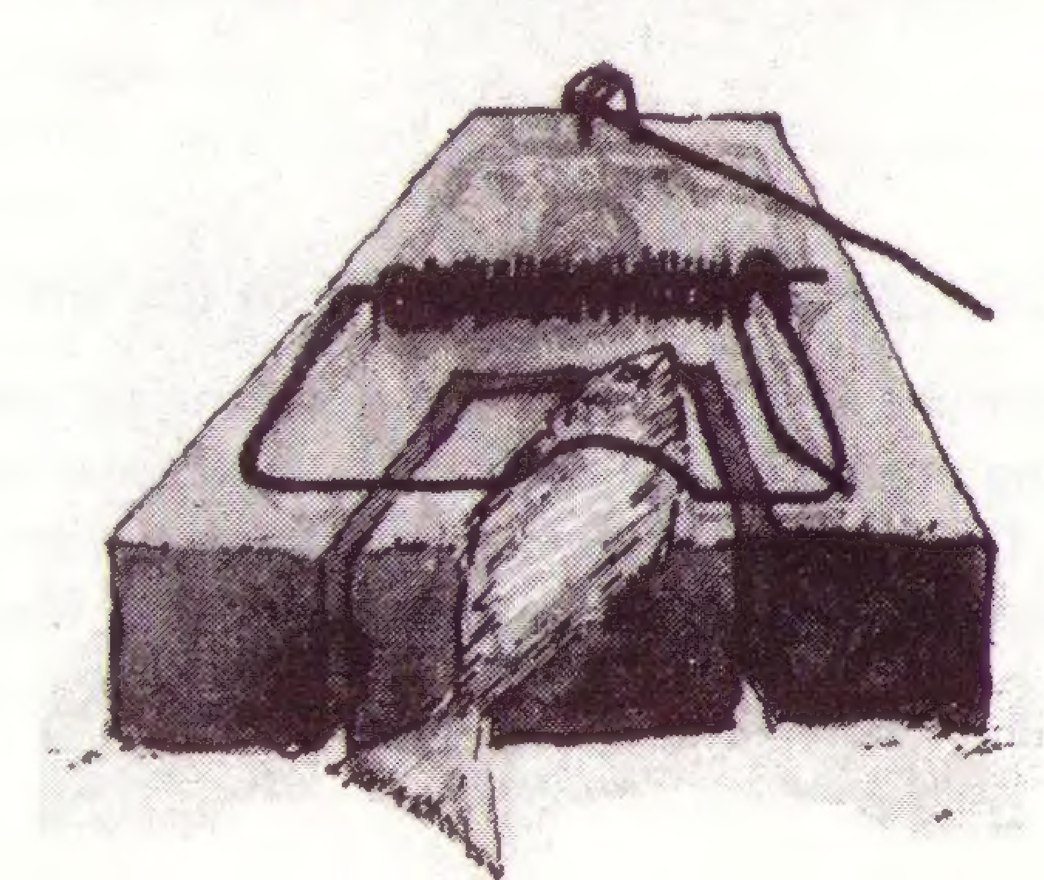
— der Vertreter der Ärzte fordert die Politiker auf, sich in DIREKTER REDE UND GEGENREDE zu äußern, sonst verlassen die Ärzte den Saal und fordern alle Leute auf, ebenfalls zu gehen.
Sprechchöre: „Antworten, Antworten . . . !"
Der Versammlungsleiter verweist auf d.e Rednerliste. Die Redner werden dann nacheinander aufgerufen. Jedes mal wenn einer verzichtet, gibts Beifall wie bei einem Fußballtor. "
Die Veranstaltung war ein Fest. Viele der Anwesenden hatten wohl lange Zeit nicht mehr so gelacht, gepfiffen und gebrüllt, wie an dem Abend.„ Einer der vielen Gartower Polizisten" hinten in der Ecke war ganz aus dem Häuschen. Fritz von Blottnitz handelte sich eine Rüge ein, weil er die „Arroganz" der Kommunalpolitiker „eine Unverschämtheit" und einiges mehr nannte. Joachim Schulz aus Reitze war empört: „Ich als ehemaliger CDU-Wähler habe ein Recht darauf, von Ihnen eine Antwort zu bekommen." Frau Mahnke: „Ich habe bisher CDU gewählt. Ich weiß nicht warum, aber ich habe sie gewählt. Aber jetzt . . . Ich habe vier Kinder. Herr Grill, sie haben doch auch ein Kind . . . zwei sogar . . . also, ich verstehe das nicht, wie können sie . . . "
Herr Winckelmann von der „Pro-Bürgerinitiative" machte sich zum Clown des Abends, als er die Risiken einer Atommüllfabrik mit den Risiken verglich, „die un:ere Jungs in der Bundeswehr" auf sich nähmen.

Grill hatte die Lacher auf seiner Seite, als er eine Einführung in die Weltpolitischen Zusammenhänge der Energiewirtschaft versuchte. Von den Rängen tönte es: „Und die haben wir gewählt!"
Besser als an diesem Abend hätten die Politiker den Bürgern gar nicht demonstrieren können, daß diese sich nur auf sich selbst verlassen können.

DARF RADIKALE ÖKOLOGIE BEI DEN TIEREN STEHENBLEIBEN?

Von einem ID-Leser:
„Ein wenig schief fühlt sich das für mich an, daß ich immer am Anfang der Argumentiererei zu einer Rechtfertigung ausholen muß, um nicht beim Darstellen der Fragwürdigkeit der Rechtmäßigkeit des Tierschlachtens als Spinner abgetan zu werden. Dies tritt leider auch bei etlichen Linken auf, man will sich von diesem angeblichen recht säuischen Genuß abbringen lassen.
Es kann bei einem ein intensives Traurigkeitsgefühl hinterlassen, wenn Flugblätter, auch etwas intensive Diskussionen die Abgestumpftheit der Gefühle kaum auflockern konnten und deshalb sei die etwas flehentlich, aber ernstgemeinte Bitte an sämtliche Vegetarier in diesem Lande und anderswo gerichtet, sich mit mir in Verbindung zu setzen, um gemeinsame Wege zu finden, das Tiere Schlachten so weit wie möglich abzuschaffen, zumindest in den EWG-Ländern, wie ist das aber in Entwicklungsländern möglich, ab wann ist diese liebe Idee nicht mehr zu vertreten, aber in der BRD muß das unbedingt weg, entsetzlich schreien meine besten Gefühle, ja, was sind das für Gefühle?
Mir persönlich reicht es nicht aus, nur gegen diese faschistoiden Tierversuche der Psychopharmaindustrie zu sein, wo ist tatsächlich der Unterschied dazu, wenn der Bauer oder der Metzger sie abkillt?
Ich denke, daß man vielleicht ein Treffen organisieren könnte von Vegetariern, um endlich diesen brutalen Blödsinn an einem schönen Stück Natur den Garaus machen zu können."

TIERSCHICKSALE



PFINGSTEN IN DARMSTADT

DARMSTADT 30. Mai

Im Rahmen der internationalen Pfingstaktionen zur Stillegung sämtlicher Atomanlagen schlagen einige Darmstädter Bürger vor, das Pfingstwochenende gemeinsam und angenehm auf der Rosenhöhe in Darmstadt zu verbringen. Das sähe dann so aus:

Freitag

Freitag, 1. Juni, 20 Uhr: Diskussionsveranstaltung des BUND (Bundes Naturschutz und Umwelt) und der Darmstädter Grünen Radler zum Thema Verkehr(t) im Justus-Liebig-Haus.

Samstag, 2. Juni, 10.30 Uhr: Raddemonstration durch die Innenstadt Treffpunkt ist Friedensplatz. Am Nachmittag gehts auf die Rosenhöhe, ein Wald, der wegen der Erweiterung Darmstädter Villen abgeholzt werden soll.

Sonntag, 3. Juni, 10 Uhr: In der Waldkapelle von Hering beim Ötzberg im vorderen Odenwald, ein paar Kilometer von Darmstadt entfernt Richtung Höchst/Odw., findet ein Freiluftumwelt-Gottesdienst statt. Soll alles im Fernsehen live zu sehen sein. Vorschlag: von der Rosenhöhe um 8.15 Uhr zum Gottesdienst zu radeln.

Sonntagnachmittag: Rock- und Blues-Session

Kontakt: Junge Europäische Förderalisten, Darmstadt c/o Karl-Uwe Schubkegel, Bismarckstr. 39. Hinterhaus, Tel. 06151–292487.

DIE BÜRGERAKTION UMWELTSCHUTZ RHEIN-NECKAR HAT ZWEI BROSCHÜREN HERAUSGEGEBEN

LUDWIGSHAFEN 30. Mai

„Sichern Atomkraftwerke Arbeitsplätze? "

Gedacht ist die Broschüre als Argumentationshilfe vor allem für Bürgerinitiativen, Gewerkschafts-, Betriebs- und Jugendgruppen sowie als Stoffsammlung für alle Gruppen und Personen, die mit der Problematik „Arbeitsplätze und Atomenergie" und „Arbeitsplätze und Umweltschutz" zu tun haben. Der Einzelpreis für die Broschüre beträgt 3,– DM + Porto 1,– DM (einschl. Verpackung). Ab 10 Stück ist ein Sammelpreis von 2,50 DM + Porto und Verpackung vorgesehen.

„Verkehrspolitisches Programm – gegen den maßlosen Autoverkehr –"

Die 32-seitige Broschüre (DIN A4) enthält einen kurzen und übersichtlichen Überblick über die gegenwärtige Verkehrspolitik und deren Folgen sowie die notwendigen Alternativen im öffentlichen Nahverkehr und bei der Bundesbahn. Gedacht ist die Broschüre als Argumentationshilfe und zur Öffentlichkeitsarbeit für alle Bürgerinitiativen, Gruppen und Einzelpersonen, die im Bereich der Verkehrsplanung arbeiten. Der Preis für die Broschüre beträgt 80 Pfennig + Porto und Verpackung.

Peter Weber, Welschstr. 11, 6700 Ludwigshafen-Oppau (Postscheckkonto: PSchA Ludwigshafen Nr. 6330-672). Bei Bestellungen bitte Geldbetrag im Voraus auf oben angegebenes Postscheckkonto senden.

ID - BIBLIOGRAPHIE - demnächst in diesem Theater

Wer in dieser Woche eine ID-Bibliographie erwartet hat, muß seine Erwartung noch einmal überprüfen. Und zwar hat er dazu 1 Woche Zeit. Dann ist nämlich ein neuer Monat (der Junei) und dann erfolgt absprachegemäß die Vorstellung der Neuerscheinungen.

BIELEFELDER SPÄTFRÜHLING

„Am 9. und 10. Juni findet auf dem Bielefelder Johannisberg ein großes Fest unter dem Namen „SPÄTFRÜHLING - Markttage der Kultur" statt.
Mitwirken werden ca. 65 Initiativen, darunter etwa 20 Musikbands vieler Stilrichtungen, 10 Theatergruppen, mehrere Tanzgruppen, außerdem eine große Anzahl von Kunsthandwerkern und bildenden Künstlern. Es handelt sich um Gruppen und Einzelne, Deutsche und in Deutschland wohnende Ausländer, die mehr oder weniger jenseits der Marktzwänge kulturell tätig sein wollen.
Zweck des Festes ist es, einen anschaulichen Querschnitt durch diese nicht etablierte Kunst-und-Kultur-Szene von Bielefeld zu präsentieren und den Kontakt der Mitwirkenden untereinander und zum Publikum zu fördern.

Beginn des Festes ist am Samstag um 11 h und am Sonntag um 13 h.

Kontakt: Verein zur Entfaltung der Güte und Blüte kunstsinniger Mauerblümchen e.V., c/o Uli Kahmann, Große-Kurfürsten-Str. 3, 48 Bielefeld 1

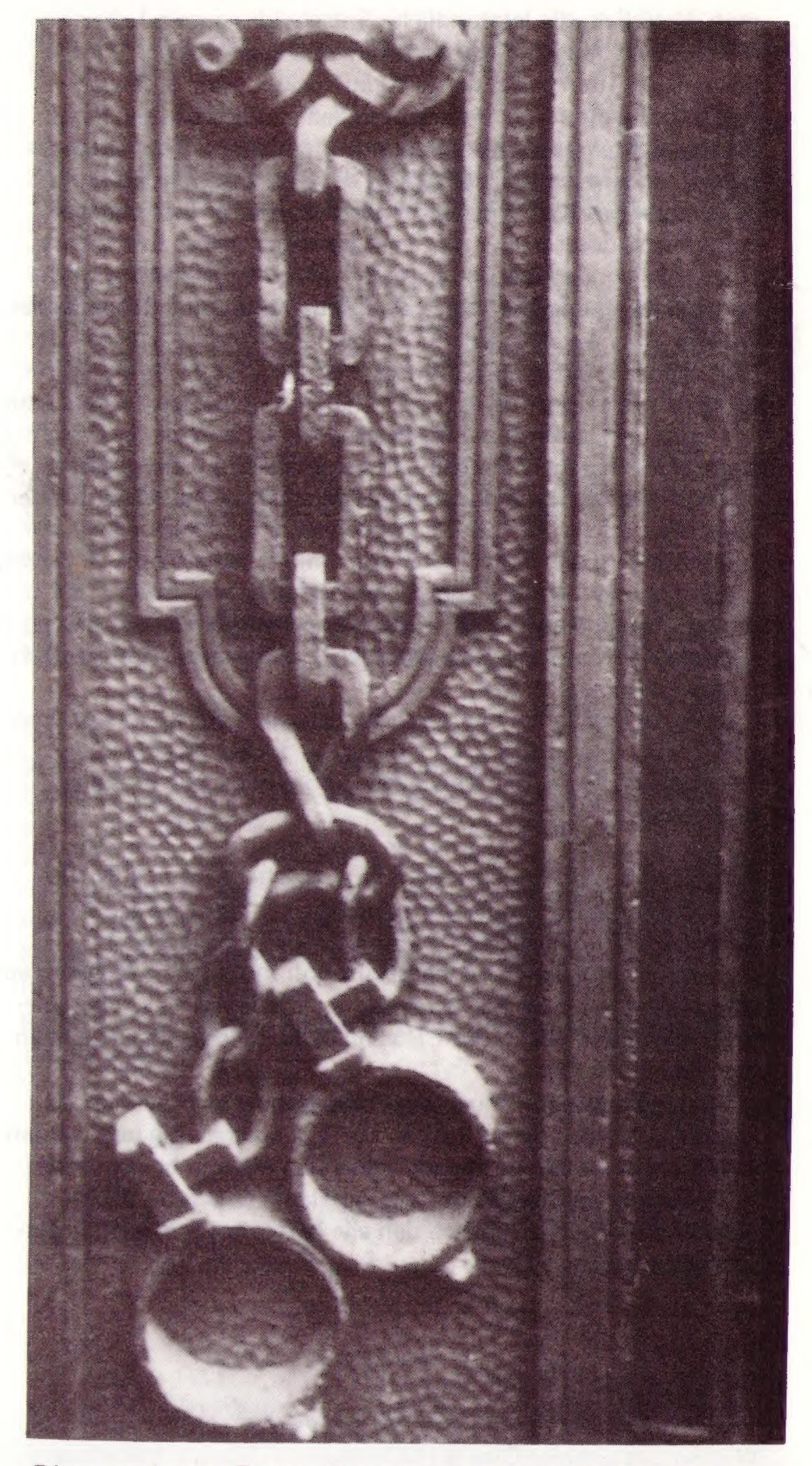
AUS DEM FRAUENKNAST PREUNGESHEIM: WIR WERDEN DER ZWANGSTHERAPIE ALLEN WIDERSTAND ENTGEGENSETZEN

Frankfurt 11. Mai

Im Frauenknast in Frankfurt Preungesheim soll das seit 1977 bestehende Therapieprojekt zur Drogenbekämpfung ausgebaut werden. Die betroffenen Frauen der Justizvollzugsanstalt III haben dazu einen Bericht und einen Brief an das hessische Justizministerium geschrieben:

„In letzter Zeit sind die Medien, Radio, Fernsehn, Presse wieder einmal dran, das Thema Drogenbekämpfung künstlich hochzuspielen. Therapie im Knast soll das neue Allheilmittel für Fixer und Drogengefährdete sein. Beispielgebend dazu ist das seit 77 bestehende – keineswegs erfolgreiche – Therapieprojekt des Frauenknasts Frankfurt-Preungesheim.
Kulenkampf, der Anstaltsboß des Frauenknasts, hat schon bei seinem Antritt im Februar 79, lautstark verkündet, daß ihn gerade dieses Projekt besonders interessiert – Kulenkampf, ein ehemaliger Staatsanwalt, Knastexperte, der beim Justizministerium für den Sektor „Politische Gefangene" verantwortlich war – und sein besonderes Interesse ganz gezielt durch die Medien öffentlich gemacht hat. Hierbei geht es doch einzig darum, die Öffentlichkeit zu der Einsicht zu bringen, daß Therapie im Knast die einzig wirksame und wahre Art der Drogenbekämpfung ist.
„Therapie im Knast", damit Richter und Staatsanwälte noch gewissenloser Menschen hinter Gitter bringen können. Süchtige verschwinden dann nur noch in geschlossene, entmenschlichte Anstalten, sei es nun Klapse oder Knast. Das Projekt der Bundesregierung sieht vor, noch mehr feste Häuser (speziell angelegte, mit höchsten Sicherheitsvorkehrungen versehene Terrorklapsen), wie sie in Gießen, Haina und Hadamar (im Bau) sind, zu bauen, und das hessische Drogenprojekt in den Knästen zu erweitern, so daß es nur noch eine Frage der Zeit ist, bis „Therapie hinter Gittern", die modernen KZ's, bundesweit ist.
Richter und Staatsanwälte lassen gerade junkies immer mehr in die weißen Knäste (Klapsen) verschwinden. Der § 64 bietet die Grundlage dafür. Entlassungen, nach zwei Jahren, liegen im Ermessen der zuständigen Psychiater und Gerichte.
Wie wird es dann erst aussehen, wenn Zwangstherapien in Knästen eingeführt werden? Entlassungen werden in diesem Fall die Anstaltsleitung und die Justiz entscheiden. Deren Interesse liegt aber bestimmt nicht daran, uns, solange wir für die Pro-

duktion noch nicht verwertbar sind, d. h. uns in keinen vorgegebenen 8-Stunden-Tag einfügen, solange wir noch den geringsten Widerstand leisten, wieder raus zu lassen.
Hier sollen ganz einfach Möglichkeiten geschaffen werden, Fixer lebenslänglich hinter Gittern verschwinden zu lassen. In den USA gibt es diese Möglichkeit schon lange. Menschenverachtende Gesetze und moderne Psychoknäste bieten die Grundlage dafür, Freiheitsstrafen von einem Jahr bis lebenslänglich zu verhängen. Die mit Vorliebe bei politisch aktiven, besonders gewalttätigen und junkies angewandt werden. Man wird zu einem Jahr bis lebenslänglich verurteilt, wegen einem 70-Dollar-Diebstahl (s. George Jackson). Und wenn es den Herrschenden gefällt und solange der Verurteilte noch nicht voll resozialisiert, verwertbar ist, sitzt er dafür ein Leben lang.
Hier liegt doch ein ganz klarer Widerspruch zwischen den vorgegebenen Bemühungen der „Drogenbekämpfung" und den bestehenden Bedingungen draußen. Denn weshalb sollten die Interesse daran haben und sich bemühen, uns wieder in den Arbeitsprozeß, den bestehenden Gegebenheiten draußen anzupassen, wenn noch nicht mal für die Leute , die tatsächlich arbeiten wollen, Arbeitsplätze vorhanden sind. Die hohen Arbeitslosenquoten sprechen eine deutliche Sprache!
Wenn ihr es auch jetzt noch nicht wahrhaben wollt, wir sehen in diesem neuen Selektionssystem ein schleichendes Euthanasieprogramm. Vor gerade erst 35 Jahren hätte man uns schon längst vergast, Und wenn man bedenkt, daß 80 % aller Führenden in der BRD einmal für und um ein solches Regime gekämpft haben, fleißig mitgeholfen haben, ganze Völker auszurotten, sich Orden und Lametta verdient haben, da kann man nicht darauf hoffen, daß gerade diesmal der Kelch an uns vorübergehen soll.
Die Praxis zeigt es uns ganz deutlich, daß überall, in totalitären Staaten Systemschädlinge und Gegner — politisch, oder krank — von der Bildfläche entfernt werden (die Nervenknoten des Gegners herausisolieren und sie dann gezielt mit Maßnahmen angehen, sie paralysieren, neutralisieren — Hessenforum, Mai 75, BKA-Chef Herold) und das möglichst ein für alle mal.
Das Endziel kann nur heißen, totale Anpassung der Gegebenheiten draußen oder menschlicher Abfall im großen lebenden Müllcontainer einer entarteten Wegwerfgesellschaft.
Im Preungesheimer Frauenknast laufen zur Zeit schon die Konferenzen über die Erweiterung des Knast-Drogen—Projekts und es ist nur noch eine Frage der Finanzierung, wann dieses Projekt anlaufen soll.
Informationen über das geplante Projekt bekommen wir nur spärlich, d. h. offiziell gar nicht, die verantwortlichen Sozialarbeiter und Psychologen haben strik e Anweisung darüber Stillschweigen zu bewahren, um die Gefangenen nicht unnötig „aufzuregen". Die Anstaltsleiter, Sozialarbeiter, Psychologen und die Verantwortlichen für das schon bestehende freiwillige Drogenprojekt, versuchen durch fadenscheinige Ausreden und Lügen eine offene Diskusssion darüber zu verhindern.
Darüber, wie das Konzept im größeren Umfang aussehen soll, wissen wir bis jetzt, daß alle Btm-Frauen (= nach Betäubungsmittelgesetz verurteilt) auf eine Station gepfercht werden sollen, und ein Aufgebot von Psychologen, Sozialarbeiter und speziell für dieses Projekt (therapeutische) ausgebildete Schließer an uns arbeiten sollen, unsere Sucht bekämpfen sollen, die Wiedereingliederung in den großen Knast draußen zu ermöglichen.
Was gerade Zwangstherapie im Knast heißt, kann sich wohl jeder denken und vorstellen. Über die Sinn- und Zweckmäßigkeit von Langzeittherapien kann mann/frau geteilter Meinung sein, vor allem kann das jeder für sich selbst entscheiden, ober sich diesen Gehirnwäschemethoden unterziehen will oder nicht. Im Knast ist eine Therapie — und wie jetzt geplant unter Zwang — unmöglich, da durch die perman ente isolierte Lebensform die Umstände und Gegebenheiten für eine „erfolgreiche" Therapie nicht gegeben sind.



Dieser geplanten Zwangstherapie werden wir, die betroffenen Frauen, alles an Widerstand entgegensetzen, um dieses Projekt zu verhindern. Wir werden nicht diejenigen sein, die an unserer Entmenschlichung, Entrechtung, der Anpassung und Unterdrükkung mitarbeiten, denn das kann nur das einzige Ziel einer Zwangstherapie sein.
Man sollte doch wirklich einmal damit aufhören zu überlegen, wie den Süchtigen geholfen werden kann — wie sie erfolgreich zu bekämpfen sind. Denn der Süchtige ist doch nicht das Problem, fast jeder hat heutzutage eine Sucht, alles was bis zum Exzess betrieben wird, ist Sucht. Das Einzige, was den süchtigen Fixer unterscheidet, ist, daß seine „Droge" gesellschaftlich nicht anerkannt ist und das sie schneller zum Tod führt, als z. B. Alkohol oder Zigaretten.
Warum werden denn nicht die freß , Zigaretten- und Fernsehsüchtigen bekämpft?
Bei der sogenannten Drogenbekämpfung wird die Sache total auf den Kopf gestellt. Hier werden die Süchtigen bekämpft, sollen zur Wiederanpassung gezwungen werden — sprich Resozialisierung — in die Gesellschaft eingegliedert werden, die durch ihre Struktur die Grundlagen und Ursachen dafür geschaffen hat, daß die Leute sich die Köpfe zuknallen, um von der ganzen Scheiße, die um uns herum abläuft, nichts mehr mitzubekom-

men. Natürlich, die letztendliche Entscheidung, sein Leben an die Nadel zu hängen, liegt bei jedem einzelnen selbst.
Die einzige Alternative, die es zum Drücken gibt, ist leben — denken— kämpfen. Sich für sein Leben zu entscheiden, heißt für uns nicht Wiederanpassung und Unterdrückung zu akzeptieren, sondern auch die Ursachen der Sucht zu vernichten, aus unserer passiven Widerspruchslosigkeit des Fixens herauszukommen, unseren Kampf nicht gegen uns selbst zu richten (Therapie) sondern gegen die, die die Grundlagen geschaffen haben und die uns jetzt einer Zwangstherapie unterziehen wollen wollen.
„Erfolgreiche Drogenbekämpfung" kann und wird es solange nicht geben, solange diese Gesellschaft in ihrer kaputten Struktur weiterbesteht, solange die Bullen und der CIA in den USA, in Harlem, Bronx etc. weiterhin Drogen gezielt in Umlauf setzen, solange deutsche Bullen weiterhin beschlagnahmtes Dope wieder unter die Leute bringen, solange weiterhin die kleinen Dealer und Süchtigen, die Dope verkaufen, um ihre Sucht zu finanzieren, hinter Schloß und Riegel gebracht werden und die wirklich großen Dealer — siehe z .B. Möbel-City-Weser-Höchst-Sprößling — gegen Kaution freigelassen werden und ihr dreckiges Geschäft wieter betreiben können.
Denn natürlich haben die Herrschenden auch ein Interesse daran, daß die Leute sich zudrücken, denn wer zu ist, kann keinen Widerstand leisten, der wird passiv und widerspruchslos alles hinnehmen.
Für die gibt es nur eins, entweder zudrücken oder Anpassung durch Therapie in die bestehende Gesellschaftsform. Und da ja immer mehr Leute anfangen zu drücken, , müssen sie der Öffentlichkeit natürlich etwas zur erfolgreichen Drogenbekämpfung vorweisen. Preungesheim soll mit einer Zwangstherapie den Anfang machen. Für Rockenberg ist ebenfalls ein Therapieprojekt geplant, wie in der FR vom 14. 5. diesen Jahres zu lesen war.
Wir, die gefangenen Frauen des Preungesheimer Frauenknasts wehren uns gegen dieses Projekt der Zwangstherapie und werden es mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln boykottieren.
Wir haben einen Brief folgenden Wortlauts an das hessische Justizministerium geschickt, den alle betroffenen Frauen unterschrieben haben:

Brief an das hessische Justizministerium

An das
Hessische Justizministerium
6200 Wiesbaden

Wie wir aus sicherer Quelle (Kulenkampff, Sozialarbeiterinnen) mitbekommen haben, sollen hier in der Anstalt erhebliche Veränderungen durchgeführt werden. Sämtliche BTM-Frauen sollen in einen Trakt von den anderen mitgefangenen Frauen isoliert werden und dort einer Zwangstherapie unterzogen werden.
— *„Süchtige erhalten Chance" Karlsruhe 9. Mai (reuter) Drogenabhängige müssen nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs auch dann die Chance einer Entziehungskur bekommen, wenn im zuständigen Gerichtsbereich keine Anstalt für eine erfolgreiche bzw. -versprechende Suchtbehandlung vorhanden sein sollte. Diese Entscheidung der Karlsruher Bundesrichter wurde am Dienstag in Karlsruhe bekannt (az 2 str 743/78)."* —

Den Drogenprojekten draußen werden nach und nach die hart erkämpften finanziellen Mittel gestrichen, so daß die Einrichtungen nicht mehr existenzfähig sind, die Gelder sollen nun in die Drogentherapien der Knäste fließen, und die Drogenopfer von den Richtern noch bedenkenloser und gewissensreinigend für Jahre hinter Gitter geschickt werden. So schlägt man zwei Fliegen mit einer Klappe. Jedem Therapiewilligen wird die Chance sich einer erfolgversprechenden Therapie seiner Wahl anzuschließen genommen. Eine Zwangstherapie im Knast, d.h. isoliert von sozialen, menschlichen Lebensformen, ist irreal.
Wie kann eine Zwangstherapie erfolgversprechend sein, wenn schon jetzt auf der hiesigen Drogenstation, die noch auf „freiwilligem" jedoch spärlichem Zulauf beruht, keine sichtbaren Erfolge zu verzeichnen sind. (1978: es wurden von 8 Frauen 4 rückfällig, eine starb 6 Tage nach ihrer Entlassung an einer Überdosis, der Rest steht in Frage) dies erscheint natürlich in keiner Statistik, da alle Frauen als „therapiert" entlassen wurden. Im Knast wird der Rückfall vorprogrammiert, denn die Droge ist eine Form der Isolation, wie kann sie dann in der Isolation bekämpft werden!? Wie kann ein Mensch, der geschädigt durch die entmenschlichten Verhältnisse draußen, dem asozialen Verhalten der Gesellschaft, die den Kontakt zum nächsten verloren hat, und im blinden Egoismus unterzugehen droht, hier drinnen in diesem „Kleinstaat" eine Alternative zum Dope finden!? Der Knast ist nur die räumliche Verkleinerung der Gegebenheiten draußen, das Einwirken der „Herrschenden" intensiver und entmenschter. Unter solchen Umständen ist eine erfolgreiche Therapie im Knast unmöglich und somit unbedingt zu verhindern bzw. zu boykottieren. Wir schließen uns dieser Unterschriftensammlung an, damit die sehen, daß wir deren Pläne und Vorhaben gar nicht wollen, und wir uns nicht mehr widerstandslos alles servieren lassen, was über unsere Köpfe hinweg bestimmt wird.
— *„Das Gefängnis hat weder ein außen noch hat es Lücken; ... sein Einwirken auf das Individuum duldet keine Unterbrechung: unaufhörliche Disziplin. Schließlich verleiht es eine fast totale Macht über die Häftlinge; es hat seine inneren Unterdrückungs- und Züchtigungsmechanismen: despotische Disziplin... es hat die gewaltigste Maschine zu sein, um dem verkommenen Individuum eine neue Form einzuprägen. Sein Vorgehen ist der Zwang einer totalen Erziehung..."* —

(Es folgen die Unterschriften der betroffenen Frauen.)

Wir fordern alle Knastgruppen, Frauengruppen, überhaupt die Öffentlichkeit draußen, alle Gefangenen in anderen Knästen auf, sich mit unserem Kampf gegen dieses Gehirnwäscheprojekt zu solidarisieren und ebenfalls Unterschriftenaktionen gegen dieses Projekt zu starten — oder was euch sonst noch einfällt.
Die betroffenen Frauen des Frauenknasts, Preungesheim."

HABE DIE EHRE

Und wieder ein Einblick in den launigen Briefwechsel unseres freien Mitarbeiters und Auslandskorrespndenten Knofo:
N.E.Kröcher
VI 1/79 **Justizversuchsanstalt Bochum, 20.4.79**

An den Vorsitzenden des 6.Strafsenats beim OLG Düsseldorf !

Betrifft: Ermüdungsverfahren Kröcher/Adomeit contra Rechtsnachfolger des III. Reiches von wegen versuchter Abschaffung des Staates u.a. Schurkereien.

Bezug: Von mir erbetene Stellungnahme zum Vorschlag des Vorsitzenden an die Bundesanwaltschaft, selbige zu animieren, einen Antrag auf Erweiterung der unklugen Schriften vom 13.7.78 um die §§129 a abs.2 (Rädelsführerschaft in einer aktuellen Vereinigung), 211 (Mord zur Befriedigung des Geschlechtstiebes) und 30 abs.2 (Versuche der Beteiligung an all diesen Schandtaten) StGB zu stellen, um so den eh gelungenen Querschnitt durchs StGB in der unklugen Schrift noch repräsentativer gestalten zu können.

Natürlich habe ich nichts dagegen; ich bin doch kein Spiel- oder Spaßverderber — im Gegenteil! ich schließe mich allen

Vorschlägen und Anträgen — gleich von welcher Seite — vorbehaltlos an. Zu einer ausführlichen Stellungnahme habe ich gleichwohl keine richtige Lust, zumal mein Horoskop für den Zeitraum der gesetzlichen Frist ziemlich eindeutig ist:

„Manches wird an Sie herangetragen. Was dabei alles geredet wird, sollten sie aber nicht auf die Goldwaage legen."

Habe die Ehre!
Knofo
Einsitzender des 6.Strafsenats

AUS DEM TEGELER VOLLZUCH(T)

WESTBERLIN
20. Mai

Ein Vorwort:
Will euch mal über die Praktiken im Tegeler Vollzucht berichten (Bericht liegt anbei!) und bitte euch ganz lieb, das mal zu veröffentlichen. Leider dringt von den Schweinereien, welche in Tegel ablaufen, viel zu wenig nach draußen, da auch die meisten hier dieses leckt-mich-am-Arsch-feeling drauf haben. Jeder kümmert sich nur um seinen eigenen Scheiß, was der Anstalt natürlich sehr gut schmeckt, denn so könn' sie das Konkurrenzfeuer noch mehr schüren. Hinter vorgehaltener Hand wird zur Denunziation aufgerufen (von der Wahnanstalt). Kann gar nicht so viel kotzen, wie mir schlecht ist!

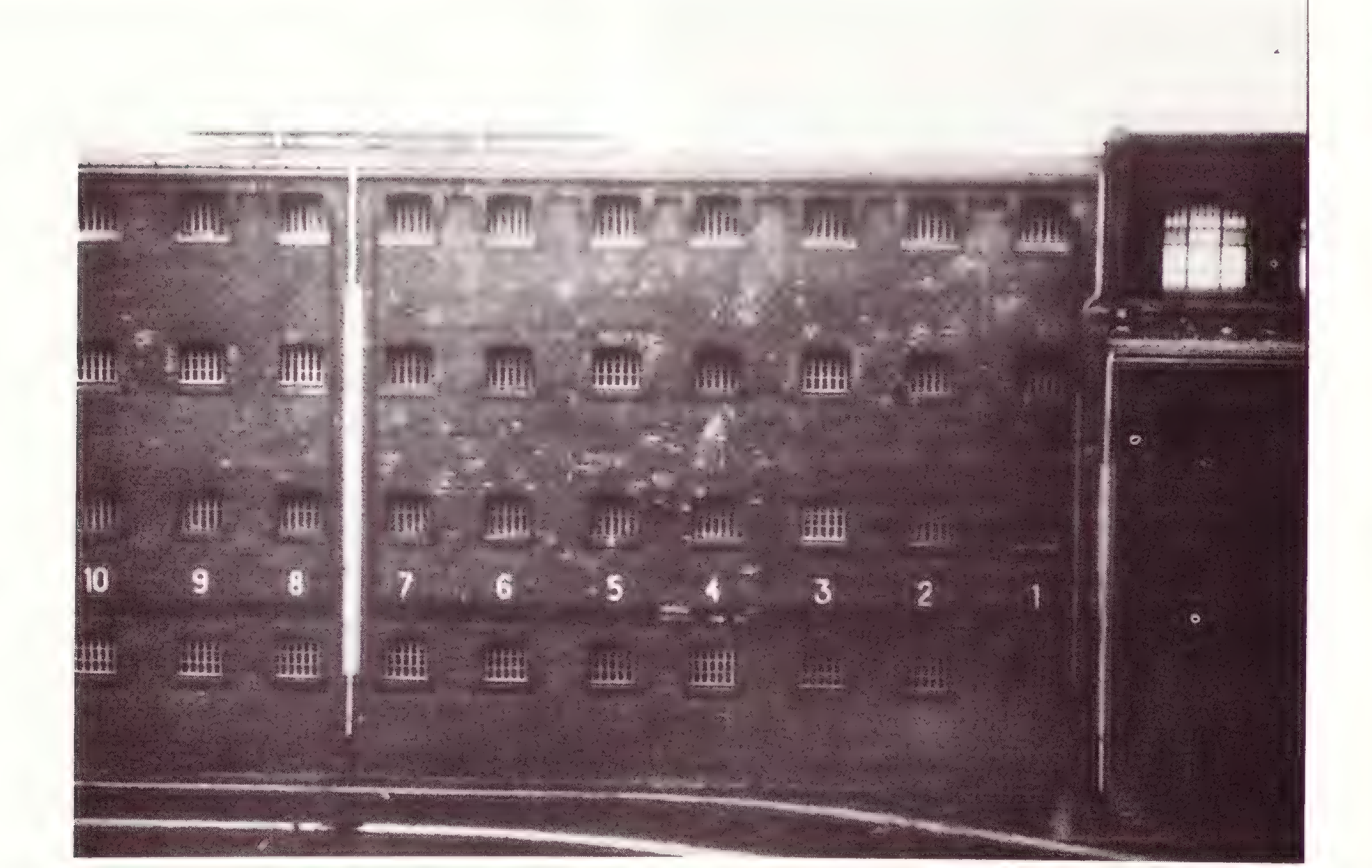
(Subjektiver) Bericht aus dem Tegeler Bahnhofs-Vollzucht über willkürlichen Bullenterror gegen gefangene (in dieser Sache betrifft es mich und meine Zellenpartner):

mittwoch, den 16.5.79 — mittagsfraßzeit — (denn „essen" kann mensch das nicht nennen, was einem hier vorgeworfen wird — raubtierfütterung): wir sitzen zu dritt beim fraß, als plötzlich die tür aufgerissen wird und son' typ (anm.: pol.-inspektor) meinen zellenpartner anbrüllt: „sie da, mitkommen!" zwei erstaunte gesichter bleiben zurück, als er von vier schlüsselbullen abgeschleppt wird..........geschlossene abteilung!!

fünf minuten später komme ich dann dran und werde in den arztraum geführt, wo mich zwei schlüsselbullen, zwei sanitätsbullen und ein arzt erwarten. unter diesem aufwand, wo meine „sicherheit" natürlich gewährleistet ist, dann die rufe (befehle!): „ausziehen" — (als ich ausgezogen war, wurschtelt mir der sanitätsbulle durch die haare) „bücken" — „arschbacken auseinanderziehen" — (auf meine frage nach der begründung der diskriminierenden tortur, die antwort:‚kommt nicht von uns, sie kriegen schriftlich bescheid'. fact: die schikanösen behandlungen gegen uns waren reine willkür.) „penis anheben!" (verdammt, alles sträubt sich in mir, vor diesen vier bullen solche finsteren demütigungen mitzumachen..........diese beschissene ohnmacht, daß du nichts dagegen machen kannst — HORROR!!) danach weghaften in gesonderten zellen, da die bullen das eigene wohnklo filzten. wider back im eigenen wohnklo standen wir vor dem totalen chaos: von den wänden abgefetze bilder, verschmutzte bettwäsche und decken, abgerissene regale und überall in der zelle durcheinandergeworfene sachen, etc........

nach dieser aktion erfahre ich dann von meinem zellenpartner, daß diese (aktion) aufgrund irgendeiner „rauschgiftintrige" gestartet worden ist, welche allerdings jeglicher tatsachen entbehrt. auf diese art und weise, nämlich terror gegen die gefangenen, bei welchen ein „btm-stempel" (diese verdammten schubladen!) auf der personalakte vorhanden ist, welcher als deckmantel gegen solche dient, wird justizsenator meyer den ersten heroin-toten in der jva tegel bestimmt nicht verhindern können!
KEIN KNAST IM KNAST FÜR NIEMAND!!!
FREIHEIT FÜR ALLE!!!

Bernd Stritzke/Henry Wachuda, Knast Tegel, Seidelstraße 39, 1000 Berlin 27.



EIN BAUM IM KNASTBETON

Von den Berliner Knastgruppen kamen die folgende Presseer-klärung und der Bericht:

„Ein Baum ist ein Lebewesen und ein Lebewesen kann nur unter bestimmten Bedingungen existieren.
Wir haben am 12.5.79 auf dem Plötzenseegelände, dort, wo in den nächsten Jahren der neue Frauenknast gebaut werden soll, einen Baum in Beton eingepflanzt und ihn mit Stacheldraht umzäumt.
Damit haben wir dem Baum jede Lebensgrundlage genommen.
Mit unserer Aktion haben wir ein Mahnmal dort gesetzt, wo Architekten schon einmal eine Stätte der Menschenvernichtung geschaffen haben. Hier wurden u.a. die Widerstandskämpfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft nach dem 20. Juli 1944 hingerichtet. *(gemeint ist der schon bestehende Knastbau).*
Nur wenige hundert Meter davon entfernt lassen heute Sozialliberale aus Beton und Stahl eine Frauenhaftanstalt, in die ein menschenvernichtender Hochsicherheitstrakt integriert ist, bauen.

Dieser Knast wird uns als moderner Resozialisirungsknast mit liberalen Strafvollzug vorgestellt. Das heißt z.B., die Möglichkeit zu arbeiten und zur Ausbildung wird angeboten. Arbeiten in typischen Frauenberufen wie Waschen, Nähen, Kochen. Arbeiten bei nicht tarifgemäßer Bezahlung und ohne die Möglichkeit der gewerkschaftlichen Organisation.
Es sollen weiterhin sogenannte Mutter-Kind-Zellen eingerichtet werden, wo dem Kind die Möglichkeit gegeben wird, die ersten 6 Jahre bei der Mutter aufzuwachsen. Die ersten Lebensjahre eines Kindes sind aber die wichtigsten und die Folgen und Schäden bei einem Kind, das hinter Gittern und Mauern aufwächst, sind schon vorher abzusehen. Wo bleibt hier der humane Strafvollzug? Wo ist der Fortschritt, wenn ein Kind die Alternative zwischen Heim und Knast hat? Wo bleibt das Resozialisierungsprogramm, wenn Gefangene nach ihren Delikten geordnet auf verschiedenen Stationen untergebracht werden?

Mit unserer symbolischen Aktion wollen wir unserern Widerstand gegen diese Art der Menschenvernichtung ausdrücken und die Öffentlichkeit darauf hinweisen."

Eigentlich ist die Aktion unheimlich dufte verlaufen:

Wir sind an diesem Samstag gegen Mittag mit ca. 50 Leuten zum Bauplatz gelaufen – mit Spaten, Wasserkanistern, Betonsäcken, und Transparenten . . .
Am Ziel angekommen, wurde schnell ein Loch gebuddelt, der Baum eingesetzt, Beton und Wasser vermischt, Transparente aufgehängt. Wir haben während der ganzen Aktion einen Videofilm gedreht und Fotos gemacht.
Nach ungefähr 10 Minuten sind wir dann geschlossen zu unseren Fahrzeugen zurückgelaufen, begleitet von einem einzigen Bullen-VW, der wohl nicht so richtig durchblickte.
Es sind dann sofort Fotos entwickelt worden, die zusammen mit den Presseerklärungen zu den verschiedenen Redaktionen gebracht wurden. Und hier fing unser Frust an.
Wir haben uns mit unserer symbolischen Aktion, bzw. deren Veröffentlichung, voll auf die Presse verlassen, denn der Bauplatz liegt zwischen Autobahn und Jugendstrafanstalt Plötzensee ziemlich abseits von Wohn- und Geschäftsvierteln.
Obwohl wir vom Tagesspiegel und vom Spandauer Volksblatt die feste Zusage hatten, daß eine Meldung darüber in der nächsten Ausgabe erscheint, ist nichts veröffentlicht worden. Selbst die TAZ hat erst nach mehreren Tagen einen kurzen Artikel darüber gebracht.
Wir können mal wieder feststellen, daß es unheimlich schwer ist, die Knastproblematik öffentlich zu machen und eine öffentliche Diskussion darüber anzuleiern, denn die Presse schweigt sich dazu aus . . .
Unsere Baumpflanzaktion soll ein Anfang gewesen sein, und wir hoffen, daß wir von vielen Leuten und deren Phantasie unterstützt werden.

Berliner Knastgruppen

PETER-PAUL ZAHL: HAFTSTATUS NORMALISIERT, VOLLZUGSPLAN IN KRAFT

WERL
4. April '79

Die Initiativgruppe Peter-Paul Zahl hat uns Neues von ihm aus dem Werler Knast geschickt: „Endlich mal was Erfreuliches aus dem Knast. 'Licht am Ende eines Tunnels', wie PP sagt. Wir hoffen, daß andere, sich darauf stützend, ihre Rechte ebenso wahrnehmen und vielleicht Erfolg haben werden. Immerhin ein Präzedenzfall!"

I Vorgeschichte: Vollzugsplan verweigert

Nachdem ich im November 1976 aus der Justizvollzugsanstalt Köln-Ossendorf, ohne über eine 'Zuweisungsanstalt' gelaufen zu sein, in die nicht zuständige Anstalt Werl, Westfalen, verlegt worden war, beantragte ich:

– die Aufhebung der „Maßnahme der Häftlingsüberwachung", die seit dem 28.2.1975, nach der Lorenz-Entführung, vom Bundeskriminalamt initiiert, in Kraft getreten war und vorsah, daß meine 'Kontaktpersonen' (Besucher, Leute, die mir schreiben, Knackis, mit denen ich Umgang hatte) 'formularmäßig' dem BKA gemeldet und mit Telefon, Handschriftenprobe, Nebenadressen, Ausweistext im BeFa 7-System (Beobachtende Fahndung) im Computer PIOS landen, und daß meine Besuche durch Landeskriminalamtsbeamte überwacht werden. Wie sich aus den nun vorliegenden Akten ergibt, hat das BKA die Lorenz-Entführung zielstrebig benutzt, den laut Gesetz zuständigen „Herrn des Verfahrens", den Untersuchungsrichter, völlig zu entmachten – in bezug auf eine bestimmte „politisch motivierte Tätergruppe" – und die Vorherrschaft im Justizvollzug zu übernehmen.
Ferner beantragte ich

– die Erstellung des für jeden Gefangenen gesetzlich vorgeschriebenen Vollzugsplans, der nach einer Untersuchung, wie 'gefährlich' oder 'kriminell gefährdet' ein Häftling sei, Modalitäten abklärt wie: welche Anstalt ist zuständig? , welche schulischen, beruflichen, gesundheitlichen etc. Maßnahmen sind zu treffen, den Knacki zu 'resozialisieren'? , wann kommen Vollzugslockerungen in Frage usf.

Beide Anträge wurden verweigert. Ich beschritt den Rechtsweg.

II Schleyer-Entführung, Kontaktsperre

Wer die Entführung des CDU-Politikers Lorenz so trefflich nutzte, Verfassung und Recht in bezug auf bestimmte Gefangene aufzuheben, wußte die Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer für seine Zwecke auszunutzen. Die Entrechtung der Gefangenen wurde fortgeschrieben, ja nun Gesetz: ohne richtig informiert worden zu sein, verabschiedeten die Mitglieder des westdeutschen Bundestages das sogenannte 'Kontaktsperregesetz'. Die Folgen sind bekannt.

Im Anschluß an die Kontaktsperre arbeiteten die Herren des Morgengrauens, BKA und LKA, erneut daran, die Schraube anzudrehen und die Haftsituation für nunmehr fast 200 Gefangene in dieser Republik ins Unerträgliche zu steigern. Die Totalisolierung für sie wurde Norm. Ein Resultat einer derartigen Sonderbehandlung ist z.B. die ruinierte Gesundheit von Werner Hoppe. So wie die Dinge liegen, werden die drei Gefangenen im Sondertrakt der JVA Celle (darunter Karl Heinz Dellwo) die nächsten Opfer sein. Die „Maßnahmen der Häftlingsüberwachung" traten auch für die Gefangenen in Kraft, die vom Bundesgerichtshof nachträglich von der Kontaktsperre ausgenommen worden waren, darunter P.P. Zahl.

Ein Katalog der 'Maßnahmen' in Anstalten Nordrhein-Westfalens wurde von einer Anstaltsleiterkonferenz am 24.10.1977 im Justizministerium Düsseldorf erarbeitet. Er wuchs nicht auf eignem Mist, sondern stammt aus den Schubladen des BKA. Am 6.12.1977 machte Dr. Diether Posser diese 'Maßnahmen' rechtskräftig, sie wurden per „Erlaß" abgesegnet.

Dem Anstaltsleiter ist es nur in bescheidenem Rahmen möglich, einzelne 'Maßnahmen' auszusetzen oder abzuändern. Er ist „weisungsgebundener Beamter", er erhält seine „Anweisungen

von oben". „Oben" aber ist nur formal der Justiz-, oben ist in Wahrheit der Innenminister.

Da weder der Anstaltsleiter in Werl, noch sein Vorgesetzter, der Präsident des Justizvollzugsamtes Hamm, meinen Anträgen nachkamen, ein Verwaltungsvorverfahren also abgeschlossen war, legte ich Widerspruch gemäß § 109 Strafvollzugsgesetz beim Landgericht Arnsberg ein. Die Erstellung eines Vollzugsplans wurde von der 7. Strafvollstreckungskammer dort abgelehnt. Mein Anwalt, Rechtsanwalt Lutz Eisel, mußte Rechtsbeschwerde beim Oberlandesgericht Hamm einlegen. Dieses half der Beschwerde ab:

– mit *Beschluß vom 28. April 1978 – Aktenzeichen 1 Vollz (Ws) 44/77 OLG Hamm* wurde „der Leiter der JVA Werl verpflichtet, für den Beschwerdeführer einen Vollzugsplan gemäß § 7 Strafvollzugsgesetz zu erstellen". Der 'Vollzugsplan' jedoch konnte erst wirksam werden, nachdem die 'Maßnahmen' gefallen oder zumindest stark eingeschränkt waren. Die Behörden kamen in Zugzwang.

III Proteste beenden die Verweigerung des Vollzugsplans

Nachdem Anstaltsleiter Werl und Vollzugsplan auch die „Maßnahmen der Häftlingsüberwachung" nicht abschafften, da an den Erlaß des Justizministers gebunden, lag der Widerspruch gemäß § 109 Strafvollzugsgesetz zunächst monatelang, schließlich ein halbes Jahr beim Landgericht Arnsberg herum. Ja, die Strafvollstreckungskammer sah sich gar außerstande, den Erlaß beim Justizminister anzufordern! Eine Judikative, die die Exekutive laut Verfassungsauftrag kontrolliert, gibt es in Arnsberg nicht. Da der 'Erlaß' vom Justizminister stamme, sei er „Antragsgegner", zuständig mithin das Landgericht Düsseldorf. Der Berichterstatter der zuständigen Strafvollstreckungskammer dort ersuchte das Justizministerium um Stellungnahme bis Ende Februar 1979. Diese eile, schließlich stamme der Antrag aus dem Jahre 1977! Der Richter schälte den Kern der Rechtssache klar heraus: ob und wie die Polizei in den Strafvollzug dermaßen „hineinwirken" dürfe. Dies sei „angesichts der klaren Trennung" der Ressorts fraglich (mithin verfassungswidrig!).

Inzwischen schalteten sich auch Humanistische Union Berlin und die Schriftstellerkollegen ein. In seinem „Offenen Brief" („Zur Verteidigung der bürgerlichen Freiheiten", RoRoRo-Taschenbuch) an die Justizministerin von Nordrhein-Westfalen, Frau Inge Donnepp, machte der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Schriftsteller (VS) in der Industriegewerkschaft Druck und Papier und das Mitglied des westdeutschen PEN-Zentrums, Bernt Engelmann, klar, man sei nicht gewillt, die pausenlose Verletzung von Rechten aus der Verfassung und dem Strafvollzugsgesetz des Kollegen Zahl hinzunehmen.

Ende 1978 erstellen die laut Gesetz zuständigen Fachdienste der JVA Werl, die Diplompsychologen und der Oberlehrer, den 'Vollzugsplan'. Die Frage nach der 'kriminellen Gefährdung' P. Zahls durfte nicht offen beantwortet werden – die Beamten wurden mit „Verschlußsache - Vertraulich" zum Schweigen vergattert! – , fand aber eine indirekte Antwort: man plädierte dafür, die 'Maßnahmen' aufzuheben und mich beruflich, d.h. schulisch zu fördern. Gutachten und Vollzugsplan scheinen vom Präsidenten des Vollzugsamts Hamm Zustimmung gefunden zu haben. Da sie wohl aber zu 'heiß' waren, wanderten sie auf die nächsthöheren Schreibtische. Bis auf den der Ministerin. Wo sie zunächst lange ruhten.

IV Im Schultrakt: „Privilegien", gemessen am „Normal"vollzug

Am Donnerstag, 29.3.1979, wurde ich zum Leiter der JVA Werl, H. Ihle, zitiert. Ich wurde gefragt, ob ich damit einverstanden sei, in den Schultrakt der JVA verlegt zu werden. Nahezu alle 'Maßnahmen' würden aufgehoben, die Besuchsüberwachung durch LKA-Beamte (u.a.) dagegen nicht. Da dies zwei verschiedene juristische Paar Stiefel waren, stimmte ich zunächst zu.

Am Freitag, 30.3.1979, mußte ich packen und wurde in die Abteilung M 4 der Anstalt verlegt. Hier befindet sich das Schul-, Förderungs- und Studienzentrum der Anstalt. Der M-Flügel unterscheidet sich erheblich von den anderen. Die Privilegien für die hier einsitzenden Gefangenen sind, gemessen am „Normalvollzug" in Werl, enorm:

– im Flügel befindet sich eine 'Teeküche', in der jeder Gefangene sich auch mal ein Ei kochen oder braten, Kuchen backen, Bratkartoffeln brutzeln kann;

– heißes Wasser ist ständig vom Boiler auf der Abteilung zu bekommen;

– zweimal Sport in der Woche ist die Regel;

– Schüler und Studenten erhalten Ausbildungsforderungsbeihilfen, die z.Zt. bei etwa 90,- bis 100,- DM (für den Einkauf) und 45,- resp. 50,- DM (für die Rücklage) liegen;

– Gruppenteilnahme ist unbeschränkt (etwa: Italienisch einmal in der Woche; Englisch dito; progressive Musik dito; klassische Musik, Gesprächskreis mit einem Anstaltspsychologen, Basteln, Gemeindeabend etc.);

– die bisherigen Dauerfilzungen bei mir – einmal in der Woche durch den Polizeiinspektor mit Gehilfen, viermal in der Woche durch den Stationsbeamten, einmal im Monat durch LKA-Beamte – mit ihren Nebenwirkungen (völliges Entkleiden im Beisein zweier Beamter in einer Leerzelle, neue Wäsche und Kleidung) entfallen;

– die Einzelvorführungen entfallen ebenso wie das zweite Gitter vorm Fenster, wie das Vorhängeschloß vor der Tür, wie die Vorhängekette an der Tür bei 'Nachteinschluß' usw. usf.

In einem Wort, in der Schulabteilung der JVA Werl hat ein verschwindend geringer Teil der Gefangenen jene „Privilegien", die in moderneren Anstalten gleichen Vollzugstyps (C-Anstalt, also für „Schwerstkriminelle"), insbesondere in den Stadtstaaten Häftlinge seit langem besitzen.

Für mich ist dies eine enorme Umstellung: bis Donnerstag, 24 Uhr, noch dem Haftstatus für 'Terroristen' unterworfen, ab Freitag, 30.1.79, 00 Uhr – Privilegierter unter Privilegierten.

Zur Zeit fällt mir die Umstellung schwer. Der Kreislauf ist zerrüttet, Konzentrationsfähigkeit minimal, es kommt zu plötzlichen Herzjagden, Schweißausbrüchen, starken Kopfschmerzen, entsetzlicher Müdigkeit wie seit langem. Der Mensch aber ist ein erstaunliches Wesen; er vermag es, sich relativ schnell zu regenerieren.

Die Klage gegen die „Maßnahmen der Häftlingsüberwachung" läuft weiter. Zum einen muß ihre Rechtswidrigkeit festgestellt werden. Zum zweiten kann nicht länger geduldet werden, daß Beamte der Politischen Polizei immer noch die Besuche überwachen. Zum dritten ist es notwendig, die verfassungswidrige Weitergabe der Namen und Adressen meiner 'Kontaktpersonen' zu unterbinden, die u.a. dazu führte, daß

– mein niederländischer Übersetzer nach einem Besuch in der JVA Werl am 16.2.79 von MEK(Mobiles EinsatzKommando)-Terroristen überfallen wurde,

– eine hamburger Literaturwissenschaftlerin, die 1978 ein Seminar über meine Texte leitete, mich besuchte und Gedichte lektorierte, in Frankreich (!) Opfer von Nachstellungen der französischen Politischen Polizei wurde (Februar 1979),

– der Herausgeber einer Anthologie, an der ich mitarbeitete, an der Grenze aus dem Zug geholt wurde,

– mein hamburger Verleger bei einer Autofahrt nach Italien in der Schweiz im Konvoi von Grenze zu Grenze begleitet wurde,

– alle Menschen, die mir schreiben, und sei es, weil sie nur meine Gedichte gelesen haben, in der 'Beobachtenden Fahndung' nach 'Terroristen' (BeFa 7), im BKA-Computersystem PIOS landen,

– eine dortmunder Lehrerin, deren Schüler mir schrieben, nachdem sie ein Liebesgedicht (!) von mir gelesen und interpretiert hatte, einem Berufsverbotsverfahren unterzogen wurde,

– selbst der Vorsitzende der Humanistischen Union Berlin, Prof. O.K. Flechtheim, an der Grenze als 'Mutmaßlicher' herausgewinkt wurde

Angesichts des nun vorliegenden Fortschritts, von meinem bochumer Anwalt – der für seine Arbeit in Sachen 'Vollzugsplan', die einen dicken Ordner füllt, DM 47,70 'Kostenerstattung' vom OLG Hamm zuerkannt bekam – erzwungen, kann als sicher gelten, daß die Herren des Morgengrauens etwas Neues im Schilde führen. Ihre Methoden sind mittlerweile bekannt. Werden sie

– erneut einen Spitzel und Agent Provocateur auf mich ansetzen?

– erneut eine 'Pressemappe' mit verlogenen Meldungen mit Hilfe ihrer journalistischen Mitarbeiter in die staatstragende Presse lancieren?

– erneut den Justizbehörden – über sechseinviertel Jahre nach meiner Verhaftung und mehr als zweieinviertel Jahre über den Zeitpunkt hinaus in der Haft, zu dem ich in erster Instanz verurteilt wurde – 'klarmachen', wie 'gefährlich' ich sei (vgl. Brief des BKA an das Büro Brandt, zitiert in Engelmanns Brief an die Justizministerin Donnepp)?

Bald werden wir mehr darüber wissen.

Kontakt: Initiativgruppe Peter-Paul Zahl, c/o Verlag Neue Kritik, Myliusstr. 58, 6000 Frankfurt/Main 1.

SCHMÜCKER–PROZESS

Berlin 23.Mai *Eine Erklärung des Verlobten von Ilse Jandt, Jürgen Schwipper, zu den Vorgängen im Schmückerprozeß:*

Der Prozeß geht seinem Ende entgegen. Am Montag dem 28.5.79 beginnen die Plädoyers der Verteidigung und Mitte bis Ende Juni wird es zum Urteil kommen. Auf Antrag der Verteidigung waren am Montag dem 7.5.79 die Mutter und die Schwester des der Ermordung Schmückers angeklagten Wolfgang Weslau als Zeugen geladen. Beide sageten übereinstimmend aus, daß Wolfgang, Annette von Wedel, seine Schwester Edda und seine Mutter am 4.6.74 zum Marktplatz in Wolfsburg gegangen sind, wo zu der Zeit eine Kundgebung mit WillyBrandt statt fand. Klar ist, daß Wolfgang zu dieser Zeit nicht in Berlin gewesen sein kann, wie das vom Kronzeugen Bodeux mehrfach ausgesagt wurde um am selben Abend Schmücker zu erschießen. Der vorsitzende Richter reagierte dann auch entsprechend geladen und unterstellte der Mutter, sie wolle ihren Sohn nur decken, sonst wäre sie schon viel früher als zum Ende der Revisionsverhandlung mir der Aussage gekommen. Frau Wesslau hatte bereits im Januar 75 von der Wolfsburger Nachrichten die Aussage bekommen, daß die Rede von Willy Brandt am 6.4.74 war. Frau Weslau war durch diese Aussage so deprimiert, daß sie erst jetzt, nach vielen persönlichen Schwierigkeiten einen Bekannten, der Mitglied der SPD in Wolfsburg ist, bat, noch mal in seinen Archiven nachzuschauen. Dieser stellte fest, daß die Rede am 4.6.74 war. Der Staatsanwalt unterstellte der Schwester eine Falschaussage und bezeichnete diese in seinem Plädoyer als bloße Schutzbehauptung. Der Oberstaatsanwalt Psytarsky erinnerte sich noch genau daran, daß er Edda und Wolfgang gefragt hatte, ob die Erklärung auf der Maschine der Gim Wolfsburg abgezogen worden ist. Im Gegensatz zur Verhandlung am 14.5.76 bestritt er aber, daß die Eltern und die Schwester zu Hause war, was ein Licht auf die Einseitigkeit der Ermittlungen wirft. Um die Anklage in diesem Prozeß aufrecht zu erhalten, müßte es z.B. in dem Verfahren gegen Rechtsanwalt Reinhardt zu einem Freispruch kommen. Dieser wurde von demselben Zeugen belastet. Damit dürfte das Lügengebäude des einzigen Zeugen, der konkrete Anschuldigungen gegen die Gruppe vorbringt, erndgültig zusammengebrochen sein. Trotzdem wurde der Antrag der Verteidigung auf Einstellung des Verfahrens am 11.5.79 abgelehnt. Der Staatsschutz kreischt Rache für die Erschießung eines seiner geheimen Mitarbeiter, egal an wem und wie. Es ist zu befürchten, daß das Gericht die Angeklagten trotzdem verurteilt und damit meine Verlobte lebenslänglich hinter Gitter wandert.

Kontakt: Jürgen Schwipper, 1 Berlin 36, Liegnitzerstr. 20, Tel.: 618 140 1

Schwalmstadt/Marburg Ausländer-Hungerstreik im Knast abgebrochen

Die ausländischen Gefangenen in Schwalmstadt haben ihren Hungerstreik für bessere Bedingungen und gegen die Diskriminierung der Ausländer im Gefängnis abgebrochen.

Die Versuche, Öffentlichkeit für die Gefangenen herzustellen, sind nicht ganz fruchtlos geblieben: aus Hannover haben sich fünf italienische Gefangene gemeldet, die den Hungerstreik unterstützen wollten; allerdings war er da schon zu Ende.

Kontakt: Rechtsanwalt Michael Wagner, Markt 11, 3550 Marburg, Tel.: 06421/22159

Für besondere Verdienste in den Bereichen Rechtsfindung/ Strafvollzug gibt es jetzt die



ID verleiht die "FEILE DES MONATS" dem Oberlandesgericht Düsseldorf – Strafsenat – für die folgenreiche Erkenntnis, daß man nach der Haftentlassung "vor dem Nichts" stehen kann und es "Haftempfindlichkeit" gibt. . .

Die Schwarzberobten unter Leitung des Senatsvorsitzenden Klaus Wagner verurteilten am 4.5.79 die 32jährige Kanzleramts-Spionin Dagmar Kahli-Scheffler im Revisionsverfahren wegen ihres umfangreichen Geheimnisverrats zu 4 Jahren und 3 Monaten "Freiheitsstrafe" (erstinstanzliches Urteil 3 Jahre).

Das Gericht blieb damit erheblich unter dem Antrag der Bundesanwaltschaft, die 6 Jahre Haft für erforderlich hielt. Denn: Mildernd zu berücksichtigen sei, daß die Angeklagte im Gegensatz zu ihren Agentenführern nach Strafverbüßung "vor dem Nichts" stünde, die Tat gestanden habe und auch besonders haftempfindlich sei. (Zitat aus Südd. Zeitung, 5.5.79)

Bernd Grigat



KLOPUTZEN ODER ARBEITSENTZUG

Mannheim 8. Mai 79 — *Der Gefangene Kurt Sperlich wendet sich in einem Offenen Brief an alle, die mit ihm Kontakt treten wollen oder ihm von draussen in seiner Situation helfen wollen:*

Am 2.3.79 wurde ich vom Betriebsleiter der Malerei aufgefordert, die sich im Betrieb befindlichen Toiletten und Waschräume zu reinigen. Da ich im Betrieb nicht als Putzhilfe, sondern aufgrund meiner künstlerischen Fähigkeiten mit Bauernmalerei beschäftigt wurde, weigerte ich mich in einer höflichen und korrekten Auseinandersetzung, diese mir unzumutbare und nicht vereinbarte Arbeit auszuführen.

Schon eine Woche zuvor setzte ich mich mit dem gleichen Problem mit meinem Werkmeister auseinander und brachte meine Gründe für eine Verweigerung vor. Im späteren Strafrapport wurde ich wegen dieser Verweigerung, eine niedrige Arbeit auszuführen, bestraft. Wegen dieser angeblichen Verweigerung wurde ich am 2.3. auf die Zelle geschickt und am 9.3. von Herrn O.Reg. Rat Deißler mit einer Hausstrafe von 4 Wochen Arbeitsentzug bestraft.

Am 11.4. war dieses Arbeitsverbot nunmehr beendet, am 12.4. der erste Arbeitstag, der mit der gleichen Willkür und Schikane begann, wie es vorher aufgehört hatte, alldieweil ja die Persönlichkeit des Gefangenen gebrochen werden soll.

Durch den Entzug der Arbeit (Berufsverbot dachte ich gibt es nur außerhalb von Gefängnismauern) sowie den Entzug der Mal- und Bastelgenehmigung erfolgte eine Doppelbestrafung.

Ich stelle fest: ich will täglich arbeiten. Tägliches arbeiten ist aber wegen der Verweigerung von Toilettenputzen nicht möglich. Dies besagt, daß ich mich in einem Teufelskreis befinde, aus dem mit normalen Mitteln wohl kaum herauszukommen ist. Normale Mittel sind Beschwerden, die ich reichlich und an alle Organe gemacht habe, Erfolg wie wohl so üblich: gleich null! Deshalb mein letzter Versuch dies mit Hilfe von draußen zu schaffen!!!

In meiner Beschwerde vom 8.3. legte ich dar, warum ich mich gegen die Form der Hausstrafen wehre. Weiterhin finden es die Herren noch als eine humane Strafe einem Menschen, der künstlerisch tätig ist, jegliche Möglichkeit zu entziehen, seine Vorstellungen und emotionale Empfindungen ruhig und für sich zu verarbeiten. Wer sich jedoch mit einer Welt auseinandersetzt, in der künstlerisch begabte Menschen leben, stellt fest: Nimm einem Musiker alles — nur nicht sein Instrument. Nimm einem Maler alles — nur nicht Farbe und Papier. Meine künstlerische Arbeit dient nicht nur einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung, wie es das Strafvollzugsgesetz vorsieht und empfiehlt, sondern auch dazu, mir die nötige Hilfe zu geben, in Zukunft ein straffreies Leben zu führen. Die besten Voraussetzungen waren da vorhanden. Doch jetzt wird nicht nur mir von diesen Winkeladvokaten ein Bein gestellt, sondern meiner ganzen Zukunft und meinem weiteren Werdegang!!!

Schon anläßlich meines Urteils wurde ein Gutachten erstellt, durch Dipl. Psych. Schweigler, das in seiner Zusammenfassung folgenden Wortlaut in den wesentlichen Punkten enthält:

"Bei dem Pb. handelt es sich um einen überdurchschnittlich begabten, in reinen Leistungssituationen auch überdurchschnittlichen leistungsfähigen jungen Mann, der jedoch durch affektive Interferenzen in seiner realen intellektuellen Leistungsfähigkeit häufig gehemmt wird und deshalb prima vista weniger intelligent wirkt.
Deutlich jedoch sind die Hinweise auf eine Fehlentwicklung durch die die Persönlichkeit des Pb. stark labilisiert wird. Hervorragende Symptome sind hierbei: Allgemein ängstlich-depressive Stimmungslagen, Minderwertigkeitsgefühle, Selbstunsicherheit und leichte Irritierbarkeit. Phobische zwangshafte Züge. Gehemmtheit im Verhalten und Neigung zu Autoaggressionen."

Von Wissenschaftlern ausgearbeitete neuerliche Gutachten beweisen, wozu solche psychische und physische Folter führt, erste Anzeichen sind bei mir schon festzustellen.

Ich bin keineswegs bereit, eine andere untergeordnete Tätigkeit auszuüben, nur weil es diesen Herren nicht paßt, daß ich mir eine gute Portion Rückgrat angeeignet habe, das ich auf's Spiel setzen würde. Auf's Spiel setzten besagt, durch eine Anpassung in Punkten, die mit der so oft gebräuchlichen Resozialisierung für mich ein Rückfall in die Drogenlabilität bedeuten könnte, was einer Asozialisierung gleich käme!

Der erste Arbeitstag bzw. die erste Stunde des ersten Arbeitstages verlief wie folgt:

Im Betrieb angekommen wurde mir sodann eine Arbeit zugeteilt. Während der Arbeitszuteilung führte der zweite Chef der Knastmalerei, H. Schmitt, einen kurzen Wortwechsel mit einem anderen Gefangenen, woraus ich entnahm, der Waschraum bzw. die Toiletten wurden bereits am 11.4. von einem anderen Gefangenen gereinigt. Bisher wurde der Waschraum - die Toiletten je einmal die Woche gereinigt.

Nach ca. 30 Minuten Arbeitszeit wurde ich in das Büro gerufen. H. Schmitt . . . fragte mich dann, ob ich gewillt bin, die besagte Putzarbeit zu tätigen, . . . was ich als gewollte, absichtliche, bösartige, auf Zerstörung meines Gleichgewichtes, meines psychischen und physischen Zustandes gezielte Schikane empfinde. Aus den bereits bekannten Gründen verweigerte ich dies.

Dies soll der Anlaß sein, mich weiterhin auf der Zelle unter Verschluß zu halten - und zwar 23 Stunden am Tag. Natürlich bleibt mir verweigert, meine für mich so wichtige Freizeitbeschäftigung auszuüben!

Kontakt: Kurt Sperlich, Herzogenriedstr. 111, JVA 68 Mannheim

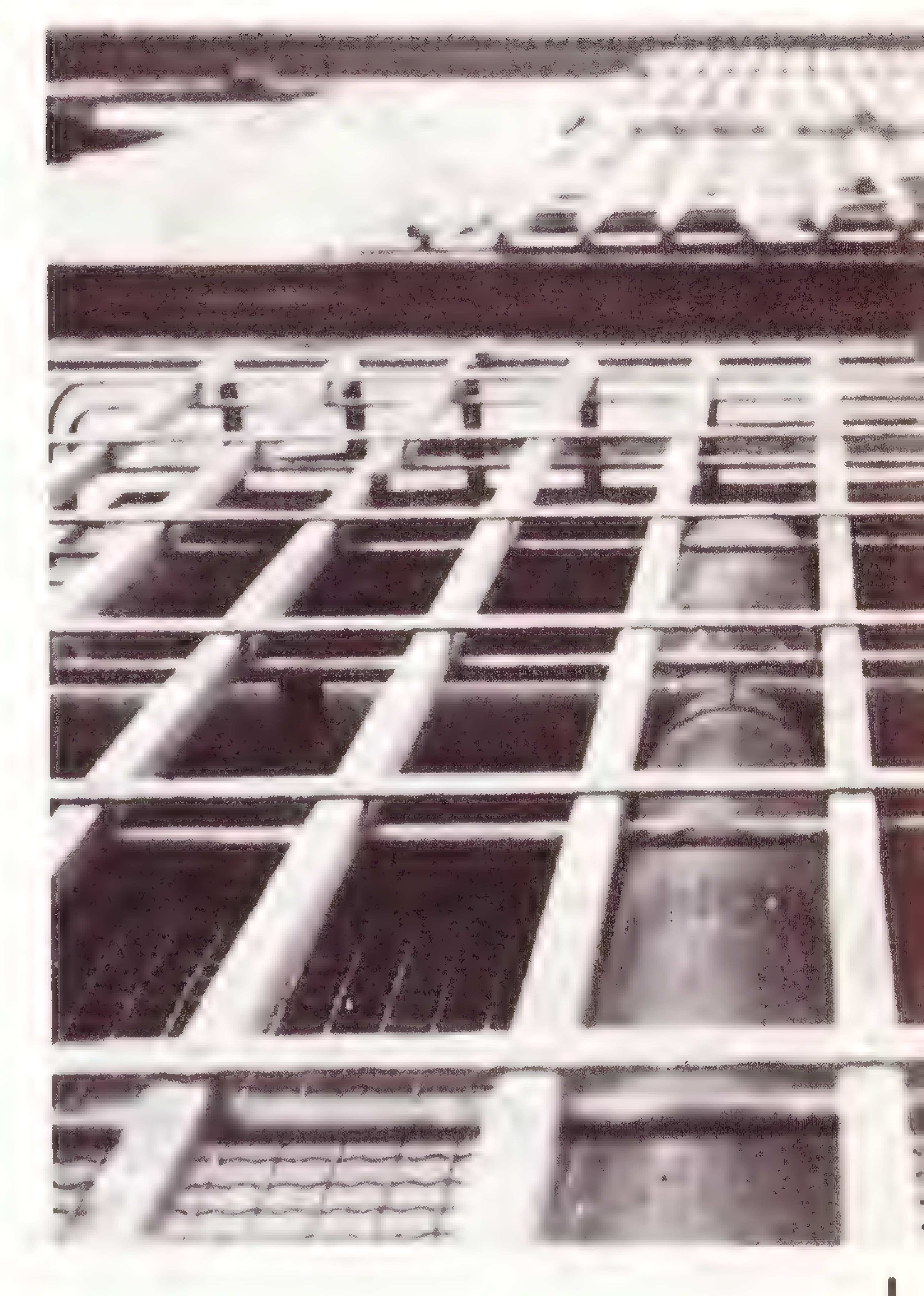
26 GEFANGENE IM HUNGERSTREIK

28. Mai — *In der Bundesrepublik sind zur Zeit mindestens 31 Gefangene im Hungerstreik. Sie alle haben etwa die gleichen Forderungen:*

- die Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention und anderer internationaler Konventionen über die Behandlung von Gefangenen;
- die Abschaffung der Isolation und der Kleingruppenisolation;
- die Abschaffung der Isolationsbunker und Isolationstrakts;
- die Zusammenlegung der Gefangenen in interaktionsfähigen Gruppe von mindestens 15 Gefangenen, wie sie von medizinischen Gutachtern seit Jahren gefordert wird;
- Aufhebung der Informationsbeschränkungen und der Trennscheibe;
- die Untersuchung und Überwachung der Haftbedingungen durch internationale humanitäre Organisationen;
- die sofortige Freilassung von Günter Sonnenberg und Herbert Soffel, die haftunfähig sind.

Till Meyer und Andreas Vogel sollen demnächst zwangsernährt werden. Die beiden haben ebenso wie die in Berlin hungerstreikenden Frauen erklärt, daß sie im Falle einer Zwangsernährung in den Durststreik treten werden.

Auch Günter Sonnenberg ist zweieinhalb Monate nach Beendigung eines sechswöchigen Hungerstreiks am 21. Mai erneut in den Hungerstreik getreten, nachdem die Zusage eines „Normalvollzugs" für ihn nicht eingehalten wurde,
(Da wir die Liste nicht überprüfen können, wäre es gut, wenn sich die Betroffenen bei Änderungen oder Fehlern bei uns melden.) Hier die Liste der Gefangenen und ihrer Verteidiger:



Berlin

Nr.	Gefangene(r)	Verteidiger
1.	Monika Berberich	Alexandra Goy 030/693 42 17 Kottbusser Damm 72 1 - 61
		Wofgang Panka 030/833 86 86 Fasanenstr. 72 1 - 15
2.	Angelika Goder	Wilhelm Barabas 0611/59 40 49 Zeißelstr. 8 6 Ffm
3.	Gabriele Rollnik	Ulrich Thieme 030/ 24 92 03 Regensburgerstr. 3 1 - 30
		Joachim Eckhoff 030 /693 20 57 Lenaustr. 5 1 - 44
4.	Gudrun Stürmer	– –
5.	Till Meyer	Wolfgang Panka 030/ 883 88 86 Fasnaenstr. 72 1 - 15
		Ulli Kermen 030/693 15 31 Urbanstr. 25 1 - 61
6.	Andreas Vogel	Michael Kern 030 / 211 33 41 Motzstr. 30 1 - 30
		Gerd Temming 0611/59 40 49 Zeißelstr. 8 6 Ffm

Stammheim

Nr.	Gefangene(r)	Verteidiger
7.	Irmgard Möller	Rainer Fromann 030/465 72 40 Seestr. 43 1 - 65
8.	Roland Meyer	Axel Kolbach 0611/ Bergerstr. 87 6 Ffm
9.	Siegfried Haag	Hans-J. Weider 0611/ 45 02 83 Bergerstr. 200 6 Ffm
		Ulli Roeder Rheinstr. 3 Darmstadt

Hannover

Nr.	Gefangene(r)	Verteidiger
10.	Ronald Augustin	Rischmüller-Pförtner 0511/ Wedekindplatz 3 3 Hannover 1
11.	Knut Folkerts	Hellmut Brunn 0611/49 03 92 Sandweg 9 6 Ffm 1
		Wächtler München
12.	Bernd Roesner	Michael Klingenfuß Hohenzollernstr. 110 8 - 40
		Wolfgang Panka 030/883 86 86 Fasanenstr. 72 1 - 15

Köln

Nr.	Gefangene(r)	Verteidiger
13.	Hanna Krabbe	Roland Schmale 0221/55 81 93 Hauffstr. 1 5 - 30
14.	Angelika Speitel	Wolfgang Schmid /52 33 60 Bornstr. 10 46 Dortmund
		Peter Kruse 0201/78 70 61 Dagobertstr. 19 43 - 1
15.	Gert Schneider	Reinhard Zimmermann Kurt Schuhmacherplatz 9 43 Bochum 0234/6 04 16
		Josephine Dubois-Brinkmann (Holland)

München

Nr.	Gefangene(r)	Verteidiger
16.	Christoph Wackernagel	Jerzy Montag 089/30 74 21 Hohenzollernstr, 102 8 Mü

Schwalmstadt

Nr.	Gefangene(r)	Verteidiger
17.	Lutz Taufer	M. Wagner, Markt 11, Marburg Horst Korte, 35 Kassel Friedrich Ebert Anlage 149

Frankenthal

Nr.	Gefangene(r)	Verteidiger
18.	Stefan Wisniewski	Rainer Fromann, s. Irmgard Möller

Werl

Nr.	Gefangene(r)	Verteidiger
19.	„Ali" Heinrich Jansen	– –
20.	Manfred Grashof	Heinz Funke, Eckenheimer Landstr. 19 6 Ffm
		H. J. Weider 0611/45 20 83 Bergerstr. 200 6 Ffm 60
21.	Klaus Jünschke	H. J. Weider, s. o.

Celle

Nr.	Gefangene(r)	Verteidiger
22.	Karl-Heinz Dellwo	Rainer Koch 0611/49 03 92 Sandweg 9 6 Ffm 1
		Gisela Frederking Goethestr. 114 43 Essen 1
23.	Heinz Herlitz	Ingeborg Eisele 0511/85 20 08 Hindenburgallee 15 3 Hann. 1
		Wolfgang Diem 030/782 50 45 Akazienstr. 31 1 - 62
24.	Harry Stürmer	Henning Plähn 0511/85 20 08 Hindenburgallee 15 3 Hann. 1

Schwalmstadt

Nr.	Gefangene(r)	Verteidiger
25.	Rainer Frühauf	– –

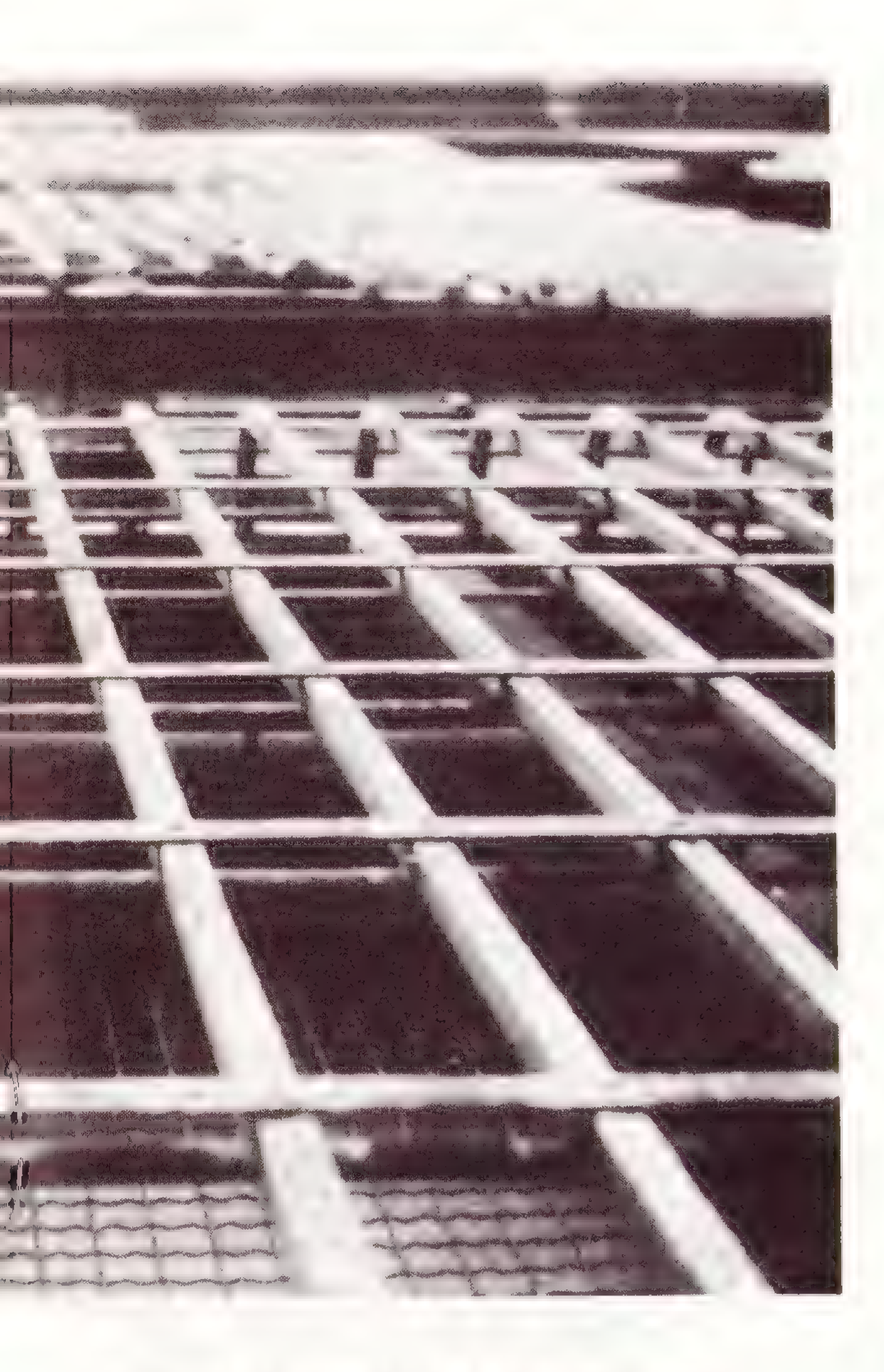
Düsseldorf

Nr.	Gefangene(r)	Verteidiger
26.	Johannes Roos	Bernd Koch 0611/ 28 01 41 Hochstr. 6 Ffm 1

Hamburg

27. Annerose Reichel
28. Christine Kuby
29. Christa Eckes
30. Inga Hochstein
31. Brigitte Asdonk

Kommandomeldung ... Die „Gruppe antiimperialistischer Widerstand" aus Berlin vermeldet, daß sie am 24. Mai einen Brandanschlag auf das Büro der FDP in Berlin-Dahlem verübt hat, um damit den Hungerstreik der Gefangenen zu unterstützen...



HUNGERSTREIKERKLÄRUNG VON GÜNTER SONNENBERG

HOHENASPERG 29. Mai

„Nachdem sich in den letzten 2 1/2 Monaten gezeigt hat, daß die am 9. März 1979 vom baden-württembergischen Justizminister , von Eyrich gefaßten Zusagen und Zusicherungen vom ‚vollständigen Normalvollzug', leere Worte waren, bin ich seit heute, 21. Mai 1979, in einem unbefristeten Hungerstreik.

Denn dieser ‚Normalvollzug' heißt:

- daß ich bis auf einige Ausnahmen, – eine Stunde Hofgang, Sonntags Kirche und dienstags 1 Stunde Diskussion mit Gefangenen von der Abteilung, – weiterhin in Isolation bin,
- daß ich nach jedem Kontakt mit anderen Gefangenen abgetastet werde,
- daß Gefangene, die beim Hofgang mit mir reden, durch Schikanen, wie häufige Zellenrazien, eingeschüchtert werden sollen,
- daß ich mich vor und nach jedem Besuch vollständig umziehen muß,
- daß tags- und nachtsüber eine ständige Zellenüberwachung durch den Einbau von Wanzen, die tags- und nachtsüber im Raum über meiner Zelle von zivilen Leuten der Sicherungsgruppe und grünen vom Asperg, aufgenommen und abgehört werden, also eine ständige elektronische Überwachung bei mir durchgeführt wird,
- daß ich als einziger Gefangener weder Zeitungen, Zeitschriften oder sonstige Gegenstände an andere Gefangene beim Hofgang weitergeben oder bekommen kann,
- daß, seit ich beim Hofgang dabei bin, 2 Weißkittel an jedem Eck des 8 x 20 Meter großen Hofs stehen und daß ein 3. hinter einem Fenster steht,
- daß jedesmal, wenn ich aus meiner Zelle raus bin, ein Zellenfilzen gemacht wird,
- daß Überfälle durch Rollkommandos von der Sicherungsgruppe und danach Zwangsumziehen, in eine leere Zelle eingesperrt und nach einigen Stunden in eine andere gebracht zu werden, wo dann der vormalige Zelleninhalt (z.B. Akten) Stück für Stück reingeworfen werden,
- daß an meiner Zellentür zwei Sicherheitsschlösser, die je 2 mal zugeschlossen werden und zusätzlich auch noch ein Riegel dran sind,
- daß an meinem Zellenfenster außer einem Gitter noch zusätzlich ein Fliegengitter dran ist,
- daß Anwaltsbesuche und auch alle anderen Besuche von Verwandten und Bekannten in Trennscheibenzellen durchgeführt werden,
- daß bei Besuchen von meinen Eltern (auch bei Trennscheibenbesuchen von Verwandten und Bekannten) sowohl welche vom LKA als auch welche vom Knast als ‚Überwacher' dabei sind,
- daß an der einen Seite meiner Zellenwand eine 60 cm hohe und 100 cm lange Scheibe dran ist, durch die, wenn das davorliegende Brett entfernt wird (was auch beim letzten Hungerstreik gemacht wurde) zu jeder Zeit und an jedem Ort in der Zelle beobachtet werden kann,
- daß das baden-württembergische Justizministerium sagt, daß die „Anstaltsleitung in jedem Einzelfall über meine Zulassung von Gemeinschaftsveranstaltungen entscheidet" und die Anstaltsleitung sagt, daß das j.-m. „in jedem Einzelfall über meine Zulassung zu Gemeinschaftsveranstaltungen entscheidet. Jede Behörde schiebt die Zuständigkeit für meine Haftbedingungen auf eine andere und das Ergebnis ist, daß ich zu einem Großteil solcher Veranstaltungen nicht zugelassen werde.

Der Bunker Hohenasperg, die Bunkerzelle in der ich drin bin, die Haftbedingungen, die ich hier habe sind Ausdruck und Zuspitzung der Vernichtungshaft, ist wie in vielen anderen Knästen in der BRD, z.B. in Celle, Stammheim, Bruchsal, Lübeck, Berlin, Straubing, Landsberg, Hamburg, Diezburg, usw., Ausdruck und Ergebnis aus acht Jahren Sondervollzug und der wissenschaftlichen Experimente der Folterforschung. Sie sind die Reaktion des Staates auf die Unmöglichkeit, die Stadtguerilla zu besiegen und sie sind die Konsequenz aus der Erfahrung, daß jeder offene Schlag gegen uns, jeder Mord an Gefangenen vermehrten Widerstand gegen das ‚Modell Deutschland' produziert. Die verdeckte Vernichtungsmaschinerie der perfektionierten Isolationsbunker soll ohne Spuren zerstören, ohne Blut, ohne Skandale, ohne Öffentlichkeit.

Allerdings ist das aber nur die eine Seite dieses Vernichtungsprogramms. Die andere Seite, die offene Vernichtung, die Exekution, war und ist für sie schon lange kein innenpolitisches Problem mehr. Nach dem 18.10.1977 auch noch der 12.11.77 möglich. Diese ‚Endlösung' steht nach wie vor im Hintergrund."

„BLITZLICHT" VERBOTEN

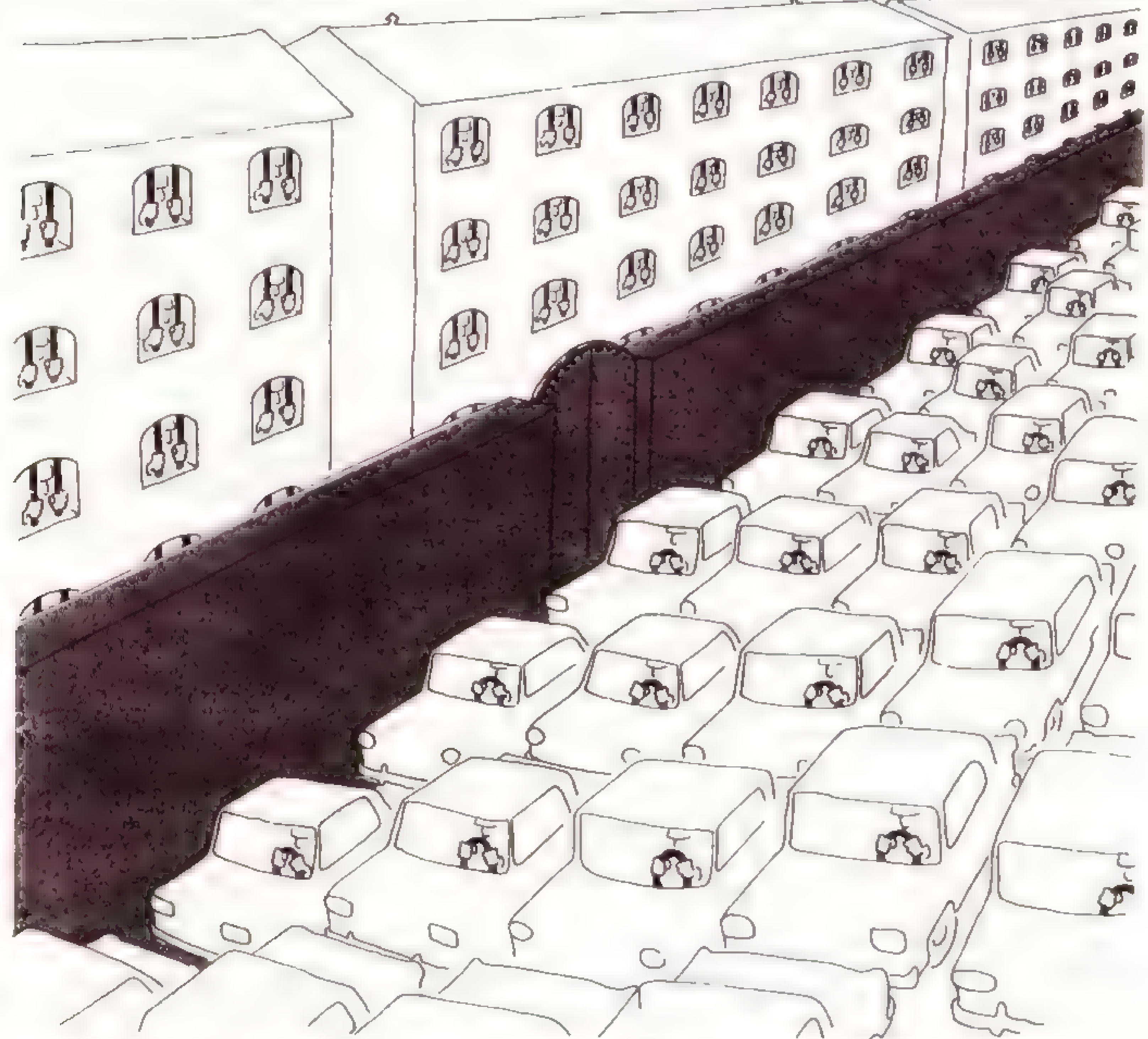
Presseerklärung der – (so Herr Teilanstaltsleiter Flege) – ehemaligen Redakteure der ehemaligen Gefangenenmonatszeitschrift ‚Blitzlicht', UHuAA Moabit, Teilanstalt III, Alt-Moabit 12a , 1000 Berlin 21:

Den Redaktionsleitern der Gefangenenzeitschrift ‚Blitzlicht' wurde am Nachmittag des 22. Mai 1979, aber erst auf entsprechende Bitte, vom Teilanstaltsleiter Fiege bekanntgegeben, daß die ‚Blitzlicht'-Arbeit auf Weisung des Justizsenators Meyer bis auf weiteres, insbesondere bis zur Klärung der Umstände, die zur Beschlagnahme der 4. Ausgabe ‚Blitzlicht' führten, zu ruhen habe. Das Redaktionskollektiv, so Fiege, solle sich Gedanken machen, Abonnementszahlungen und nicht verbrauchte Spen-

den zurückzuerstatten. Es sei, so Fiege, nicht damit zu rechnen, daß ‚Blitzlicht' in der bisherigen Form je wieder existieren würde. Justizsenator Meyer wolle insbesondere die Statuten u.a.m. „überdenken".

Eine Begründung für dieses ‚Blitzlicht'-Verbot wurde nicht gegeben, obgleich am 22. Mai 1979 bereits die Presseerklärung Justizsenator Meyers vorlag — allerdings nicht dem Redaktionskollektiv. Eine Entscheidung über die nach wie vor vorläufige Beschlagnahme der 4. Ausgabe ‚Blitzlicht' wurde unseres Wissens bislang nicht getroffen. Nach Erklärung des Teilanstaltsleiters Fiege vom 22. Mai 1979 solle dem Redaktionskollektiv am 23. Mai 1979 ein Schreiben des Justizsenators Meyer ausgehändigt werden, in dem das eben genannte Verbot fixiert sei. Ob darin auch eine Begründung gegeben wird, war nicht zu erfahren. Dieses Schreiben ist nicht ausgehändigt worden. Die Betroffenen konnten das Verbot ihrer Tätigkeit immerhin aus einer Berliner Tageszeitung vom 23. Mai 1979 erfahren.

Wir äußern unser außerordentliches Befremden über das eben aufgezeigte Verhalten des Senators für Justiz wie auch darüber, daß am 22. Mai 1979 Mitglieder des ‚Blitzlicht'-Presserates, u.a. die Schriftstellerin Ingeborg Drewitz, nicht in die hiesige Vollzugsanstalt eingelassen wurden, obwohl eine Tagung mit der Redaktion ‚Blitzlicht' seit Wochen geplant und — zunächst —



bereits genehmigt war. Eine Begründung für diese Maßnahme wurde nicht gegeben und fehlt auch jetzt noch. Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß der Redaktion keine ausreichende Gelegenheit gegeben wurde, die Mitglieder des Presserates, u.a. den Rechtsanwalt und früheren Bundesvorsitzenden der Jungsozialisten Klaus-Uwe Benneter davon zu unterrichten, daß ein Einlaß nicht erfolgen wird. Denn hiervon wurde die Redaktion ‚Blitzlicht' erst am Vortag gegen 20.00 Uhr unterrichtet. In der Folge konnte nur ein Presseratsmitglied persönlich erreicht werden.

Wir weisen die Erklärungen Justizsenator Meyers in seiner Presseerklärung vom 22. Mai 1979, die uns nicht vorliegt und lediglich mündlich durch eine Berliner Tageszeitung bekanntgeworden ist, mit aller Entschiedenheit zurück. Sie entsprechen nicht den Tatsachen. Insbesondere kann von einer Verletzung des ‚Blitzlicht'-Statuts wie auch von einem Sonderhafturlaubsmißbrauch keine Rede sein, nachdem das Statut im nun fraglichen Punkt von der Redaktion im Beisein mehrerer Presseratsmitglieder geändert wurde, was eben nach diesem Statut nur mit der — auch erfolgten — Zustimmung des Herrn Fiege möglich war. Mithin fällt die gesamte vom Justizsenator gegebene Begründung seiner Maßnahme in sich zusammen, da sie der faktischen Grundlage entbehrt. Es ist in diesem Zusammenhang bezeichnend, daß weder auch nur ein Redaktionsmitglied noch auch nur ein Presseratsmitglied vor der Entscheidung Meyers gehört wurde, der sich bei seiner Entschließung offenbar allein auf Angaben der ihm nachgeordneten Behörde verließ und erkennbar nicht den geringsten Versuch machte, den Dingen auf den Grund zu gehen, um den tatsächlichen Sachverhalt zu ermitteln. Dies können wir nur als Entscheidung vom grünen Tisch ansehen, die — gelinde ausgedrückt — verwerflich ist.

Nach alledem wurde von Justizsenator Meyer in die Grundrechte des Artikels 5 des Grundgesetzes, nämlich die Presse- und Informationsfreiheit, eingegriffen, wozu weder das Strafvollzugsgesetz noch das Statut der Gefangenenmonatszeitschrift ‚Blitzlicht' berechtigte, da die Redaktion weder je das Strafrecht berührte oder gar verletzte noch je sicherheitspolitische Belange berührte.

Nachdem das Grundgesetz unserer Bundesrepublik gerade 30 Jahre alt ist, appelieren wir an das Demokratieverständnis sowie die angebliche (?) Liberalität des Justizsenators und stellen ihm anheim, seine Entscheidung zu überdenken. Im übrigen haben wir die Hoffnung auf einen schriftlichen Bescheid Meyers noch nicht aufgegeben, zumal dieser die Grundlage rechtlicher Schritte von unserer Seite sein kann.

Berlin 21, den 24. Mai 1979

Kontakt: Christian Reimer, Alt Moabit 12a, 1000 Berlin 21.

LKA IM ANDEREN BUCHLADEN

Köln
29. Mai

Der andere Buchladen wurde erneutes Opfer von Übergriffen — diesmal nicht von den Nazis, sondern vom Landeskriminalamt (LKA) Stuttgart. Am 29. 5. kamen von dort 7 Stück in Zivil — darunter einer Dame — und acht Stück in Uniform morgens um 10.30 Uhr angereist und führten eine auf richterlichen Befehl angeordnete Durchsuchung durch. Zwei Stunden lang durchstöberten sie die Verkaufs- und Nebenräume, sämtliche Aktenordner und Papierberge, wobei sie jeden Winkel fotographisch festhielten. Vorwand für diese Aktion waren zwei Broschüren angeblich terroristischen Inhaltes, die einem Insassen der JVA Frankenthal zugesandt wurden. Als Absender dieser Sendung war — ohne Wissen der Buchladenleute — die Adresse der Buchladenleute angegeben. Wir halten diese Funktionalisierung eines linken Buchladens ohne dessen Einverständnis für eine ziemliche Sauerei. Die Durchsuchung war Auftakt für ein Ermittlungsverfahren wegen § 129a (Werbung für eine terroristische Vereinigung) — . Übrigens mittlerweile das 2. derartige Verfahren gegen den anderen Buchladen innerhalb eines Jahres.

(Dies ist eine Stellungnahme des anderen Buchladen, Zülpicher Str. 197, 5000 Köln 41)

GESINNUNGSPROZESS GEGEN ALTERNATIVE ZEITUNG

Salzburg
15.Mai

Am 7.Mai 1979 wurde der Herausgeber der ZEITUNG, Versuch einer Salzburger Gegenöffentlichkeit, vom Oberlandesgericht Linz in der Berufungsverhandlung zu einer Geldstrafe von 1.800 öS. (bzw. 30 Tagen Arrest) und Ersatz der Prozeßkosten verurteilt. Grund: Angebliche üble Nachrede gegen das Bundesheer.

VORGESCHICHTE:

Aufgrund eines Flugblattes mir dem Aufdruck: „Geh' zum Bundesheer, lerne ein Handwerk! — Schlachten!" und der

Darstellung eines von einem Bajonett aufgespießten Kindes war der Schüler Bernhard M. im März 1978 wegen Verächtlichmachung des Bundesheers zu 1.200 öS (bzw. 30 Tagen Arrest) verurteilt worden.
Die ZEITUNG Nr.14 (März 78) berichtete in einer Auflage von 800 Exemplaren über diese Verhandlung und hatte gegen dieses Vorgehen der Staatsanwaltschaft und das Urteil Stellung bezogen. Zum Zwecke der Illustration und Dokumentation war ein verkleinerter Abdruck (3,5 x 4,5 cm groß!!) des Flugblattes auf Seite 4 wiedergegeben worden.
Die Salzburger Staatsanwaltschaft hielt denselben Tatbestand — Verächtlichmachung des Bundesheers — für gegeben und erstattete Anzeige.

In der ersten Verhandlung (Okt.78) wurde die ZEITUNG in diesem Anklagepunkt freigesprochen, da dem Gericht überzeugend dargelegt werden konnte, daß die ZEITUNG nicht eine erneute Beleidigung des Bundesheeres beabsichtigte, sondern nur eine ausreichende Information über den Prozeß gegen Bernhard M. und eine Kritik an der Einschränkung und Kriminalisierung antimilitaristischer Agitation. Gegen den Freispruch legte der Staatsanwalt Berufung ein.
In der Berufungsverhandlung erkannte das Gericht das Anliegen der ZEITUNG, die Öffentlichkeit zu informieren, nicht an und befand den Strafbestand der üblen Nachrede für gegeben.
Dieses Urteil bedeutet nicht nur eine Zensur der Informations- und Meinungsfreiheit, sondern spricht der Alternativpresse durch diesen Urteilsspruch das Recht auf Informationsvermittlung und Meinungsbildung ab. Das Strafmaß belastet die finanzielle Situation der ZEITUNG empfindlich und es entsteht der Eindruck, daß der Versuch einer kritischen Berichterstattung auf juristischen Wege unterdrückt werden soll, während neonazistische Flugblätter mit dem Titel „Hitler hatte recht" im Mai 1977 ungehindert in Salzburg verteilt werden konnten, ohne die Staatsanwaltschaft zu einer Anklage wegen Nationalsozialistischer Wiederbetätigung" bewegen zu können.
Kontakt: ZEITUNG, Versuch einer Salzburger Gegenöffentlichkeit, Haunspergstr. 70, A-5020 Salzburg, Tel: 06222/729 883

DIE UNIFORMIERTEN GEGEN DIE NACKTEN: KNÜPPELEINSATZ AM TEUFELSSEE

Berlin 29. Mai

Samstag nachmittag: Auf dem Rasen um den Teufelssee drängen sich die sonnendurstigen Berliner Immer mehr von ihnen lassen Sonne, Luft und Wasser und auch die Blicke der anderen an ihren ganzen Körper heran. Es liegt eine ansteckende Lebensfreude in der Luft, wir sind auf einem kleinen Stück befreitem Gebiet — auch Oma und Opa meckern nicht.
Nur einige Herren, die zwangsweise Anzug tragen, können es nicht ertragen. In Uniform und am langen Draht nach oben (via Sprechfunk), müssen sie es mit einer ganzen Horde Nackter aufnehmen. Jeder einzelne wird von ihnen aufgefordert, sich an bestimmten Stellen zu bedecken, ansonsten drohe eine Anzeige. Und das Schönste daran: die uniformierten Herren MÜSSEN das tun, sie können gar nicht anders, selbst wenn sie wollen.
Sie reden etwas von einem „Gesetz". Das „Gesetz" ist beruhigt, wenn sich die Leute eine Zeitung oder ein Feigenblatt überlegen. Das Gesetz übersieht auch, wenn die Leute danach ihre Fetzen alle wieder wegschmeißen. Das „Gesetz" ist ein mächtiger aber versöhnlicher Götze. Gar nicht gerne haben die Hüter des „Gesetzes", wenn ihnen gesagt wird, dieser ganze Vorgang sei lächerlich. Allzu offensichtlich ist er das! Aber was würde denn „Gesetz" dazu sagen?

Und so schreiten denn die grünen Männlein durch die Reihen der grinsenden Leute, wie eigentümliche Reptilien aus einer vergangenen Zeit. Aber wie ich aus meiner liegenden Perspektive an ihren glänzenden Reiterstiefeln, engen Hosen und Waffen emporschaue, spüre ich, wie die Vergangenheit zur Gegenwart wird. Und im folgenden sollten sie dafür sorgen, daß keiner mehr etwas lächerliches an ihnen finden kann.
Nach einer Stunde des Friedens kehren sie zurück. Die ersten ziehen schon ihre Badehosen über, aber die Uniformierten schreiten zielstrebig auf einige Angezogene zu und sprechen: „Machen sie ihre Zigarette aus! Rauchen am Rande von Wäldern ist verboten!" Als die Leute verzweifelt auf ihre ungeheure Nacktheit hinweisen, wird dieser Tatbestand geflissentlich ignoriert. Für die Uniformierten existieren keine Nackten mehr, nur noch die rauchende Stuyvesant-Generation, die sich anschickt, die Wälder abzubrennen. Da helfen auch keine Versicherungen, daß wir die Wälder lieben und auf sie aufpassen werden. Jeder uniformierte ist so von seiner Aufgabe besessen, daß aus diesem edelen Kreuzzug gegen eine brennende Zigaratte ein Kreuzzug ritterlicher Gewalt wird.
Als ihnen von einer Gruppe weiter fröhlich der Rauch ins Gesicht geblasen wird und sich zu diesen noch etwa 100 Sympathisanten gesellen, könne sie ihre Entwürdigung nicht mehr verkraften. Eingekeilt in dem Pulk nackter Menschen senden sie über Funk den Hilferuf nach Verstärkung Zwar hatte die Gruppe mittlerweile aufgeraucht (und rauchten andere für sie weiter), aber durch den Wald rücken jetzt unerbittlich weitere Uniformierte mit Hunden an. Nachdem ihr „Gesetz" vor lauter Nackten keine Nackten mehr sieht, und nachdem die Zigaretten aufgeraucht sind, geht es jetzt um ein neues Delikt. Die Leute, weigern sich, sich auszuweisen. Damit haben sie sich endgültig außerhalb unseres Staatsgefüges gestellt. Die Gesetzeshüter MÜSSEN rabiat werden. Sie greifen ein Mädchen heraus und wollen sie wegschleppen. Die Umstehenden versuchen, sie aufzuhalten und werden von hinten von Schlagstöcken und Hunden angegriffen.
Das Mädchen wird nackt in den Mannschaftswagen geschleppt und von einigen angezogenen Herren zur Wache begleitet . . .
Wir stehen stumm, schreiend, drohend, eingeschüchtert am Rand. Einige Steine fliegen. „Wollt ihr euch an der Frau aufgeilen — Faschisten — was habt ihr denn im Kopf — wegen einer Zigarette — was macht ihr erst, wenn ihr noch andere Befehle kriegt? !"
Ich stehe nackt, komisch und wütend vor einem fetten Uniformierten und salutiere: „Befehl ist Befehl, was? zack, zack."
Darauf salutiert er mit haßerfüllten, glänzenden Augen: „ja, zack, zack!"
Und auch die jungen Uniformierten, die mir vorher noch gesagt haben: „Scheißjob" haben mitgemacht und rechtfertigen sich jetzt vor Leuten : „Ich fands ja auch nicht gut, aber ich kann ja nichts machen." Und: „Das war ja eigentlich nur ne harmlose Zigarette, aber es gibt ja auch wirklich schlimme Dinge!"
Wir aber müssen um unser Leben lernen in jeder Situation zusammennzuhandeln. Uns überall in eine lachende, paffende, tanzende oder feste Menge zu verwandeln. Wir müssen mit ihnen um die Wette lernen, damit mit jeder der Situationen, die wir gewinnen, ihnen klarer wird, auf welcher Seite sie eines Tages stehen werden. Bei den Uniformierten oder den Nackten.

„ES HAT UNS SPASS GEMACHT"

Die folgende Erklärung, die einmal nicht in der üblichen Kommandomeldungssprache geschrieben ist, erreichte uns anonym:

„Wir haben in der Nacht vom 23.5. zum 24.5. mittels eines Brandsatzes einen Bagger, der an den Abbrucharbeiten im Sanierungsgebiet Bergkirchenviertel beteiligt war, ausgeschaltet (völlig)!!

Dies ist bereits das 4. Mal, daß die Abbrucharbeiten durch Sabotage behindert werden.
Wir sehen dies als eine von vielen Möglichkeiten an, „Sanierungsmaßnahmen" wie sie im Bergkirchengebiet laufen nicht einfach hinzunehmen.

Es ist eine billige Methode, den schlechten Zustand von Wohnhäusern dazu auszunutzen, ein in Jahrzehnten gewachsenes Stadtviertel in seinem Aufbau total umzukrempeln. Ein Wohngebiet, in dem nachbarschaftliche Kontakte noch möglich sind, wird langsam aber sicher zu einem weiteren Renommierviertel der „Weltkurstadt Wiesbaden". Zu einem sauberen Viertel, ohne Gastarbeiter, alte Leute, kinderreiche Familien und sonstigem „Gesox". Das Viertel wird freigemacht für teure Schickerialäden und für Leute, die es „toll" finden und es sich leisten können, in aufpolierten Altstadtwohnungen zu leben. Hinterhäuser müssen weichen, um Platz zu schaffen, für die Tiefgaragen der Blechkutschen der neuen Benutzer des Gebiets. Dies und vieles mehr läuft unter dem Vorwand einer Bewohnerfreundlichen Sanierung. Doch was haben die jetzigen Bewohner davon, wenn sie nach einer Galgenfrist, die ihnen gewährt wird, ausziehen müssen, weil die Mieten danach so erhöht werden, daß sie einfach nicht mehr zu bezahlen sind?

Gute Sanierung richtet sich nach dem Willen der Bewohner, nicht nach den geldorientierten Vorstellungen von städtischen Amtsärschen!
Direkte Aktion: Sabotage gegen Wohnraumzerstörung.
P.S.: Es hat uns trotz einiger technischer Schwierigkeiten Spaß gemacht!

Hamburg dpa-Besetzer: Neue Dokumentation

Es gibt eine neue Dokumentaion zur dpa-Besetzung in den Buchläden. Wer sie dort nicht bekommt, kann sie in Hamburg bestellen. Die Dokumentation kostet im Laden zwei Mark, per Post 2,80 DM. Inhalt: Interview mir den dpa-Besetzern, Brief von Fraune aus der Haftanstalt Preungesheim, Gefangenenliste seit Herbst 77.
Kontakt: Antifa, c/o Schwarzmarkt, Bundesstr. 9, 2000 Hamburg 12

Wuppertal Scherben bei der SPD

Wegen des Besuchs von Willy Brandt in Wuppertal-Wichlingshausen haben Unbekannte die Scheiben des SPD-Büros zerdeppert. In ihrer Kommando-Meldung schreiben sie:
„Das ist unsere Antwort auf die Provokation, daß BRANDT 3 Jahre nach der Ermordung von ULRIKE MEINHOF und der Hinrichtung ELISABETH v.Dycks vor wenigen Tagen hier aufgetreten ist!
In der Situation, wo die Gefangenen aus der RAF und dem 2. Juni im Hungerstreik gegen die immerperfekter und lautloser funktionierenden TODESTRAKTE kämpfen, haben wir nicht vergessen, wer für die Organisation des ‚neuen Faschismus' verantwortlich ist."

Wer ist ein Rädelsführer?

JEMAND, DER SCHREIT ODER BRÜLLT

Triosdorf, 22. Mai 79

Im Juni 77 hatten Jugendliche eine Straße in Troisdorf besetzt undfeierten ein Straßenfest. Die Besetzung fand am 25. Geburtstag der Stadt statt und richtete sich gegen die Innenstadtplaner. Diese Aktion wurde dann drei Wochen später noch einmal wiederholt. Die Polizei räumte, prügelte und verhaftete. Anfang Mai dieses Jahres hatten vier Troisdorfer, Gerd Effertz, Bettina K., Mario Nagel und Pit Schnitzler, vor dem Bonner Landgericht einen Prozeß wegen Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Nötigung. Nachfolgend Auszüge aus dem Prozeßbericht:

...Den Orden wider den tierischen Ernst verdiente sich Generalfeldmarschall Johannes Kneer, seines Zeichens Leiter der Polizeistation Troisdorf, der den Einsatz so schilderte, als hätte es gegolten, die Russen vor Stalingrad in einer vernichtenden Schlacht zu besiegen. Kneer sagte aus, befragt nach dem Polize verhalten am 18.6. (wo alles friedlich ablief):



Ich war in der Unangenehmen Situation, nicht räumen zu dürfen, da es mit Stadtdirektor Gehardus so abgesprochen war. Wenn es nach mir gegangen wäre, ich hätte sofort geräumt — mit Schlagstockeinsatz! Kneer, der wie gesagt einen Hang zum Militärischen hat, sprach sehr oft von Ruhe und Ordnung — manchmal hatte man den Eindruck, jetzt kommt gleich:
. . . für solche Typen gibt's nur eins — Rübe ab!
Richter,Staatsanwalt und die Verteidigung hatten enorme Schwierigkeiten diesen Herrenmenschen zu befragen, der sich sehr in Fahrt redete. Außerdem erklärte er 150 Jugendliche zu militanten, gewalttätigen Chaoten.

Viele der Polizisten hatten nur noch die Standardbegriffe „Störer", „Rädelsführer" und „Aufwiegler" auf Lager. Befragt vom Richter, was denn nun ein Aufwiegler oder Rädelsführer sei, kam prompt die Antwort: „Jemand, der schreit und brüllt!" Das spricht für sich selbst !
Am 2. Verhandlungstag wurde das Verfahren gegen den Angeklagten Gerd E. eingestellt.
Am 3. Verhandlungstag plädierten Staatsanwaltschaft und Verteidigung. Der Staatsanwalt forderte für den Angeklagten Mario N. unter Anwendung des Jugenstrafrechts 3 Wochenendarreste und für den Angeklagten Peter S. 30 Tagessätze á 35 .-. Er begründete dies damit, die Widerstandsleistungen wären genügend belegt worden. Der geleistete Widerstand des Mario N. bestand darin, daß er geschlagen und getreten hätte, aber nach Aussagen der Polizeibeamten nicht getroffen hätte. Bei Peter S. war die Angelegenheit noch verworrener: Er soll nach Aussage eines Polizisten bei seiner Festnahme nach hinten ausgetreten haben und jenen zweimal am Schienbein getroffen haben. Jedoch (wie auf mehreren Fotos klar erkennbar ist), war der besagte Polizeibeamte überhaupt nicht an der Festnahme beteiligt. Dies wird auch durch die Aussagen zweier Polizisten belegt . . .
Von der Verteidigung wurde auf die Widersprüche hingewiesen und auf Freispruch plädiert.
In seinem Schlußwort wies Peter S. nochmals auf die Bedeutung des Straßenfestes hin und erklärte die typische Feindbildhaltung, mit der die Polizei den Jugendlichen entgegengetreten ist und dies auch heute noch so tut, — die zu solchen brutalen Polizeiübergriffen führt. Auch die Frage des Widerstands gegen Polizeiwillkür wurde von ihm angesprochen und das Gericht befragt, wie sich der Bürger gegen solche Übergriffe schützen soll. . .

Am 4. Verhandlungstag wurde dann das Urteil gefällt. Die beiden Angeklagten wurden für schuldig erklärt, weil sie „nachgewiesenermaßen" Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet hätten. Das Gericht schloß sich im Großen und Ganzen den Ausführungen des Staatsanwalts an. Auf die Frage, wie man sich gegen die z . T. brutalen Übergriffe der Polizei verhalten soll, antwortete das Gericht: Man könnte ja hingehen und protestieren, doch wäre dies sehr oft mit Nachteilen verbunden. Auch der Weg einer Anzeige gegen den jeweiligen Polizisten würde meist zu nichts führen, da man ja diese Anziege bei der jeweiligen Polizeistation aufgeben müßte. Letztenendes hat der Bürger in grün fast immer recht. Die Strafe lautete: 30 Stunden Sozialdienst für Mario N. , 15 Tagessätze a 35.- plus Prozeßkosten plus Anwaltshonorar für Peter S.
Kontakt: Pit Schnitzler, Siegburgerstr. 12, 5205 St. Augustin 3

„DAS VERHÄLTNIS JOURNALIST/POLITIKER HAT SICH VERÄNDERT

Ein Interview mit Horst Schättle (ZDF) über die Nachrichtensperre nach der Schleyer-Entführung:

Dieses Gespräch fand zwischen dem Leiter der ZDF-„heute"-Redaktion Horst Schättle und Henrich von Nußbaum, Mitarbeiter des Evangelischen Pressedienstes (epd) statt und wurde in „Kirche und Rundfunk" vom 5. November 77 abgedruckt.

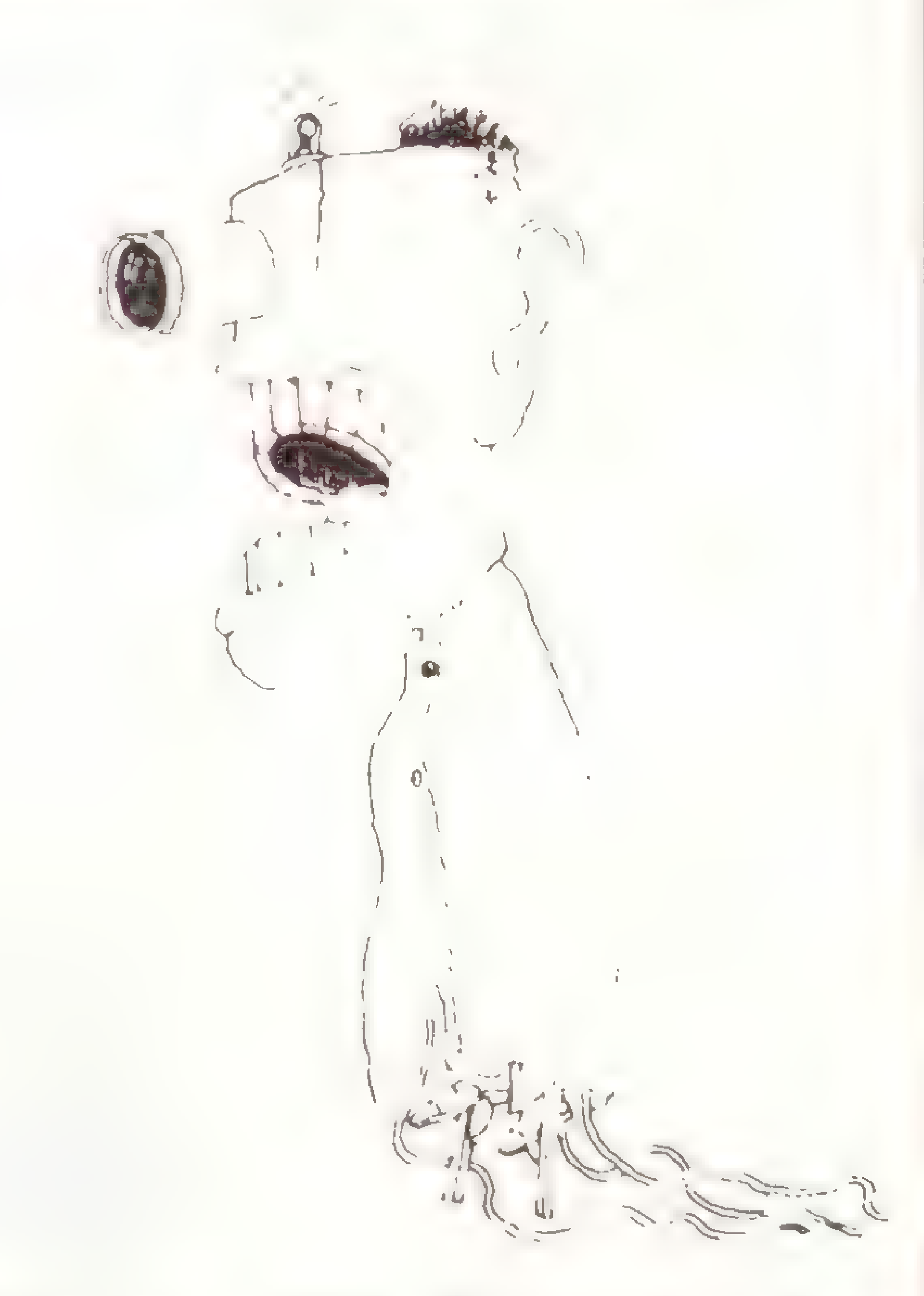
N.: Herr Schättle, wie sind Sie als Journalist mit der Nachrichtensperre fertig geworden?

S.: Zunächst sehr schwierig. Es waren einfach neue normen, die wir bisher in dieser Intensität nicht kannten, und da gabs schon einige Friktionen zu Anfang, zumal man ja nicht wußte, wie die wirklichen Informationen waren, die zurückgehalten wurden und man, wenn man so will, abgeschnitten war vom Nachrichtenfluß, der einem erlaubte, ein Urteil zu fällen über die Relevanz oder Nichtrelevanz eines Tatbestandes.

N.: Hat der Journalist in Ihnen gelegentlich rebelliert oder aus privater Hobby-Recherche mal rauszukriegen versucht, was nun hinter einer Nachricht, die Sie für unecht hielten, steckte?

S.: Rebelliert ja, indem wir nämlich versucht haben, alle uns zur Verfügung stehenden Kanäle zu aktivieren, um wirklich an Primärinformationen ranzukommen. Dies war dann auch der Fall. Ich glaube, ich kann sagen, daß wir, nämlich die „heute"-Redaktion optimal informiert waren, allerdings natürlich einen Großteil der Informationen nicht weitergeben konnten. Optimal informiert durch entsprechende, manchmal sehr hartnäckige Recherchen.

N.: Und wozu dienten diese Recherchen, wenn Sie ohnehin entschlossen waren, die Bitte um Schweigen einzuhalten?



S.: Diese Recherchen waren einfach als Background wichtig, um gegenüber der Regierung und den Krisenstäben nicht ganz

ohne Hemd dazustehen, will sagen, um durchaus in der Lage zu sein, diese oder jene Bitte oder dieses oder jenes Ansinnen der Regierung und der Krisenstäbe entsprechend bewerten zu können, ohne daß man dort von denen über die Hintergründe aufgeklärt wurde. Wir kannten meist die Hintergründe.

N.: Haben Sie den Eindruck, daß die meisten Kollegen in den öffentlichen Medien und in der Presse genauso reagiert haben?

S.: Zunächst glaube ich das nicht, weil, mit Verlaub gesagt, ich den Eindruck habe, daß viele nicht über die Informationen verfügt haben, die wir hatten, die uns - und das möchte ich betonen - nicht gewissenmaßen als Background unter Berücksichtigung journalistischer Regeln von der Regierung und den Krisenstäben gegeben wurden, sondern wir selbst recherchiert haben.

N.: Aber dazu sind doch erfahrene Hörfunkkorrespondenten und mindestens die Korrespondenten großer Zeitungen wahrscheinlich auch in der Lage.

S.: Sie haben recht. Ich möchte das ein bißchen einschränken. Ich glaube, daß dies in der Tat gilt für die Vertreter großer Medien. Schlimm ist es sicherlich dann für die Kollegen in Nachrichtenredaktionen kleinerer Medien geworden, die ausschließlich auf Agenturen angewiesen sind.

N.: Hatte dieses Zweiteilung des Marktes in die großen Finanz- und Informationsstarken und die kleineren Übrigen irgendeine Auswirkung auf die Nachrichtengebung?

S.: Auf den ersten Blick sicherlich nicht, denn an die Nachrichtensperre haben sich ja eigentlich alle gehalten, wenn man von einigen Magazinen absieht. Aber was die rausgelassen haben, war ja eigentlich auch nur die Spitze des Eisberges.

Ich glaube allerdings, es wäre notwendig gewesen, daß die Regierung einen bestimmten Kreis von Bonner Korrespondenten informiert hätte. Dieses hätte viele Entscheidungen in kleineren Redaktionen erleichtert, vereinfacht, und es wäre innerhalb der gängigen Normen der Informationsgebung durch die Regierenden geblieben, wenn über bestimmte wichtige Vorgänge vorab informiert wird, um den Journalisten die Möglichkeit zu geben, wenn ein Ereignis läuft über die Hintergründe informiert zu sein.

N.: Das wäre eine modifizierte Sperrfrsit-Lösung gewesen?

S.: Ja, wie sie in Bonn gang und gäbe ist.

N.: Wie lange würden deutsche Journalisten eine solche Regelung hinnehmen?

S.: Das muß man natürlich immer an der Begründung messen. Was die Entführung Schleyers und alles, was damit zusammenhing, angeht, war es doch für fast alle einsichtig, daß man sehr zurückhaltend in der Berichterstattung bleiben muß, und man hat mit Sicherheit, selbst bei den wenigen Sachen, die gelaufen sind, immer antizipiert, könnte das irgendwelche Wirkungen auf das Leben der Geisel oder das Leben der Geiseln in der Lufthansa-Maschine haben. Wielange sowas durchzuhalten wäre in der Bundesrepublik ist damit weniger eine technokratische Frage, sondern die Frage, um welchen Gegenstand es dabei geht. Deswegen ist das auch schlecht zu beantworten.

N.: Entdecken Sie Ermüdungserscheinungen um Sie herum, denn in gewisser Weise haben wir die Nachrichtensperre ja noch immer?

S.: Daß Gefährliche an der Nachrichtenarbeit ist einfach, daß Nachrichtenjournalisten sehr schnell vergessen müssen und sehr schnell verdrängen müssen, denn die Ereignisse von gestern und vorgestern sind im Zweifelsfall viel uninteressanter als die von heute und morgen. Insofern besteht natürlich die Gefahr, daß einige grundsätzliche Probleme, die im Zusammenhang mit der Nachrichtensperre aufgetaucht sind, in den Nachrichtenredaktionen gar nicht mit der Intensität diskutiert werden, wie das eigentlich notwendig wäre.

Ich darf da nur an einen Aspekt erinnern, und zwar an den, daß durch die Nachrichtensperre zum ersten Mal in diesem Land über einen längeren Zeitraum journalistische Normen nicht außer Kraft gesetzt wurden, sondern, wenn Sie so wollen, storniert wurden. Mir fehlt eigentlich hier die Reflexion, inwieweit dies akzeptiert werden kann. Ich könnte mir durchaus Konstruktionen vorstellen, bei denen Herrschende auf die Idee kommen zu sagen, dieses ist wichtig für die Nation, ihr habt uns das zu glauben, also keine Informationen darüber. Das wäre allerdings dann eine sehr schlimme Sache.

Was die Nachrichtensperre während der Schleyer-Entführung angeht: Ein bißchen ihrer Brisanz liegt unter anderem auch darin, daß es, wenn Sie so wollen, eine demokratisch legitimierte Nachrichtensperre war. In den Gremien, vor allem in den Krisenstäben, saßen ja neben der Regierung auch die Vertreter der Parteien und Fraktionen, also die politische Repräsentanz dieses Landes. Insofern war hier nicht die Interessen-



lage einer einzigen Gruppierung gegeben, sondern man konnte unterstellen, daß alles pluralistisch abgesegnet war.

N.: Aber ist durch die Zusammensetzung dieses innersten Krisenstabs nicht auch deutlich dokumentiert, daß der deutsche Journalismus auch in seinen Spitzen des öffentlich-rechtlichen Systems nicht zu dieser innersten staatstragenden Gruppe gehört?

S.: Das ist vielleicht ganz gut so, daß das nicht institutionalisiert ist. Es wäre eine problematische Vorstellung, wenn etwa der Intendant oder der Chefredakteur Mitglied eines Krisenstabes wäre oder dort teilnehmen könnte. Das wäre dann die totale Identifikation des Journalisten mit den exekutiven Organen dieses Staates. Nicht nur Identifikation, sondern er wäre praktisch Mitglied, und das würde ein wenig die Fronten verändern, die aus guten Gründen da sind, manchmal für meinen Begriff zu wenig geprägt sind.

N.: Hat sich das Verhältnis Politiker/Journalist in dieser Zeit geändert?

S.: Ich habe vorhin schon versucht, das anzudeuten. Ich glaube, es hat sich ein wenig verändert, und zwar insofern, als ich fürchte, daß die Politiker über längere Zeit Mechanismen entdeckt haben, wie man Journalisten steuern kann. Das ist sicherlich viel einfacher gewesen, als sich viele Politiker so vorgestellt haben.

N.: Nun scheinen mir allerdings auch Gegenkräfte entdeckt worden zu sein. Mir liegt hier ein Zitat von Franz Meindl, Leiter Fachbereich Information und Programmchef SWF 1, vor, in dem er ziemlich deutlich sagt: „Ich persönlich habe für eine solche Maßnahme absolut Verständnis, ich halte sie allerdings für außerordentlich fragwürdig, wenn sie über einen so langen Zeitraum praktiziert wird, wie im Falle Schleyer geschehen." Dann äußert er die Furcht davor, „daß das erfolgreiche Praktizieren dieser Nachrichtensperre gefährliche Gelüste wecken könnte. Mich bewegt die Frage, wer wird wann aus welchem Grunde die nächste Nachrichtensperre erbitten und wird sie dann überhaupt noch erbeten oder nicht vielmehr bereits verfügt? " Was sagen Sie zu diesem bösen Wort?

S.: Ich finde, der Kollege hat in seiner Fragestellung die Problematik in der Tat getroffen.

N.: Mir scheint die Schlüsselfrage immer noch, wie mündig ist der Journalist, daß er den Punkt entscheiden könnte, an dem er notfalls gegen den Wunsch der Herrschenden wieder berichten würde. Hat es Überlegungen in diesem vergangenen Zeitraum gegeben, dies von Fall zu Fall immer wieder zu kontrollieren, oder schleicht sich da doch nach kurzer Zeit ein im Grunde mechanischer Vorgang ein, der dann so vor sich hin brodelt?

S.: Beides ist richtig. Es ist mit Sicherheit immer wieder in Diskussionen überprüft worden, ob die Haltung, die wir als Nachrichtenredaktion des ZDF einnehmen, die richtige ist. Auf der anderen Seite konnte man natürlich während der Zeit auch verfolgen, daß bestimmte Normen sich eingependelt haben, über die man zuvor noch extrem diskutiert hat, die dann nicht ausdiskutiert zur Routine wurden. Das ist auch völlig natürlich, denn eine Nachrichtenredaktion kann nicht tagelang diskutieren über ein bestimmtes Problem, sondern muß am Tag sechsmal senden.

N.: Sind Pannen vorgekommen im ZDF?

S.: Ja, natürlich.

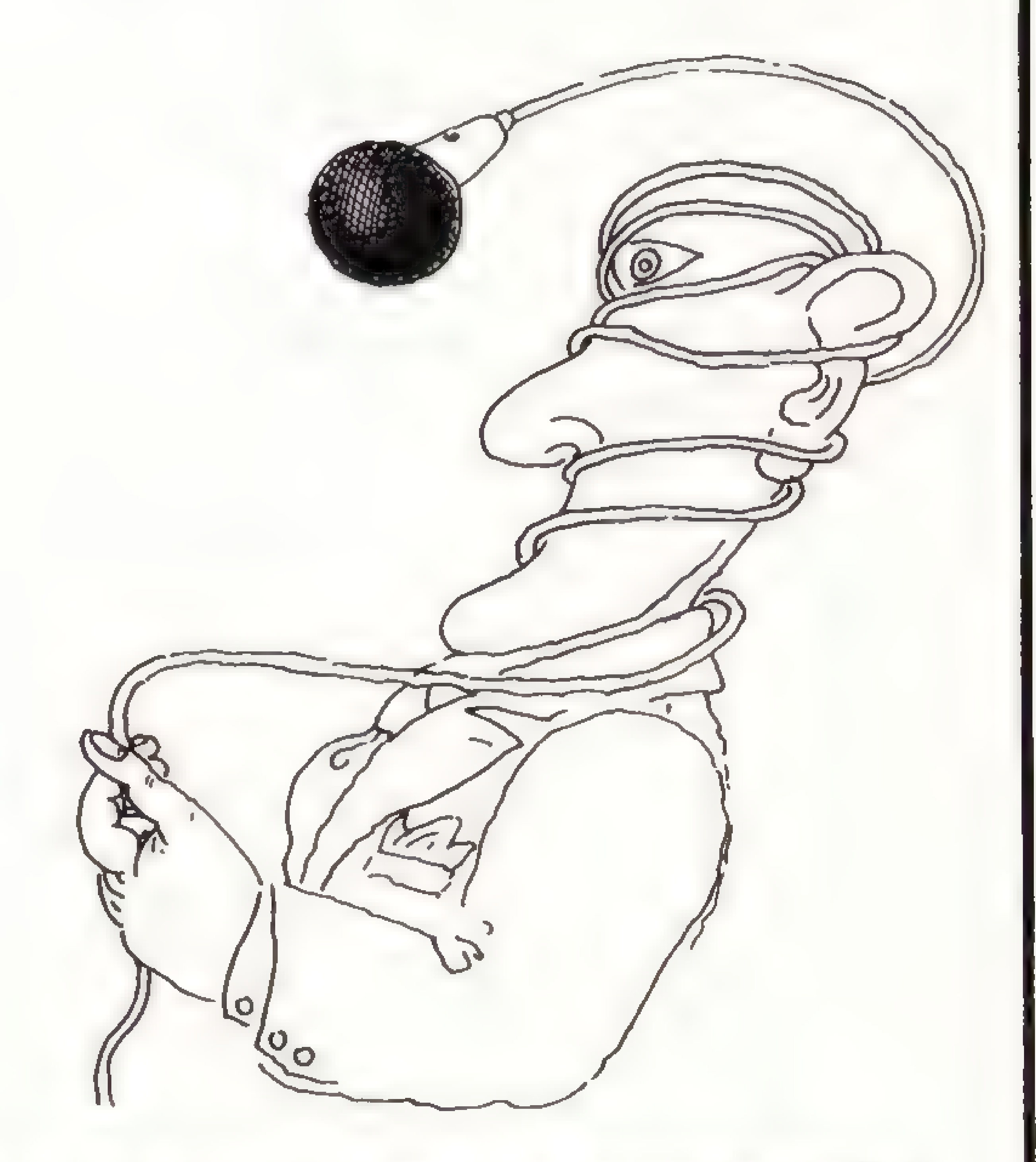
N.: Daß Sachen gesendet wurden, die Sie nicht gewünscht hätten?

S.: Ich persönlich nicht gewünscht hätte? Ich würde es umgekehrt formulieren. Es ist sicher diese oder jene Sache nicht gesendet worden, die eigentlich hätte gesendet werden müssen, und zwar in Abwägung aller bekannten Gründe, die zur Nachrichtensperre, oder wie man das auch nennen will, geführt haben.

N.: Hat eigentlich das Ausland irgendeine Rolle in dieser Nachrichtensperre für die Einstellung der Journalisten gespielt? Hätte eine noch stärkere Publikation im Ausland doch den Vorhang löchriger machen können, weil die Nachrichtensperre damit doch in gewisser Weise unterlaufen war?

S.: Es gibt da zwei interessante Phänomene. Numero eins ist, daß die ausländischen Nachrichtenagenturen zum Teil weit über das hinausgegangen sind, was die in Deutschland ansässigen Nachrichtenagenturen gebracht haben. Ganz sicherlich spielt hier der internationale Konkurrenzdruck mit, und das zeigt auch, wie problematisch in dieser Hinsicht , wenn man sich zur Pressefreiheit bekennt, und das tun wir aus guten Gründen, Totalsperren sind. Übers Ausland ist einiges reingekommen, und ich bin ganz sicher, daß manches davon - es ist ja sehr leicht, an Agenturmaterial ranzukommen - dann auch den Leuten zugegangen ist, die sich dafür interessiert haben, nämlich terroristische Kreise. Wenn die eine gute Infrastruktur hatten oder haben, dann sind sie an diese Informationen rangekommen. Das ist jetzt gar keine Schelte gegenüber den ausländischen Nachrichtenagenturen, die sollen andere schelten.

Und jetzt kommt etwas sehr Interessantes: Manchmal haben die ausländischen Nachrichtenagenturendurch ihre Informationen hier bei uns, zumindest bei Redakteuren, die weniger gut informiert waren, Orientierungshilfen gegeben: Man hat doch einiges erfahren, was man ahnte, aber über offizielle Kanäle nicht erfahren konnte, es sei denn über eigene Recherchen. Hier hat sich ein Einfluß von außen deutlich gemacht, der ganz subtile Wirkungen hatte.



Auf der anderen Seite muß man aber auch feststellen, daß in diesem Fall die Nachrichtensperre zum Teil auch im Ausland funktioniert hat. Ich darf erinnern an das letzte Video-Band von Hanns-Martin Schleyer, das „Liberation" allen europäischen Fernsehanstalten angeboten hat. Es ist von keiner Anstalt übernommen und gesendet worden, selbst die Franzosen haben sich geweigert. Erst am nächsten Tag haben es dann einige wenige in Ausschnitten ausgestrahlt. Ich bin ganz sicher, daß ein paar Monate früher alle das Ding durchgefahren hätten, will sagen, daß eine gewisse Sensibilisierung bei den internationalen Journalisten auch eingetreten ist, ohne eine explizite -

Nachrichtensperre. Es gab da auch Kontakte zwischen Nachrichtenchefs in verschiedenen Ländern, nur einfach, um mal international dieses Thema zu diskutieren. Das ist ein interessantes Phänomen, das so ein bißchen die These unterstützt, daß die Journalisten eigentlich vernünftiger sind, als sie von manchen Herrschenden angesehen werden.

N.: Wie lange, erwarten Sie, hält diese Nachrichtensperre noch an?

S.: Ich glaube, daß läßt sich nicht mehr lang durchhalten, zumal auch kein einsichtiger Anlaß mehr vorhanden ist. In der Tat muß wieder die Güterabwägung Informationsfreiheit gegen deren Beeinträchtigung wirken. Man sieht das ja schon jetzt, wie Indiskretionen dafür sorgen, daß wichtige Informationen an die Öffentlichkeit geraten. Aber wir sollten doch immer überlegen, daß in der parlamentarischen Demokratie neben vielen anderen Faktoren die Informationsfreiheit eines der Essentials ist und daß Politiker dies bei ihrem Handeln als Datum mit einkalkulieren müssen. Wer dies nicht tut, stellt in irgendeiner Form auch dieses freiheitliche System in Frage.

DEBÜT BEI DEN „ALTEN HERREN"

Frankfurt 19.Mai — Es ist Samstag, 19.Mai 1979, kurz vor fünf Uhr. Wir sind am Sportplatz in Sachsenhausen, an der Straße nach Offenbach. Auf dem Hartplatz spielen zwei Jugendmannschaften, der feine Rasenplatz nebenan wird für das Heimspiel der Ersten am Sonntag gewässert. Am Rande des Hartplatzes, vor den Umkleidekabinen, stehen einige Herren hinter ledernen Sporttaschen. Sie sind in den mittleren Jahren und machen auf mich den Eindruck als hätten sie längst ihren Platz im Leben gefunden und gesichert. So leger bis adrett gekleidet passen sie —in meinem Kopf— makellos in Bürostuben und Werkhallen, in Vorortsiedlungen und Neubauwohnungen, vielleicht wohnen sie aber auch gleich bei mir um die Ecke und ich habe sie jahrelang nicht (mehr) gesehen.
Sie begrüßen den Peter, der mich als neuen Mitspieler bekanntmacht: „Den habe ich mitgebracht". Verlegen stelle ich mich, eine Plastiktüte mit zusammengeliehenen Sprotklamotten in der Hand, dazu . Man nimmt nicht sehr viel Notiz von mir und sagt, nachdem die Runde schnell gezählt ist, „klar, du kannst mitspielen, mit dir sind wir elf." Bevor es zum Umziehen geht, fragt einer der Kicker, wo ich spielen will. Darauf habe ich noch keinen Gedanken verschwendet und fühle mich glattweg überfragt. Statt mir antwortet Peter: „Überall". „Gut, dann im Tor", sagt ein Anderer, womöglich der Torwart, und ich winke ab. Wir lassen das Thema und gehen in die Umkleidekabine.
In einem großen Reisekoffer sind die Trikots, mit Rückennummern: grün, mir schwarzen Längsstreifen über der linken Brust und entlang der Ärmelnaht, dazu schwarze Hosen und weiße Strümpfe. „Mensch, das sind doch Trikots für den Winter, die sollen uns mal dünnere für den Sommer kaufen", mault einer. Ich greife mir ein Trikot, die acht auf dem Rücken, frage ob da jemand drauf abonniert ist und bekomme zur Antwort: „So genau nehmen wir das nicht!"
Der Hinweis war eigentlich überflüssig, denn kurz zuvor war in fröhlicher Unbekümmertheit in etwa festgelegt worden, wer wo spielt: hinten, in der Mitte, vorne. Ich soll Im Mittelfeld spielen und das will ich auch gerne, denn da spielt der Peter, der Einzige, den ich kenne.

Im grün-schwarzen Dress mit weißen Stutzen laufe ich auf gummibenoppten Fußballschuhen zum Spielfeld. Ich weiß, daß ich mir einen Jugendtraum erfülle, mit fast 34 Jahren: einmal für einen richtigen Fußballverein zu spielen. Entsprechend aufgeregt bin ich und in diese innere Unruhe mischt sich ein Gefühl des späten Triumphes über den Stiefvater, der mir einstmals strikt verbot, im Verein zu spielen: „dieser Proletensport, nein, kommt gar nicht in Frage". Wir schlenzen auf dem Grünstreifen neben dem Hartplatz locker den Ball hin und her. Das dämpft mein Lampenfieber und ich verliere gänzlich meine Vorbehalte: diese gestandenen



Wir haben dem Schreiber des Erlebnisaufsatzes ein Bild geklaut. Es hing über seinem Bett und zeigt ihn in seiner Fußballjugend. Er ist der Kleine vorne links. Wir habens heimlich genommen, während er beim Bier war und er weiß nichts davon - bis heute nicht...

Fußballer und Familienväter reihen mich erstaunlich unbekümmert in ihr Freizeittreiben ein. Nicht einer mach t eine einzige Anspielung auf meine langen Haare, die ich zu einem dicken Pferdeschwanz gebunden habe, nicht einer stört sich dran, daß ein „unbekannter freak" im grün-schwarzen Trikot steckt.
Das Spiel wird angepfiffen und ich hetze im Mittelfeld umher. Wer ist mein Gegenspieler? Wen muß ich decken? Mal ist die Nummer sechs frei, mal die acht, mal die vier! Es geht drunter und drüber und viel daneben, auch mein Versuch, Rhythmus ins Spiel zu bringen. Lange Zeit probiere ich es mit Steilpässen, bis mir endlich dämmert, daß vorne keine Flitzer sondern „alte Herren" lauern. Warum es nicht ratsam ist, als „alter Herr" jedem Ball hinterherzujagen, ist mir spätestens zur Pause klar. Ich bin fix und fertig, bin am Japsen und bitte zaghaft darum, ausgewechselt zu werden. Doch dies ist kein Thema, da kein Ersatz da ist, zudem liegen wir 0 : 2 zurück und man setzt Hoffnungen in mich. Das schmeichelt mir und läßt mich meine Schlaffheit vergessen.
Die Kommentare in der Pause sind schonungslos: „Es ist nicht mit anzusehen, was wir da spielen", sagt der Torwart. „ Die sind doch schwach, gegen wen sollen wir eigentlich gewinnen, wenn nicht gegen die? " — „Dann halt gegen Stärkere!", heißt die verblüffende Antwort. „Ach Quatsch, wir sind schwach und das wissen wir auch !" . . . Der Ärger,

den da Einige ablassen, ist nicht zielgerichtet und verfängt nicht: niemand wird getadelt, niemand regt sich wirklich auf, nichts wird beschworen, es gibt keine Marschrouten, keine Anweisungen. Alles bleibt so, wie jeder Einzelne und alle zusammen es können; davon wird unser Spiel besser und/oder der Gegner schwächer (müder).
Ich schieße ein Allerweltstor zum 1 : 2 und da kommen von allen Seiten die Mitspieler auf mich zu, gratulieren mir, geben mir die Hand, klopfen mir auf die Schulter, umarmen mich. Ich bin dieserSituation unvorbereitet ausgesetzt. Wenn wir „Spontanen" beim sonntäglichen Kick im Grüneburgpark mal ein Tor schießen, ein schlitzohriges, ein technisch versiertes, sagen wir einander schon mal: „ach toll", „bravo", „Spitze". Aber eigentlich pflegen wir die freudlose schongutkannjajedernurzusammenmiteuchgeschafftbloßkeinen wirbel-Haltung. Und genau mit dieser drehe ich nach dem Allerweltstor ab und da kommen die Mitspieler auf mich zugerannt und freuen sich narrisch. Verblüfft lasse ich mich feiern und freue mich heimlich. Am 2 : 2 wenig später freue ich mich mit ihnen und gebe dem Schützen anerkennend einen Klaps auf die Schulter.
Nach dem Ausgleich ist die Luft aus unserem Spiel und wie schon vor der Pause mischt der Zufall kräftig mit und liefert die tollsten Torchancen. Eine – für die Gegner – ist so hundertprozentig, daß ein Spieler im roten Trikot den Schiedsrichter auffordert, das Tor zu geben, obwohl der Ball dran vorbeiging. Der Unparteiische ignoriert schmunzelnd diesen Vorschlag. Das würde ja auch zu weit gehen . . .
Ich bin für den Rest des Spieles damit beschäftige, mich unauffällig auf allem rauszuhalten, da ich kaum mehr laufen kann. Ich verstecke mich hinter den Gegenspielern oder versuche doch zumindest, in deren Nähe zu stehen. Das allein bietet die Gewähr, den Ball nicht zugespielt zu bekommen, verschnaufen zu können. Es ist allerdings gar nicht so einfach, da die Gegner ja nicht wie angewurzelt an einem Fleck stehenbleiben und wenn man ihnen hinterherhetzen muß, wird das Mühen absurd: denn wenn schon laufen, dann doch eher dem Ball hinterher.
Dann ist das Spiel aus und auf wackligen Beinen erreiche ich die Kabine. Nach dem Duschen sitze ich neben dem Linksaußen am Tresen. Er ist 56 Jahre alt und hat früher einmal in der belgischen Nationalmannschaft gespielt. Er spendiert mir zwei Biere, da man auf einem Bein . . .

Als ich mich vom Nachspiel am Tresen verabschiede, werde ich gefragt, ob ich am Mittwoch wieder mitspiele, dann gegen Seckbach, und das will ich auch, wenn ich bis dahin wieder laufen kann.

Auf der Heimfahrt efahre ich, daß ich für die SV Viktoria Preußen Frankfurt gespielt habe und daß der Gegner der SV Sachsenhausen war.

Franz Schips

FERIEN IN TIROL

– ein Erlebnisaufsatz –

Kössen, Samstag, 28. April, am Nachmittag.

Ich will spazierengehen, wandere los durch Wald und Wiese, komme an einen Wildbach mit Paddlern. Ich finde keine Brücke, will aber auf der anderen Uferseite zurückgehen. Nach etwa zwei bis drei Stunden wandern kommt ein Dorf links, eine Brücke rechts. Ich geh drüber, hundert Meter vor mir ein Zollamt– Schleching– davor eine österreichische Fahne. Wußte gar nicht, daß ich in Grenznähe bin. Ich gehe hin und will nach dem Weg fragen, geh wieder zurück, da niemand mich beachtet.Als ich mich umschaue, ob ein Bus oder ein Weg in der Nähe ist, kommt mir ein Uniformierter entgegen. Ich gehe auf ihn zu und befrage ihn nach der Örtlichkeit. Er verlangt sofort den Ausweis von mir. Ich habe aber keinen bei mir, daraufhin sagt er: "Mitkommen, wir werden schon ihre Personalien überprüfen!" Ich sage ganz reflexmäßig: "Nicht schon wieder. Laßt mich in Frieden", drehe mich um und gehe.

Eine Zeitlang geschieht nix, ich denke schon, daß ich mir viel Ärger erspart habe und die Entschlossenheit gesiegt hat, da schreit's hinter mir "halt"! Ich gehe weiter. Knapp hinter mir brüllt es jetzt "halt" und "mitkommen". Ein Uniformierter steht jetzt neben mir, zitternd vor Wut.
Ich frage ihn nach seinem Ausweis. Er packt mich, schlägt mich zu Boden, verdreht mir die Arme, schüttelt mich. Ich mache nix, sträube mich nur und wiederhole meine Frage nach seinem Ausweis, weil ich nicht weiß, was gespielt wird. Er, fast ausgeklinkt vor Wut, zerrt mich mit, reißt mich an den Haaren, aber Gegenwehr ist in so einer Situation ja sinnlos – 70 Meter vor der Grenze. Dann kommen noch zwei – ich hab fast gedacht, die machen mich völlig k.o.. Die haben mich ziemlich "behandelt" und verarscht. Keiner der noch herbeigeeilten Uniformierten hat eingegriffen. Ich bin mir total ausgeliefert vorgekommen.

Beim Gebäude angekommen war ich völlig außer Atem. Sie haben mich dort durchsucht, schräg an eine Bank gelehnt, dann in einen Sessel mit Handschellen gefesselt. "Objektiv" gesehen war die Gewaltanwendung nicht sehr arg, aber ich war total überrascht und von diesen Tatsachen vor den Kopf geschlagen. Anschließend habe ich mich dann eh beherrscht, leider aber einmal den Schläger als Faschisten bezeichnet. Leider -weils zu teuer kommt.

Ich war, ohne es zu wissen nach Deutschland durch den Wald gelangt.
Mein Paß wurde dann kontrolliert, Fingerabdrücke, Fotos, erkennungsdienstliche Behandlung, endlose Protokolle, eine Nacht im Polizeiarrest. Sonntag früh gings zum Haftrichter nach Traunstein in Bayern, der immer wieder versuchte im Protokoll Unwahrheiten unterzubringen. Drohungen, brüllen. Dann ab in die Zelle der JVA Traunstein. Einzelzelle, Fraß, Nacht, Hofgang mit byrischen "Kriminellen" – eine Stunde lang im Kreis in einem winzigen Hof. Am Montag um 14 Uhr war ich dann wieder "frei" gegen eine Kaution von 350 DM.

Und so sieht der Haftbefehl gegen mich aus:

gegen den Beschuldigten
Harnoncourt Philipp, ecc.

wird die Untersuchungshaft angeordnet. Er wird beschuldigt, am 28.4.79 gegen 17.30 am Grenzübergang Schleching gegenüber dem Zollbeamten Drexler Widerstand geleistet zu haben, indem er sich weigerte der Aufforderung des Beamten nach einem Mitkommen in die Dienststelle zur Überprüfung, wozu nach dem Grenzübertritt des Beschuldigten Veranlassung bestand nachzukommen. In der Grenzpolizeistation Schleching beschimpfte er zunächst alle Anwesenden, etwa 7 Beamte, indem er zunächst alle Anwesenden als Faschisten und speziell Herrn Drexler als Nazifaschisten bezeichnete.
Er ist dieser Tat dringend verdächtig, aufgrund seiner eigenen Angaben, soweit diesen gefolgt werden kann, sowie der Aussagen der Zeugen Drexler, Außerlechner und Freinick.
Diese Handlung ist mit Strafe bedroht nach § 113, 187, 194 StGB.
Es besteht gegen ihn der Haftgrund des § 112 StPO Abs. 2 Ziff.2 (wegen Fluchtgefahr). Der Beschuldigte ist österreichischer Staatsbürger und ohne festen Wohnsicht in der Bundesrepublik.

REISESCHWIERIGKEITEN IN WESTEUROPA

KARLSRUHE 30. April *Im ID 278 veröffentlichten wir den Bericht eines Irlandurlaubers, der seinen Urlaub auf der grünen Insel nicht antreten konnte – er wurde von den Grenzern mit windigen Begründungen zurückgeschickt und vorher mit irischen Polizeistationen bekanntgemacht. Hier ein weiterer Erfahrungsbericht von der irischen Grenze:*

Liebe IDler,
Im letzten ID Nr. 278 habt ihr einen Artikel über den langen Arm des BKA bis nach Irland gebracht. Mir ist es da auch so ähnlich wie Tom und Frieder gegangen.

Das war im Sommer '78 in Rosslare. Raus ausm Schiff rein in Zoll. Da waren zwei Zöllner mit nem dicken Notizbuch, in dem sämtliche Passagiere aufgeführt waren. Jeder wurde abgehakt, bloß ich nicht. Neugierig riskierte ich einen Blick, und da waren doch glatt noch ein paar Kürzel hinter meinem Namen: „g.ter." Befa7-geschult phantasierte ich gleich: „german terrorist." Und weiter „stoehn! schwitz!"

Ich beschloß, da Wiesbaden fern war, Otto Normalverbraucher zu spielen, und ab gings ins Frage- und Antwortspiel. Ich gab mich leicht ungehalten und erhielt ein paar „sorries". Dann verschwand der routinierte Oberzöllner in einer Holzkabine und zapfte den heißen Draht an. Der andere mußte sich mit mir unterhalten, nicht ohne vorher sinnigerweise mein gutes englisch zu loben, ich könnte ja was mitkriegen. Dabei fragte ich ihn, was denn die Buchstaben bedeuten sollen. Welche Buchstaben, na die Buchstaben, wo sind Buchstaben, na auf der Liste, ach die, die haben natürlich nichts zu bedeuten, ach so ist das in Irland, very nice. Tja, dann wurde er aber auch stutzig, und wollte von mir wissen, was meiner Meinung nach diese Buchstaben bedeuten könnten. Und da erzählte ich ihm vom BKA und seinem Computer und dem Lochkartenfreak Herold. Das durfte er aber nicht glauben, und daß sie die Informationen vom BKA hatten auch nicht.

Naja nach ner Stunde stellte sich alles als Irrtum heraus, mein Name wurde verwechselt. In solchen Situationen ist mensch ja sehr dankbar, wenn mensch darf, achso, dürfen durfte ich auch, aber glauben aus Dank, das mach ich lieber nicht. Oder, vielleicht kriegen die demnächst auch nen Computer, weil sonst wegen der vielen Irrtümer der Fremdenverkehr abgeschreckt wird. "

* *Befa7: ein Kürzel des Bundeskriminalamtes. Es bedeutet: beobachtende Fahndung für Sympathisanten des Terrors.*

LE BERUFSVERBOT – JETZT AUCH IN FRANKREICH

Grenoble März 79 In Frankreich, dem Ursprungsland der sehr wertgeschätzten bürgerlichen Freiheiten, ist allen Kritikern und Oppositionellen die althergebrachte Palette von harten und soften Repressionsmechanismen dennoch auch nichts unbekanntes. Immerhin blieb den Franzosen bisher aber eine spezielle deutsche Variante staatlicher Sicherheitsvorsorge, nämlich die Erfassung, Registrierung und Verfolgung schon von Gesinnungen staatsabträglichen Inhalts noch einigermaßen erspart. Inzwischen aber scheint deutsche Gründlichkeit und Perfidie auch jenseits des Rheins Schule zu machen, wie der Fall Boisgontier zeigt.

Pierre Boisgontier arbeitet seit 16 Jahren an der Universität Grenoble als Forscher im Bereich Sozio-Ökonomie. In der Region ist er gleichzeitig als engagierter Linksradikaler bekannt. Nachdem er als Studentenführer bereits an Aktionen gegen den Algerienkrieg teilgenommen hatte, was ihn für 9 Monate ins Gefängnis brachte und durch die Amnestie von 1965 als Vorstrafe gelöscht wurde, und nachdem er an verschiedenen anderen Bewegungen teilgenommen hatte ist er jetzt seit mehreren Jahren hauptsächlich als einer der entscheidenden Mitarbeiter der Edition "Verite Rhone-Alpes" bekannt. Mit ihren zahlreichen Publikationen und Schriften zu allen möglichen sozialen und politischen Auseinandersetzungen, insbesondere auch das Engagement gegen das frz. Atomprogramm und speziell gegen den in der Nähe liegenden schnellen Brüter von Malville, ist die Edition den staatlichen Behörden schon lange ein Dorn im Auge.

Boisgontier, der bisher nur im Angestelltenverhältnis an der Uni gearbeitet hatte, sollte 1978 im Rahmen eines routinemässigen Verfahrens auf eine Beamtenplanstelle des Forschungspersonal nachrücken. Theoretisch besetzt Boisgontier die Stelle ab 1. Januar 79, nachdem das komplizierte Ernennungsverfahren abgeschlossen war und er am 11. Januar auch die Ernennungsurkunde erhielt. Zu diesem Zeitpunkt stand nur noch die förmlich Zustimmung der Institutskontrollorgane aus, die auch ein polizeiliches Führungszeugnis einholen mit einer Anfrage beim französischen Verfassungsschutz.

Am 2. März wurde Boisgontier von einem Beamten dieser Stelle vorgeladen, der ihm folgendes erklärte: *"Vom verwaltungsmäßigen und von ihrer wissenschaftlichen Qualifikation her steht ihrer Ernennung nichts im Wege, aber in dem Führungszeugnis äußert die Präfektur eine sehr ungünstige Meinung über ihre Person, von daher sind wir nicht in der Lage ihrer Ernennung die Zustimmung zu geben."*

Auch die Proteste und Nachfragen der sofort alarmierten Wissenschaftler-Gewerkschaften (SGEN/CGT) erfuhren zunächst nicht mehr, als daß dieses Führungszeugnis sehr wesentlich sei und bei Ernennungen nicht übergangen werden könnte. Erst auf verstärkten Druck einschließlich einer kleinen Demonstration im Institut, was einen kleinen Skandal produzierte, da gerade ein Treffen deutscher und französischer Universitätspräsidenten stattfand, wurde Boisgontier folgendes förmlich mitgeteilt:

"1. Führungszeugnis und Anfrage beim Verfassungsschutz sind der Regelfall. Es soll uns ein Urteil darüber erlauben, ob Sie ein 'guter' Staatsbeamter sind. Wir können diese 'sehr ungünstige Beurteilung' über ihre Person nicht einfach übergehen.

2. Das Institut kann Ihnen den Inhalt des Verfassungsschutzberichtes über ihre Person und die Gründe einer solch negativen Beurteilung nicht bekanntgeben. Das ergibt sich aus der Funktion als staatlicher Arbeitgeber.

3. Das Institut hat über ihre Einstellung noch keine definitive Entscheidung getroffen, es wäre nützlich, wenn Sie uns zusätzliche Informationen zukommen ließen.

4. Selbstverständlich ist ihre Ernennung bis auf weiteres wegen dieser Angelegenheit blockiert. Wir stellen weder ihre wissenschaftliche Qualifikation noch die Qualität ihrer Arbeit, noch das verwaltungsmäßige Verfahren ihrer Ernennung in Frage."

EIN PAAR RATLOSE PAROLEN

LÖRRACH 28. Mai *Der folgende Bericht kommt von der Lörracher Stadtzitig, die in der Röntgenstraße 3 in 7850 Lörrach unter der Telefonnummer 07621–49383 zu erreichen ist:*

„Schlageter, Albert, Leo, geboren am 12.8.1894 in Schönau, Kriegsfreiwilliger, Artillerieoffizier, Freikorpskämpfer im Baltikum gegen die junge Republik Russland zur Erfüllung der deutschen Kriegsziele „Siedlungsraum im Osten", Zerschlagung der Republik, nahm 1919 - 21 an allen Kämpfen für die Rettung des deutschen Bodens und Deutschen Reiches teil. 1920 beteiligt am Kapputsch, 1922 Eintritt in die NSDAP und SA, 1923 im Ruhrgebiet aktiver Widerstand, wurde an die Franzosen verraten und am 26.5.1923 auf Befehl Poincares erschossen. Auf der Goldheimer Heide bei Düsseldorf Exekutionsort, Denkmal: Großes Kreuz aus Kruppstahl."
(aus einem Geschichtsbuch der Hitlerzeit)

Zu Ehren dieses Mannes finden alljährlich am 27. Mai auf dem Schönauer Friedhof, wo er begraben liegt, Gedenkfeiern statt. Sie sind ein Treffpunkt für die Faschisten unserer Region. Hier reisen sie an mit ihren Fahnen, mit Frau und Kindern, legen Kränze nieder und freuen sich an faschistischen Reden.

Die Nazis, die sich dort treffen, sind hauptsächlich aus der älteren Generation und beim Anblick ihrer Fressen kannst du dir nur zu gut vorstellen, daß sie damals mit 30 ihren Dienst nur zu gern getan haben, etwa als KZ-Wärter, SA-Männer. Aber auch einige ganz feine Herrschaften sind dabei. Ausgewählt gekleidet trägt eine Frau eine Rose, mit sachtem Schritt. Keine Spur von Verunsicherung in ihrem Gesicht. „Nein, Faschismus das hat es noch nie hier gegeben", sagt der Unternehmertyp auf dem Weg zum Friedhof. Zu schade, daß wir ihre Lebensgeschichten nicht sehen können, wenn sie an uns vorbeiziehen. Vieles wäre klarer. Erstaunlich: sie hatten wenig junge bei sich. Der junge Faschistentyp aus dem Norden mit langen Haaren und AKW-nein Ansteckern fehlt hier ganz. Die AKW-nein-Plaketten sind hier nur auf unserer Seite zu finden. Den 80 bis 100 Faschisten stehen 130 junge Antifaschisten gegenüber. Wenige über 30, ganz wenige über 40. Fast alle sind aus unserer Szene bekannt. Kritische Gewerkschaftler, SDAJ-ler, Jusos, VVN, und in der Mehrzahl Unorganisierte, Nichtparteileute.

Am Dienstag trafen sich SDAJ-ler und VVN und bereiteten die Aktion vor, am Donnerstag gelang es , auf einem Konzert der „Schmetterlinge" das breite linke Spektrum zu informieren. Deshalb sind jetzt auch soviele Leute da. Letztes Jahr waren es gerade 10! Dafür hatte sich wenigstens noch der DGB-Kreis-Lörrach in einer Sondersitzung über mögliche Aktionen beraten und dann immerhin ein läppisches Flugblatt an alle Schönauer Haushalte verteilen lassen. Dieses Jahr war vom DGB nichts zu sehen.

Unsere Demonstration war angemeldet bzw. genehmigt. Um 12 Uhr sind wir so 100 Antifaschisten vor dem Rathaus. 15 bis 20 Polizeiautos, sicher 1 bis 2 Hundertschaften Polizei, ausgerüstet mit Helmen, Schlagstöcken und Schildern. „Wir sind da, um sie zu schützen", sagt der grüne Chef zu uns. Wir marschieren durch die verregnete und fast menschenleere Kleinstadt Schönau. Ein paar müde Parolen, das Moorsoldatenlied, das Wehrt-Euch-Lied – dieses Mal „Gegen den Faschismus hier in diesem Land". Das ganze recht trostlos. Vor dem Friedhof bilden wir ein Spalier. Da sollen die Nazis durchgehen, wenn sie in den Friedhof wollen. Aber die Demonstration ist nur bis

13 Uhr genehmigt und dann, wenn gerade die Faschisten anfangen wollen, soll Schluß sein: gutes staatliches Krisenmanagement. Um Eins meinte der Einsatzleiter per Megaphon, die Demo bestehe für ihn weiter, weil wir zu organisiert da stünden. Wir rennen auseinander, tanzen, und begrüßen uns spontan: „Was, du auch da, so ein Zufall", rennen hin und her. So 20 Pollis stellen sich auf. Wir gehen ein wenig zurück. Alles sehr gelassen. Wir haben uns alle strafbar gemacht, weil den Platz nicht räumen. Aber was soll's? Eine Blockade vor dem Eingang errichten, damit die Faschisten ihren Klamauk nicht abziehen können? Und dafür 'nen brutalen Polizeieinsatz in Kauf nehmen?

Die Faschisten ziehen ab in die Stadt. Haben wir sie schon verjagt? Nein! Formiert kommen sie wieder zurück, ziehen schweigend ein. Wir singen ruhig das Moorsoldatenlied. Wieviele von ihnen haben es damals wohl von KZ-Insassen gehört auf deren letztem Gang? Sie verschwinden im Friedhof, wir brüllen einige Parolen, nochmal das Wehrt-Euch-Lied mit Händeklatschen. Ratlosigkeit, ein ungutes Gefühl, Unzufriedenheit bleibt. 2 werden von einem Nazi beleidigt: „Ihr beiden gehört auch vergast, es sind sowieso viel zu wenig vergast worden". Was wird die Anzeige bringen?

Jedes Jahr treffen sich die Faschisten am gleichen Ort und zur gleichen Zeit. Wieso fällt uns immer erst eine Woche vor dem Nazitreffen der Termin auf? Wieso organisieren wir nichts größeres? So jedenfalls werden wir einen aufkommenden Faschismus nicht bekämpfen.

DREIVIERTELTAKT

... Wenn das Tonband aus war, hörten sich die Geschichten immer ganz, ganz anders an. Die tägliche Unterdrückung im Betrieb, die Konkurrenz, die Familienpläne und die Pläne, sich selbständig zu machen, die Liebesbeziehungen, der Kleinkrieg mit den Kollegen, die Haßliebe zu dem konkreten Klassenfeind machten einen viel größeren Platz aus. Die Ereignisse haben lange Vorgeschichten und sie haben eine lange Nachgeschichte, in der sie fast wieder unwichtig werden. . .

(aus ID 254)

Abends bevor ich einschlief, dachte ich immer 7, 8 oder 9 Stunden bis zum nächsten Morgen, das dauert, jetzt „träumste" erstmal und der nächste Tag ist ja noch weit weg. Morgens, wenn das Schrillen des Weckers mich zurückholte, drehte ich mich um und dämmerte noch einige Zeit im Bett. Häufig stellte ich abends den Wecker 10 oder 15 Minuten vor, damit ich morgens das Gefühl hatte, jetzt kannst du noch 10 oder 15 Minuten liegenbleiben. Die Zeit jedoch blieb nicht stehen. Ich „mußte" auf. Ging in die Küche. Nur nicht die Kleine, meine Schwester wecken. Mutter hatte wie immer schon alles am Vorabend auf den Küchentisch hingelegt. Teller mit Kaufhaus-Blumenmotiv, Messer, Gabel, Toastbrot, Kaffeemaschine. Knopf drücken und die Kaffeemaschine brodelte los, als ob man ein Auto im falschen Gang anfährt.

Den Toast aß ich meist nur halb. Mein Magen zog sich am Anfang der Arbeitswoche so zusammen, als ob ich alles wieder herauswürgen müßte. Den Rest legte ich dann so geschickt in den Abfalleimer, daß meine Mutter den Rest Toast nicht gleich finden sollte.

Dann schloß ich die Tür hinter mir und ging zur Firma. Die halbe Stunde zwischen Zuhause und Firma war meine. Es war einer der wenigen Augenblicke, wo ich Zeit hatte in Ruhe nachzudenken, über den gestrigen Tag und Abend, über meine eigene Situation, über, über . . . , was haste falsch gemacht und was richtig. Was aber am meisten hängen blieb, war Musik, den Sound der gestrigen LP, den ich dann auf dem Weg zur Arbeit vor mich hin summte. Es war ein Überdecken des Kommenden, der Arbeit.



8 Stunden – Knast

Mitten drin in der Firma: „Morgen" und erst mal erzählen. Der eine packte die Bild-Zeitung aus, zwei sahen ihm über die Schulter und lasen mit. Jeden Morgen das gleiche Spiel. Die Themen waren immer die gleichen. Nur die Reihenfolge änderte sich täglich. Morgens hatte man/frau noch Mut, erzählte: „Heute werde ich es denen aber zeigen, mit mir können sie das nicht machen . . . ". Spätestens bis zur Frühstückspause war es

in der Rgel mit dem Mut vorbei. Freitags kam der Spruch: „wird auch langsam Zeit, das das Wochenende kommt . . . ". Montags tauschten die jüngeren Kollegen erstmal ihre Wochenenderlebnisse aus: Bett, Disco, Samen und so. Das meiste stimmte eh nicht, wußte jeder, abe r wen stört es.

7.30 – Der Count down begann

Die Firma, in der ich arbeitete, war ein Zwitter zwischen Großhandel und Montagekleinfabrik. Ich arbeitete im Lager bei der Warenannahme. Lud die Kartons vom LKW und verteilte sie zu den einzelnen Abteilungen. Verkaufslager, Montagelager und Montage. Machte einen auf locker, lässig, wenn ich mit meiner voll Kartons beladenen Karre die Runde machte. Meist ging ich morgens erstmal runter zu den Frauen, die an den Maschinen standen. Legte einen netten Blick auf und: „Na, wie geht's? " Im Sommer hatten die Frauen meist unter ihrem Nylon-Kittel nicht viel an. Im Laufe des Tages war dann der halbe Betrieb in der Frauenabteilung versammelt. Dem Chef versuchte ich so wenig wie möglich zu begegnen. Wenn der Chef im Lager war, war ich in der Montage und andersrum. Aus Erfahrung wußte ich, daß wenn ich ihm begegnete, der Spruch kam: „Machst dumal eben . . . ". Die älteren Kollegen wollten einem glaubhaft machen, daß der Seniorchef nach dem Krieg ganz „klein" angefangen hat. Schrauben verkaufte in einer Bretterbude. Im gleichen Atemzug erzählten sie, daß der Betrieb einen ganz schön kaputt macht und sie nur noch die Jahre bis zur Rente runterreißen wollen. Betriebsrat brauchen wir nicht, wenn was ist, geht man zum Chef. Von Mann zu Mann sozusagen. Außerdem wird übertariflich bezahlt. Weiß zwar kein Mensch genau, denn in der Gewerkschaft ist keiner.



Ein Kollege, der zusammengeklappt ist und nun Frührentner mit Herzschrittmacher ist, wollte noch für das letzte Arbeitsjahr Weihnachtsgeld haben. Soweit ging die Freundschaft nun auch nicht und er ging mit leeren Händen wieder. Eine Frau macht seit 18 Jahren die gleichen immerwiederkehrenden Arbeitsabläufe an einer Maschine. Den jüngeren Frauen ist sie ein warnendes Beispiel. Es wird viel geheiratet, die meisten Frauen sind schon mit 20 Jahren unter der Haube. Noch ein paar Jahre dazuverdienen, die Einbauküche, die neue Wohnzimmereinrichtung oder das neue Auto. Perspektive: 3 1/2-Zimmerwohnung mit Mann und Kinder, höchstens zwei Kinder. Als ich einer jüngeren Kollegin erzählte, daß ich die mittlere Reife an der Abendschule nachholen will, meinte sie, das würde sie auch gerne tun aber sie sei seit kurzem verheiratet und muß nach der Arbeit den Haushalt machen und habe daher für solche Sachen keine Zeit.

Den meisten Kollegen in meinem Alter stank der Betrieb ziemlich. Nichts war mit Aufstieg. Die Berufsausbildung reichte gerade für einen Lagerjob. Ein Kollege wollte noch einen Buchhalterkurs belegen, ein anderer zur Berufsfeuerwehr gehen – mittlere Beamtenlaufbahn –. Den meisten war jedoch klar, daß du hier nicht rauskommst und woanders ist es auch nicht besser. Wie jeder Betrieb hatten wir auch unseren Betriebs„trottel". Der Kollege war 18 Jahre alt und kam direkt von der Sonderschule zur Firma. Mußte immer die dreckigste und körperlich schwerste Arbeit verrichten. Kisten schleppen, den Müll in Säcke tun. Blöde Bemerkungen waren die Regel: „ . . . eh Junge, weißt du wie das ist, mit einer Frau zu pennen . . "?
Er war der Schuttabladeplatz der Firma. Um die Zeit im Betrieb rumzukriegen, entwickelte ich folgende „Überlebensstrategien". Ich träumte einfach, verkroch mich in einer Ecke. Die 8 Arbeitsstunden teilte ich einfach in Brüche auf. Wenn ich 2 Stunden gearbeitet hatte waren also 2/8 oder 4/16 oder 1/4 der Arbeitszeit vorbei. Dies trieb ich manchmal bis zum Exzeß. Teilte viertel- und halbstündlich auf. Oder ich verschwand, weg, dem Arbeitskollegen sagte ich noch: „ich bin gleich wieder da". Rauf zur Toilette; sie war vielleicht 2 qm groß mit hellen Kacheln und weißen Wänden. Fenster waren nicht vorhanden, nur eine Neonröhre.
Auf den Topf setzen, abklemmen und an schöne Dinge denken. Mein „Ding", das ich zwischen den Beinen trage wurde klammhart. Es war nicht sonderlich schön, nein, es war ein abschalten. Die paar Minuten im Dreivierteltakt gaben mir das Gefühl, nicht dazuzugehören. Danach, ja Dampf mal wieder ablassen. Ich ging zurück zum Arbietsplatz, sah weiterhin auf meine Armbanduhr und wartete auf den Feierabend. Warten auf was? Aufs Wochenende? Die flexible Altersrente? Der Rubel muß rollen.

Nachtrag: Der Rubel muß rollen, und ich? Nach 7 Jahren Arbiet in dem Betrieb versuchen auszubrechen aus diesem 8-Stunden-Knast.

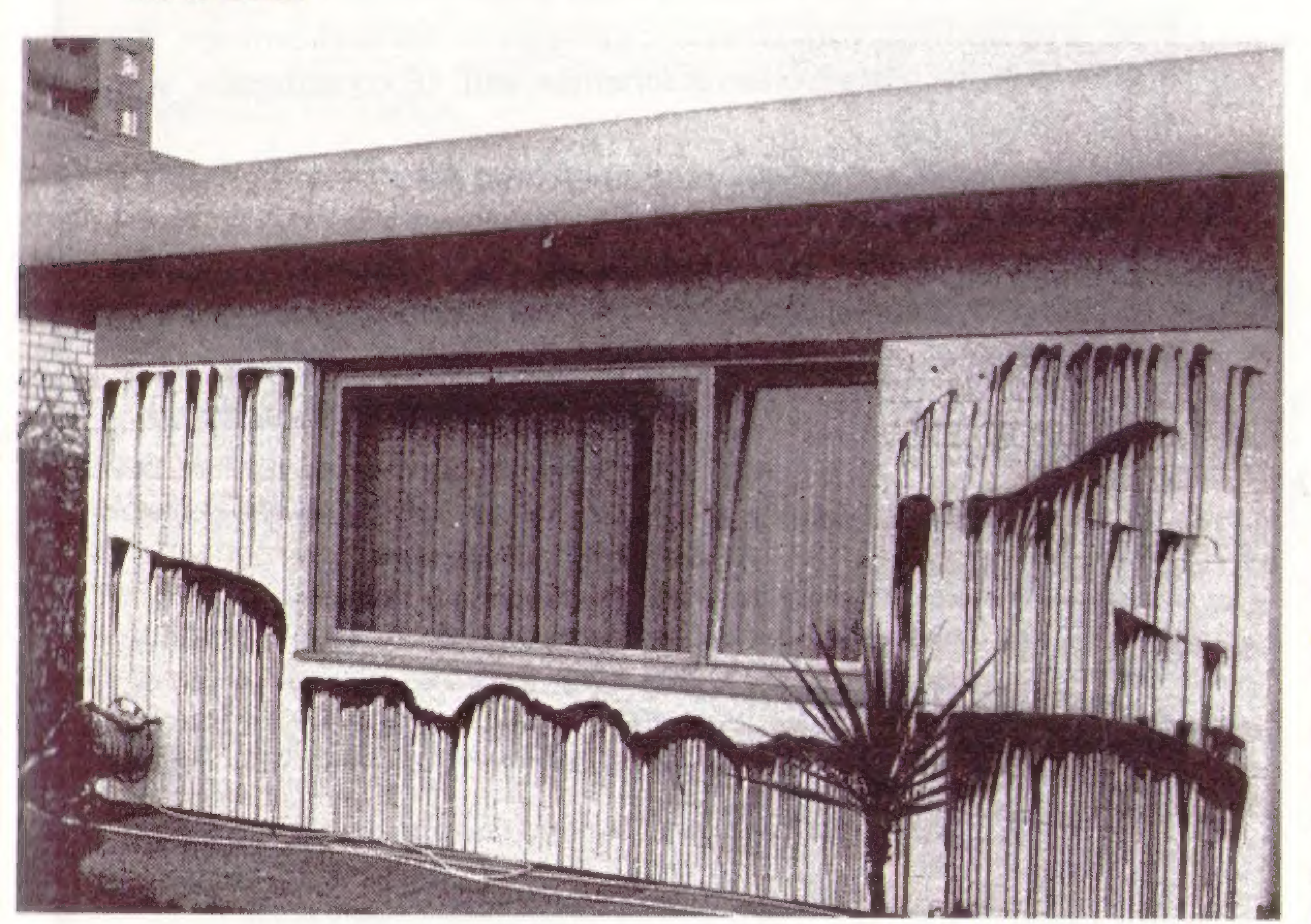
„Zwölf Boxkämpfer jagten Eva quer über den Sylter Deich"

Wenn eine(r) eine neue Schreibmaschine kauft, dann kann er was erzählen – oder sie. Eine neue Schreibmaschine gilt es, auszuprobieren. Seit es Schreibmaschinen gibt, werden für solche Tests Sätze konstruiert, in denen möglichst alle Buchstaben des Alphabets vorkommen sollen. Unter diesem Druck erdichtet, sind das meistens Nonsens-Sätze, Beispiel: „Kaufen Sie jede Woche vier neue bequeme Pelze xyz". Und zumeist, wie an diesem Beispiel ersichtlich, sind dann die schwierigen Buchstaben doch nicht drin enthalten: xyz, äöü. Die japanische Herstellerfirma der Brother-Schreibmaschinen (Slogan: Präzision aus Japan) hat das jetzt geschafft mir dem Satz, in dem

sämtliche Buchstaben bis auf das ß (sz) enthalten sind:
Zwölf Boxkämpfer jagten Eva quer über den Sylter Deich.
Na, ist das nix? Bißchen frauenfeindlich, bißchen brutal,
aber ist ja auch nur zum Ausprobieren von Schreibmaschinen . . . .

DIE RZ MACHT KUNST AM BAU

Im ID 282 haben wir die Erklärung der „Revolutionären Zelle in der IG-Metall" zum Anschlag auf die Eigenheime der IGM Vorsitzenden Loderer und Mayr abgedruckt. Die Gewerkschaft hat immer noch nicht akzeptieren wollen, daß es vielleicht gar keine Rechtsradikalen gewesen sind, die da mit Farbe gearbeitet haben. Loderer sagt immer noch: „Schwarz ist die Farbe der SS-Totenkopf-Verbände." Großes Erstaunen löste dann aber ein in der Gewerkschaftszeitung Metall abgedrucktes Foto vom tristen Eigenheim Loderers im ID aus: Das langweilige Betongrau hatte durch die grafisch perfekt angewendete Farbe optisch sehr gewonnen. Siehe Bild:



STAHL–STREIKWINTER

Die REVIER-Redaktion hat zusammen mir Vertrauensleuten und Betriebsräten aus den großen Streikbetrieben eine Dokumentation des Stahlarbeiterstreiks 78/79 in NRW erarbeitet. Sie enthält nicht nur dokumentarisches Material (Fotos, Resolutionen, Flugblätter, Berichte), sondern auch eine Einschätzung des Streikverlaufs und seiner Folgen für die Kollegen und ihre Familien.

Umfang ca. 180 Seiten, Preis: 10 Mark, Bestellungen sind zu richten an: REVIER-Redaktion, Siegstr; 15, 41 Duisburg 1.

Berlin   Die Kontaktsperre, eine Dokumentation der Roten Hilfe Westberlin

Das Buch bietet eine Übersicht über Anlaß, Vorbereitung und Beschließung des Gesetzes. Neben seinen Auswirkungen in der Praxis werden zahlreiche Beschlüsse von Gerichten aufgrund des Gesetzes gegenüber politischen Gefangenen dokumentiert. Weiterhin berichten Gefangene und Rechtsanwälte über die Auswirkungen des Gesetzes.
Das Buch: 127 Seiten, 5,--DM
Bestellung: 5,-- DM plus 0,60 Porto überweisen auf
Sonderkonto Dorothea Kraus
Pschkto Bln-W 3723-105
Nach Eingang des Geldes (Absender deutlich schreiben) wird die Dokumentation zugeschickt.

München –
Adressenliste zur Emanzipation der Knabenliebe

In die „Adressenliste zur Emanzipation der Knabenliebe" kann sich jeder eintragen lassen, der den Kontakt sucht mit anderen Leuten, die ebenfalls an der Emanzipation der Knabenliebe interessiert sind. Auf die Liste kommen nur die Adressen von Leuten, die dazu den ausdrücklichen Wunsch äußern. Ausschließlichan diese Leute wird die Liste verschickt.
Wer Interesse hat, auf und an die Liste zu kommen, schreibt an:
Wolfgang Tomasek, Postfach 152 031, 8000 München, BRD

Lörrach   Massenhaft Aufkleber

Die Freie Buchhandlung S'Lädeli in Lörrach bietet ab sofort jede Menge Aufkleber an (5x24 cm). Drauf steht „Harrisburg ist weit, aber Whyl . . . (oder wahlweise Brokdorf, Fessenheim, Gorleben, Biblis, Leibstadt, Kaiseraugst.) Die Dinger kosten pro Stück 60 Pfennig plus Porto. Ab Bestellungen von 100 Stück werden auch Aufkleber mit anderen Ortsnamen angefertigt. Ab 50 Exemplaren gibt es einen Preisnachlaß von einem Groschen pro Stück.
Kontakt: S'Lädeli, Röntgenstr. 3, 7850 Lörrach, Tel. 07621/ 49383, Postscheckkonto D. Baunert, Karlsruhe, Sonderkonto 148297-759.

London   An alle Kojaks

Diejenigen unter unseren Lesern, die eine Smith&Wesson .38 oder eine .357 Magnum besitzen, werden erfreut sein, zu hören, daß die Fabrikanten sich um ihr Wohlergehen sorgen.
Tests haben gezeigt, daß wenn die „Kojaks" unter uns ihre Knarren in abgeschlossenen Schießständen ausprobieren, sie einem verdammt hohen Bleigehalt in der Luft ausgesetzt sind, der erzeugt wird durch die im Pistolenlauf erhitzten Kugeln. Um dieser tödlichen Gefahr zu begegnen, hat S&W eine neue Nylonbeschichtete Kugel produziert, um zu verhindern, daß das Blei in die Luft entweicht.
Wer sagt hier, daß große Firmen sich nicht um unsere Gesundheit sorgen? ? ? ....

Südalb „Albtraum" und Vertrieb

Leute im Südalb-Tuttlingen-Tübingen machen eine neue Zeitung, die bisher dreimal erschienen ist. Drin stehen Gedichte, Geschichten, Erfahrungen, Albträume, Bilder, Liebeserklärungen, Leserbriefe. Außerdem wollen die Albträumer in ihrer Provinz andere Alternativzeitungen vertreiben.
Kontakt: Barbara Ernst, Postfach 1223, 7460 Balingen

VERMISSTENMELDUNG

Der Frank Dietmar Zuth aus der JVA Butzbach bittet uns, eine Vermißtenmeldung zu veröffentlichen (aber nur ganz ausnahmsweise und leicht gekürzt, d.Red.). Er schreibt ganz richtig, daß normalerweise der Pflasterstrand (Stadtzeitung für Frankfurt) für solche „Anzeigen" zuständig ist, aber die Frau, die er sucht, liest meist nur den ID.

Dringend gesucht: Simone-mädchen, irgendwo herumflippend zwischen Berlin, Köln, Syrien, oder wo auch immer. Alter unwichtig, lange rote Haare, etwa 180 groß; besondere Kennzeichen: zauberhaft, zärtlich, nett; wer kann Angaben über den Verbleib dieses Mädchens machen, daß ich so sehr vermisse, – weil ich mich verliebt habe.
War das kleine Kettchen für Dich schon zu viel des „Guten"? Melde Dich bitte bei mir wieder, so wie Du bist. – Frank – JVA, Butzbach.

Frankfurt **Broschüre Hexachlorophen – Sevesogift in der Gesundheitsversorgung**

Der Artikel ‚Hexachlorophen – Seveso in der Uniklinik Frankfurt' der auch im ID veröffentlicht wurde, hat soviel Wirbel gemacht, daß jetzt eine Broschüre daraus gemacht wurde. Sie enthält den erweiterten Artikel, wissenschaftliche Dokumente und Berichte über die Reaktionen auf den Artikel, Preis 1,50 pro Exemplar. Bestellungen: *Jutta Ditfurth, Neuhofstr. 42, 6000 Frankfurt 1.*

WARZAWA **KOMMANDOMELDUNG**

Die Internationale Gesellschaft zur Bekämpfung der Emotionalen Pest/ Bewegung 1. April – Polnische Sektion – gibt bekannt:

In der Nacht zum 18. April haben wir das Lenin-Denkmal in Nowa Huta bei Krakow angegriffen und Wladimir Illjitsch ein Bein abgesprengt.
Tod allen Tyrannen wo auch immer und in welchem Mäntelchen auch immer!
Bei den fünf Menschen, die durch zerspringende Fensterscheiben leicht verletzt wurden, möchten wir uns hiermit entschuldigen. Wir werden unsere Planung verbessern, so daß in Zukunft keine Unbeteiligten mehr zu schaden kommen werden.
Habt Mut zu kämpfen – habt Mut zu siegen!
Bewegung 1. April
Kommando Dora Kaplan
i.A. Knofo Kowalski

Anmerkung: Die sozialrevolutionärin Dora Kaplan feuerte 1921 nach der Zerschlagung der Kronstädter Commune durch die Bolschewiki fünf Revolverschüsse auf Lenin ab, traf ihn vor Aufregung jedoch nur einmal am rechten Arm. Dora wurde später abgemurkst.

Grüße vom Knofo.

Nach Anschlag Demonstration vor dem Lenin-Denkmal in Polen

Warschau (dpa). Nach dem Sprengstoff-Anschlag auf das Lenin-Denkmal in Nowa Huta bei Krakau fand gestern vor dem gleichen Monument eine von den Behörden organisierte Demonstration statt. Wie die polnische Agentur PAP meldete, legten die Teilnehmer dieser „großen Kundgebung der Einwohner Krakaus" Blumen am Denkmal nieder. Nach Abspielen der polnischen und der sowjetischen Nationalhymne sei ein „ideologisch-artistisches Programm" vorgeführt worden. Bei dem Anschlag in der Nacht zum Mittwoch war der Lenin-Statue ein Bein abgerissen worden. Durch zerspringende Fensterscheiben wurden fünf Menschen verletzt. Am darauffolgenden Tag hatte die Polizei bei mehr als 30 Regimekritikern Hausdurchsuchungen vorgenommen.

Hamburg **Prozeß gegen Atomkraftgegner von der Bundeswehr-Hochschule**

Am Mittwoch, dem 6. Juni 1979 verhandelt das Arbeitsgericht Hamburg über die Klagen von zwei wissenschaftlichen Angestellten der Bundeswehrhochschule, mit denen sie die Feststellung begehren, daß sie durch das Tragen der sog. „Atomkraft – Nein Danke"-Plaketten am Arbeitsplatz und durch das Parken ihrer PKW's, an denen „Anti-AKW"-Aufkleber anhaften, auf dem Gelände der HSBw nicht gegen ihre Dienstpflichten verstoßen. Die zivilen Angestellten hatten seit Monaten diese Plaketten unbeanstandet getragen. In „amtlichen Mitteilungen" vom März 1979 hat die HSBw einen vor längerer Zeit ergangenen Erlaß des Generalinspekteurs hinsichtlich politischer Betätigung von Soldaten auch auf zivile Bedienstete angewandt. In einem Schreiben des Präsidenten der HSBw vom 14.5.79 heißt es u.a.: „Da den Soldaten nach § 15 Abs. 1 SoldatenG in Bw-Liegenschaften die politische Betätigung nicht gestattet ist, verlangt die Sicherung des Betriebsfriedens eine entsprechende –solidarische – Zurückhaltung der Arbeitnehmer und Beamten."
(Arbeitsgericht Hamburg, 6. Juni 1979, 12 Uhr, Saal 138)
Pressemitteilung der Rechtsanwälte Maeffert und Scharmer, Bahrenfelder Straße 93, 2000 Hamburg 50.

KOMMUNIKATION TUT NOT

LOEHNE 30. Mai

Sie liegt schon lange an: die Idee, ein gemeinsames Medium zu schaffen, für all die Leute, die seit Jahren in den Städten und auf dem Land an vielen guten Sachen arbeiten, ohne voneinander zu wissen.

Viele dufte Stadtzeitungen, Alternativmagazine und Jugendzentrumsblätter bemühen sich, regional Kontakt zu schließen. Informationsaustausch bei umsonst&draußen Festivals: „Mal gucken, was bei den Anderen läuft."

Schneeball Records, Umsonst&Draußen, Trikont, Hanni Manni und Rock Gegen Rechts haben einen Ansatz geschaffen: Im Juli wird die erste Ausgabe einer gemeinsamen Zeitung in einer Startauflage von 10 000 Exemplaren herauskommen, die fortan wie die Jahreszeiten erscheinen soll. (Extraausgabe, wenn extra was anliegt.)

1. Musik, das Wort, Bewegung und Kunst als Ausdruck von Leben – statt Ware
2. Direktinformation aus erster Hand – statt journalistischer Klischeekacke
3. Aufzeigen von Zusammenhängen (auch Ausland) statt Auseinanderdividieren, weil's in irgendjemandes gesellschafts- oder wirtschaftspolitischen Kram paßt

U.a. sind bisher folgende Beiträge für die erste Ausgabe zusammen:

umsonst&draußen 79 von Porta über Dormagen zu Bodensee u.a.
Leben in der Todeszone –Deutschland im Sommer Uwe v. Trotha/ Checkpoint
Rock in Opposition, Selbstdarstellung
Embryo's Reise, Selbstdarstellungen Griechenland, Türkei, Iran, Afghanistan Indien – und zurück
Straßenmusiker, Gespräch zwischen Tommy und Klaus dem Geiger
Rock gegen Rechts, Selbstdarstellung
Vi äro tusenden,.. K.J. Liedke alt. Musikbewegung in Schweden
Brühwarm, Verbote, Selbstdarstellung unter Verwendung versch. Dokumentationen
Wie was so läuft, Uli Trepte, Gegenszene 68 bis heute
Texte, Gedichte, Fotos, Bilder, Informationen

Wir werden für keine industriellen Produkte Werbung machen und schauen, daß die Inserate dem Inhalt der Zeitung nicht widersprechen. Am besten wären Anzeigen von Leuten, die wir (oder ihr) kennen. Meldet euch. (Anzeigen nur bis 1/4 Seite). Solltet ihr Anregungen, Ideen, Vorschläge – oder Fotos, Bilder, Artikel, Zeichnungen oder Informationen haben, die in diese Zeitung müssen, setzt euch in Verbindung mit:

Christopher Mache od. Schneeball Records;
Florian od. Trikont;
Andreas Ortmann od. Hanni Manni;
Thomas Loek od. Rock gegen Rechts;
Friedel Muders, Uli Trepte ...
oder mit Andreas Klinksiek (siehe unten).

Am 34. Juni findet das zweite Treffen statt, wo Inhalt und Layout der ersten Ausgabe besprochen werden, sowie technische und organisatorische Voraussetzungen. Zu diesem Treffen ist eingeladen (vorher anrufen), wer wie wir die Hoffnung hat, durch diese Zeitung die Realität etwas realer gestalten zu können.

Hiermit bemühen wir uns um Kooperation mit Kooperativen, Initiativen, alternativen Stadt- und Landzeitungen, Frauengruppen – Frauenzeitungen, mit männlichen und weiblichen Musik-Theater- und Kunstschaffenden und DIR.

Kontakt: Andreas Klinksiek, Auf'm Plasse, 4972 Löhne 3, Tel. 05731–83222.

Delmenhorst Wo bleiben die Kunden?

Die Album-Bücherstube in Delmenhorst beklagt sich, daß sie so wenig besucht wird, obwohl sie schon anderthalb Jahre besteht: „Wir haben nämlich den Eindruck, uns kennt keiner". Also, Delmenhorster, lest mehr Bücher!
Kontakt: Album, Bücherstube im Zentrum, Orthstraße 8, 2870 Delmenhorst.

BETRIFFT UMWELTSCHUTZPAPIER

MÜNCHEN 30. Mai *Achim vom Münchner „BLATT" ist sauer. Er hatte eine Kampagne zur billigen Beschaffung von Umweltpapier für Alternativzeitungen und -verlage angeregt (ev. Sammelbestellung) und schreibt jetzt:*

Liebe Leute
Nachdem ich mit Euch telefoniert habe und dachte, es wäre in unser aller Interesse Umweltschutz-Papier zu verwenden, bin ich jetzt enttäuscht über Eure Reaktion. Die einzigen, die von sich aus auch mal angefragt haben, waren die Leute vom Oktoberdruck in Berlin.

Ich finde, wenn wir können sollten wir nicht nur vom Umweltschutz reden, sondern ihn auch praktizieren und auch den Arsch dafür ein bißchen hoch bekommen. – Ich habe mich bereit erklärt über das UWS-Papier Informationen einzuholen und im BLATT auszuprobieren. Ich finde es aber blöd, wenn keine Resonanz kommt. Es ist auch eine finanzielle Sache, daß viele mitmachen.

1. Es wird billiger, wenn wir zusammen bestellen.
2. Es werden auch andere Firmen anfangen dies Papier herzustellen, was uns allen zugute kommt.

Also nochmal – hier sind einige Papierpreise:

UWS-Papier billige siehe	BLATT Nr. 145	40,90 DM
UWS-Papier mittel	BLATT Nr. 146	48,15 DM
UWS-Papier weiß	BLATT Nr. 145	50,75 DM
UWS-Papier Stöcklin	BLATT Nr. 145	56,98 DM

Die Preise verstehen sich auf DIN A1 70g. Wir kriegen noch mehr Rabatt, wenn wir mehr als 20 Tonnen im Monat abnehmen – was kein Problem ist. Bei den drei ersten Sorten läuft es über die Großhandlung Classen (Herr Hanke), Raglovichstraße 12, 8000 München 19, Tel. 089–154031. Redet mit allen Druckereien die Euch bekannt sind – bestellt Euch Proben und ruft mich an. Es eilt. Rote Küße – Schwarze Füße!

Achim/BLATT, Tel. 089 – 195021, Georgenstr. 123, 8000 München 40.

INTERNATIONALE KONFERENZ DER KRIEGSDIENSTVERWEIGERER

BRÜSSEL Mai '79 Die Dreijahreskonferenz der Internationale der Kriegsdienstgegner findet im Sommer 1979 vom 12.–18. August in SØNDERBORG, Dänemark statt. Die Strategie des Wandels ist das Hauptthema der Konferenz, und die Diskussion in den Vollversammlungen und Workshops werden die folgenden Fragen behandeln:
– Den Krieg zwischen sozialistischen Staaten in Südostasien. Inwieweit beeinflußt er unsere Anschauung von der Welt und unsere Analyse der imperialistischen Strukturen? Wie können wir zum Frieden und einer gerechten Beilegung dieser Streitfragen beitragen und einer Verschlimmerung des Konflikts vorbeugen?
– Die letzten historischen Entwicklungen in der Tschechoslowakei und in anderen osteuropäischen Ländern, wie auch in Iran, Indien, Lateinamerika und Südafrika.
– Zivile Verteidigung, Umstellungen in der Industrie, einseitige Abrüstung, die Antikernkraftbewegung, Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung, Frauen und Militarismus.
– Die gewaltlose Bewegung auf Graswurzelebene, z.B. den Kampf der Bauern in der Larzac und in Puerto Rico.
– Den Kampf gegen die Unterdrückung auf Lokal- und Gemeinschaftsebene und im täglichen Leben.

Zu dieser Stunde haben die WRI und andere radikale und antimilitaristische Bewegungen die historische Aufgabe, die Öffentlichkeit gegen den Krieg und die Strukturen der Unterdrückung, die ihn hervorrufen, zu mobilisieren. Das klingt wie ein lächerlich ehrgeiziges Vorhaben, und doch sind wir überzeugt, daß es gelingen muß und daß die nötige Tatkraft und Begeisterung aufgebracht werden kann. Wer an der Konferenz teilnehmen will, soll sich mit den internationalen Kriegsdienstgegnern in Verbindung setzen:

War Resisters International, 35 rue van Elewyck, 1050 Brussels, Belgium.

BLUT FÜR DIE TAZ

N./Transylvanien 14. Mai *Ein Leser - „Ernst aus N.- schreibt uns:*
Mir ist leider nicht so ganz klar geworden, ob dieser Artikel im ID 281 ernst gemeint ist. Außerdem lese ich das Scheiß-Abwieglerblatt TAZ nicht und kann so auch nicht überprüfen, ob dieser Aufruf, Blut spenden zu gehen für ein TAZ-Abo, tatsächlich drin war. Auf jeden Fall finde ich die ganze Geschichte überhaupt nicht so komisch wie ihr.
Weil ich kein Geld hatte, war ich bei der von Euch empfohlenen Firma IMMUNO GmbH ca. 3 Jahre lang Blut spenden. Inzwischen hab ich zwar immer noch kein Geld, geh aber nimmer Blutspenden. Dafür hab ich inzwischen einen Leberschaden und Kreislaufstörungen als Folge dieser Blutspenderei. Die Schwierigkeiten mit der Leber wurden bei IMMUNO durch Genuß von Alkohol erklärt. Dies ist absurd. Ich hab manchmal zwischen zwei Spendeterminen keinen Tropfen Alkohol zu mir genommen, auch keine Medikamente oder sonstwas und trotzdem stiegen die Leberwerte an.
Außerdem bekommt man da immer so Erreger von Röteln oder Tetanus eingeimpft, damit die dann die Abwehrstoffe dagegen aus dem Blut rausfiltern können, um daraus wieder Impfstoffe herzustellen. Mich hats dann nach jeder Impfung für mehrere TAge ins Bett gehauen mit sehr hohem Fieber und Schüttelfrost. Außerdem kann das auch noch zu anderen Gesundheitsstörungen führen.

Den TAZ-lern ist wohl jedes Mittel recht, um die Auflage ihres Blättchens zu steigern. Und der ID zieht da offensichtlich mit. Sowas kann nur als Produkt kleinbürgerlicher geschäftstüchtiger Hirne erklärt werden – hauptsache, die Auflage steigt, die Gesundheit der Leser juckt nicht, wichtig ist nur, daß sie regelmäßig Zaster überweisen.
Es ist auch abwegig zu glauben, daß man durch diese Blutspendereien gemeinnützigen Zweck erfüllen kann. Die einzigen, die davon profitieren, sind wohl ein paar IMMUNO Bonzen.
Es wäre besser gewesen, wenn ihr anstatt diesen Scheißdreck zu drucken mal ne Untersuchung gebracht hättet, wie hoch die Profite sind, die die Geldsäcke mit diesen Impfstoffen erwirtschaften.

Zum Leserbrief BLUT für die TAZ

Ne.n, ich schwör's, wir habens nicht Ernst genommen (auch nicht Erich) und die Taz'ler wohl nach kurzem Insichgehen auch nicht. Wär ja auch noch schöner....

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

ID Nr. 284	Nummer des Abos	bez. bis ID Nr.	Exempl.
	4400 E	305	1

UTE LAMPING
HORNERSTR.17
D-2800 BREMEN 1

Achtung liebe Abonnenten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten . . .
KEIN GELD AUF'M KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zurhabenahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

KURZES

UMWÄLTS

GITTERSTÄBE

MEDIEN

SPORT

BETRIEB

INTERNATIONALES

HERAUSGEBER
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Postfach 900343,
Tel.: 0611/ 704 352
Redaktionsschluß: Mittwoch 16 Uhr
Druck: Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45
Verantwortlicher Redakteur: **Henrik Krause**

Abonnement:
Bei Bestellung bitte Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adresswechsel. Außerdem die genaue Anschrift (und die Abonummer). Bitte deutlich auf die Einzahlungsabschnitte schreiben. Für ein Abonnement bitten wir um Vorauskasse von DM 18.- für ein Vierteljahr, DM 36.- für ein halbes, DM 72.- für ein ganzes Jahr **Postscheckkonto 52 52 28 - 602**